

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau beiderseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72200. **Postcheckkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72200. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

**Inseratenpreise:** Die 10spalt. Kolonelle 35 Pfg., Familiennachrichten von Privat mit 50% Nachsch. Stellenangebote 10spalt. Kolonelle 25 Pfg. Kleine Anzeigen: Uberschriftswort 20 Pfg., Textwort 10 Pfg. Reklamespalt 2 Mk. Inserate u. auswärts: die 10spalt. Kolonelle 40 Pfg. Reklamespalt 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Verkaufsstellen entgegen

# Reichsbankdiskont herabgesetzt

### Die Aufnahme der Notverordnung in der ausländischen Presse Senkung der Kohlenpreise ab 15. Dezember? — Festigung der Mark

## Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent gesenkt

### Lombardsatz 8 Prozent

RTB Berlin, 9. Dezember.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Donnerstag, den 10. Dezember, den Diskontsatz von 8 auf 7 Prozent und den Lombardsatz von 10 auf 8 Prozent herabgesetzt.

Die Mitglieder der Vereinigung Berliner Banken und Bankiers (Stempeler-Vereinigung) haben im Einvernehmen mit den maßgebenden öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten des Reiches und der Länder sowie den maßgebenden auswärtigen Banken beschlossen, den Sollzinsfuß, der gegenwärtig 2 Prozent über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz, d. h. 10 Prozent beträgt, auf ein Prozent über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu senken. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Reichsbank ist somit eine Senkung des Sollzinsfußes um volle 2 Prozent, also um 10 auf 8 Prozent erfolgt.

Beim Ruhrkohlenprodukt finden Besprechungen über die vorzunehmende Kohlenpreissenkung statt, wonach die in der Notverordnung festgesetzte Verbilligung der Kohlenpreise nicht erst am 1. Januar, sondern bereits am 15. Dezember in Kraft tritt. Die Entscheidung wird voraussichtlich heute fallen.

## Sozialdemokraten bei Dr. Brüning

SPD. Der Reichskanzler hatte zu Mittwoch mittag die Vertreter der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Donnerstag nachmittag zur Beratung der Notverordnung zusammengetreten.

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Köln ist die gestrige Reichskanzlerrede durch öffentlichen Plakatanschlag bekanntgegeben worden.

Die Reichsmark, die an den ersten beiden Wochentagen an den internationalen Devisenmärkten schwach lag, wies am Mittwoch an den großen Börsenplätzen durchweg kräftige Kurssteigerungen auf. So stieg die Mark in Amsterdam von 58,70 auf 57,55 Gulden. Bemerkenswert war auch die kräftige Besserung der Mark in der Schweiz, wo an der Zürcher Börse der Markkurs von 117,50 auf 120 Schweizer Franken gegen 100 Mark anstieg. In London wickelte sich die Markbesserung in einem weiteren Abflauen des Pfundes von 14,25 auf 13,90 aus. Gegenüber anderen Währungen wies das Pfund eine kleine Besserung auf.

## Der Sozialabbau

### Die Auswirkungen der Notverordnung

Die Regierung hat alle Warnungen der Gewerkschaften vor einer weiteren Lohnsenkung in den Wind geschlagen. In der neuen Notverordnung dekretiert sie eine Kürzung der Arbeitsverdienste, die allen bisherigen Abbau weit übertrifft. Es wird bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1932 alle auf kollektiver Grundlage geregelten Löhne und Gehälter ausnahmslos auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeführt werden mit der Maßgabe, daß in Tarifgruppen, in denen die Verdienste seit Juli dieses Jahres eine Reduktion erfahren haben, die Senkung im Höchstfalle 10 Prozent betragen darf. Wurde der Lohn oder das Gehalt seit Juli nicht herabgesetzt, darf der Lohnabbau 15 Prozent nicht überschreiten. Diese Bestimmung ist ein außerordentlich tiefer Eingriff in das Tarifrecht. Mit einem Federstrich verfügt die Regierung eine wesentliche Änderung aller bestehenden Lohnabkommen. Neben alle geltenden Abmachungen hinweggehend, bestimmt sie von sich aus den Inhalt der Tarifverträge. Daß ein solches Vorgehen dem Tarifgedanken alles andere als förderlich ist, liegt auf der Hand. Und nicht nur dem Tarifgedanken. Der Eingriff der Regierung in die Tarife zeigt, welchen problematischen Wert heute in Deutschland Verträge überhaupt haben. Die Praxis, durch Notverordnungen Verträge zu ändern, muß eine große Rechtsunsicherheit schaffen. Was das Vorgehen der Regierung bedeutet, sagt der den christlichen Gewerkschaften und damit wohl auch führenden Männern des Reichskabinetts nahestehende Arbeitsrechtler Herjebel in seinem Buch „Kollektives Arbeitsrecht“ folgendermaßen:

„Jede Sicherheit im gesellschaftlichen Leben hörte auf, wollte man am Grundpfeiler der Vertragstreue rütteln, und wollte man an dem Saie rütteln: Ein Mann — ein Wort.“

Im übrigen steht das, was heute geschieht, in einigem Gegensatz zu dem, was sich 1928 im großen Tarifkonflikt der Gruppe Nordwest ergeben hat. Damals untersagte es das Reichsarbeitsgericht, daß durch staatlichen Hoheitsakt in einen nach seiner Ansicht gültigen Tarifvertrag zugunsten der Arbeiterschaft eingegriffen wurde. Jetzt aber erfolgt kurzerhand durch staatlichen Hoheitsakt ein Eingriff in bestehende Verträge, zugunsten der Arbeiter. Die Arbeiterschaft wird sich dessen, was heute geschieht, spätestens bei einer Änderung der politischen Machtverhältnisse erinnern.

An sich bleiben die tausenden Tarifverträge bestehen. Sie werden sogar, natürlich mit der Änderung der Lohnsätze, verlängert. Reichsarbeitsminister Stegerwald hat in einer am Dienstag in Münster gehaltenen Rede versichert, der Eingriff in die Tarifverträge sei ein einmaliger. Nun, die jetzt dekretierten Maßnahmen sind so einschneidend, daß weitere Eingriffe das ganze Tarifwesen zugrunde richten müßten. Die Unabdingbarkeit der Tarifnormen bleibt auch nach der neuen Notverordnung bestehen. Das hat natürlich für die Zukunft seine Bedeutung. Die Verlängerung der abgeänderten Tarife kann unter Umständen durch die Schlichter bis zum 30. September nächsten Jahres erfolgen.

Der neue Lohnabbau bringt eine schier untragbar erscheinende Belastung für alle Arbeiterkategorien. Es heißt nun zwar, daß auch die Preise herabgesetzt werden sollen. Nach den Erfahrungen, die man aber bisher in der Frage der Preis-senkung gemacht hat, ist man einigermaßen skeptisch gegenüber solchen Beteuerungen. Nebenbei wird in der amtlichen Verlautbarung nichts weiter gesagt, als daß „die Regierung im Gesamtergebnis von ihren Maßnahmen eine weitere bedeutende Verbilligung der Lebenshaltungskosten erwartet“. Freilich wird dann auch von einer Erhaltung des Reallohns gesprochen. Die Arbeiterschaft verlangt nachdrücklich, daß ihr Reallohn erhalten bleibt. Es ist ihr nicht damit gebüht, daß man eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten erwartet; eine der Lohnsenkung entsprechende Preis-senkung muß garantiert werden.

Die sich auf Grund der Notverordnung ergebende prozentuale Lohnsenkung wird in den einzelnen Tarifgruppen eine unterschiedliche sein. Für das Ausmaß des tatsächlichen Lohn-

## Das Echo im Auslande

Die neue deutsche Notverordnung findet in der englischen Presse die allergrößte Beachtung und wird ausführlich wiedergegeben. Die „Times“ betont, daß die neue Verordnung gleichbedeutend mit weiterer Deflation sei, während England zur Zeit eine Inflationspolitik verfolge. „Daily Express“ und „Daily Mail“ lenken die Aufmerksamkeit besonders auf die Drohungen gegen die Hitler-Partei und die Ankündigung des Standrechtes in Deutschland. Deutschland, so sagt die „Daily Mail“, habe einen Diktator, dessen Verfügungen das Leben eines jeden deutschen Bürgers unmittelbar berühren und der nicht zögere, zu harten Maßnahmen zu greifen, wenn die Wohlfahrt der Nation auf dem Spiel stehe.

Der „Daily Express“ meint, es werde von der Aufnahme dieser Notverordnung bei den parlamentarischen Parteien und insbesondere bei den Sozialdemokraten abhängen, ob Brüning im Amte bleibe oder nicht. Die „News Chronicle“ sagt, die einschneidenden Verfügungen zeigten, wofür Dr. Brüning in seinem Verweilungskampfe zur Rettung Deutschlands getrieben worden sei. Niemals zuvor hätte außerhalb Rußlands eine derartige Einnischung des Staates in das Leben der Bürger versucht werden können. Man müsse es der Vorstellung überlassen, sich die niederschmetternde Wucht auszumalen, mit der die neuen Verfügungen auf das Volk niederfielen. Brüning habe aber recht, da er zeigen müsse, daß er die hinter Hitler stehende Armee in der Gewalt habe, obwohl er eigentlich gegen die Verweilungskämpfe, die Hitler die Rekruten zutriebe. „News Chronicle“ meint, daß es für Deutschland und die ganze Welt wichtig sei, wenn Brüning seine Stellung halte, da sonst die deutsch-französischen Verhandlungen gefährdet würden. Frankreich könnte möglicherweise zaudern, mit einer Regierung ein Abkommen abzuschließen, die nicht Herr in ihrem eigenen Hause sei.

Der „Daily Herald“ bezeichnet die neue Notverordnung als die drastischste Maßnahme, die jemals hinsichtlich der Rechte der Bürger und ihres Geldes ergriffen worden sei, ausgenommen vielleicht in Kriegszeiten. Trotz der starken Herausforderung Hitlers durch Brüning sei es zweifelhaft, ob die Sozialdemokraten das wirtschaftliche Programm annehmen könnten. Sie würden sich vielleicht mit Hitler und den Kommunisten vereinigen und die Auflösung des Reichstages verlangen. Der Rücktritt Brüning sei aber unwahrscheinlich. Es sei zur Zeit noch ganz unmöglich, irgend etwas über die zukünftigen Auswirkungen der neuen Notverordnung zu sagen.

Die französische Presse beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reichskanzlerrede, die nach Ton und Auffassung Billigung findet. Allgemein bezeichnet man die Rede als eine ernste Warnung an die Anhänger Hitlers. Auch hier wird die Stelle der Rede unterstrichen, in der erklärt wird, daß Reichspräsident und Reichsregierung sich gegen diejenigen einsehen werden, die wagen sollten, die konstitutionelle Macht anzutasten. Nur der sozialistische

„Populaire“ bringt verfassungsmäßige Bedenken zum Ausdruck.

In Wien ist man einmütig in der Anerkennung und Bewunderung für den Kanzler, der das Wagnis unternimmt, die deutsche Wirtschaft durch diese einschneidenden Maßnahmen zu retten. Nur die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ übt an der Notverordnung scharfe Kritik und sagt, daß durch sie die staatlichen Geleise zum Widerstreit mit den autonomen Naturgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft gebracht würden, was unweigerlich schwere Störungen hervorrufen würde.

Die amerikanische Presse nennt die Notverordnung einen letzten möglichen Schritt und hebt die Ankündigung des Reichskanzlers hervor, daß er nötigenfalls Maßnahmen gegen Putschversuche treffen werde.

## Länderkonferenz

RTB Berlin, 10. Dezember.

Zur Beratung der Ausführungsbestimmungen, die für die Mietenkürzung und die sonstigen Neuerungen auf dem Gebiete des Wohnrechts zu erlassen sind, tritt heute in Berlin eine Konferenz der Länder zusammen. Sie wird, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, vor allem Richtlinien für die Senkung der Mieten in Neubauwohnungen aufstellen, nachdem für die Wohnungen in alten Häusern die Notverordnung selbst vom 1. Januar an die Mieten um 10 Prozent gesenkt hat.

## Ältestenrat am 16. Dezember

SPD Berlin, 10. Dezember.

Auf Wunsch des Zentrums, das seine Fraktionsführung erst auf den 15. September angelehnt hat, wird der Reichstagspräsident Löbe die von den Kommunisten beantragte Sitzung des Ältestenrats auf den 16. Dezember vormittags einberufen.

## „Rote Fahne“ und „Angriff“ verboten

Berlin, 9. Dezember.

Der Polizeipräsident hat die beiden Tageszeitungen „Rote Fahne“ und „Der Angriff“ auf Grund der Notverordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis einschließlich 17. Dezember, also auf acht Tage, verboten.

# Japans Truppen bleiben

## Völkerbundrat und Mandchurei-Konflikt

SPD. Paris, 9. Dezember.

Der Völkerbundrat trat am Mittwoch zu seiner dritten öffentlichen Sitzung seiner Pariser Tagung zusammen. Briand eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf auf den am Mittwoch verstorbenen italienischen Staatsmann Salandra, für den der italienische Delegierte dankte. Fotitsch (Südslawien) widmete darauf Loucheur einen Nachruf, für den Briand im Namen des Rates, der französischen Regierung und in seinem eigenen Namen mit bewegten Worten seinen Dank aussprach.

Der Bericht des südslawischen Vertreters über die Festschließung einer Grenzlinie zwischen Syrien und dem Irak, der die Entsendung einer Kommission zur Prüfung der Finanzverhältnisse vorseht, wurde einstimmig angenommen. Briand verlas darauf den vom Redaktionskomitee in der Frage des chinesisch-japanischen Konflikts ausgearbeiteten Entschließungsentwurf, der sechs Paragraphen umfaßt. Im § 1 wird die einstimmig angenommene Entschlie- sung des Rates vom 30. September bekräftigt und an die chinesische und die japanische Regierung die Aufforderung gerichtet, alle Maßnahmen zu treffen, um die Ausführung dieser Entschlie- gung zu gewährleisten, so daß die Wiederaufnahme der Truppen in die Eisenbahnzone so schnell wie möglich erfolgen kann. Im § 2 nimmt der Rat Kenntnis von der Verpflichtung beider Parteien, alles zu vermeiden, was die Lage weiter verschlechtern könnte. In den §§ 3 und 4 werden China und Japan bzw. die anderen Mächte aufgefor- dert, den Rat über die Ereignisse in der Mandchurei auf dem laufenden zu halten. § 5 sieht die Ernennung einer aus fünf Mit- gliedern bestehenden Kommission vor, die an Ort und Stelle alle Umstände prüfen soll, die den Frieden zwischen China und Japan oder das gute Einvernehmen zwischen diesen beiden Ländern zu stören geeignet sind. China und Japan sollen das Recht haben, sich durch je einen Vertreter in der Kommission vertreten zu lassen. Die Kommission soll nicht berechtigt sein, in etwaige direkte Verhand- lungen zwischen China und Japan und in Maßnahmen militärischer Art der beiden Parteien einzugreifen. Die Schaffung und die Ar- beiten der Kommission sollen den Rückzug der japanischen Truppen

in keiner Weise beeinträchtigen. Im § 6 wird erklärt, daß der Rat bis zur nächsten ordentlichen Tagung den Präsidenten beauftragt, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und nötigenfalls eine Sonder- tagung einzuberufen.

Im Anschluß daran verlas Briand einen Kommentar zu der Entschlie- gung.

In dem Kommentar des Völkerbundrates zu der Entschlie- gung im mandchurischen Konflikt werden die Vollmachten der Kommission umschrieben. Ihr Mandat, so heißt es, schließt grund- sätzlich die Prüfung keiner Frage aus, soweit sie sich auf die Um- stände bezieht, die den Frieden oder das gute Einvernehmen zwi- schen Japan und China zu stören drohen. Beide Regierungen sollen das Recht haben, der Kommission jede Frage zu unterbrei- ten, deren besondere Prüfung zu wünschen ist. Die Kommission soll befugt sein, den Rat nach ihrem Belieben Berichte über Son- derpunkte zu erstatten. Falls bis zur Ankunft der Kommission die Räumung der besetzten Gebiete erfolgt ist, soll die Kommission so schnell wie möglich einen Bericht über die Lage erstatten. Die Bestimmung, daß die Kommission nicht in militärische Maßnah- men der beiden Parteien eingreifen hat, soll in keiner Weise ihre Bewegungsfreiheit zwecks Beschaffung der für notwendig er- achteten Auskünfte einschränken.

Hohizawa, Japan, erklärte darauf, er könne zu der Entschlie- gung und dem Kommentar noch keine Stellung nehmen, da er die erbetenen Instruktionen seiner Regierung bisher nicht erhalten habe. Er bat daher, die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag- nachmittag zu vertagen. Der Ratpräsident schloß sich diesem Vor- schlag an, der vom Rat einstimmig angenommen wurde.

## Die japanischen Imperialisten bleiben bei ihren Plänen

SPD. Paris, 10. Dezember.

Die Instruktionen der japanischen Regierung zu der vom Völk- erbundrat vorgesehene vorläufige Regelung des chinesisch-japa- nischen Konflikts sind am Mittwochabend bei der japanischen Dele- gation eingetroffen. Sie beziehen sich ausschließlich auf die Er- klärung, die Hirohito abgeben soll und in der Japan sich das Recht zu Selbstmaßnahmen gegen die chinesischen Banditen vor- behalten will. Japan hat eine neue Fassung vorgeschlagen. Man hat sich am Mittwochabend bemüht, diese Formulierung mit der vom Redaktionsauschuß des Völkerbundrates ausgearbeiteten in Uebereinstimmung zu bringen.

abbaus kommt es, soweit ersichtlich, eben auf den Stand der Ver- dienste am 10. Januar 1927 und auf die seit Juli dieses Jahres vorgenommenen Reduktionen an. Im übrigen weist das Berliner Tageblatt mit Recht darauf hin, daß durch die Bestimmungen der Notverordnung die Effektivverdienste vom Januar 1927 unterschritten werden, da die damaligen Tarif- löhne in im a l l ö h n e waren, während sie am 1. Januar des kommenden Jahres Maximallohne darstellen werden.

Die Bestimmungen über die Kürzung der Löhne und Ge- hälter gelten nicht für die Arbeiter des öffentlichen Dienstes, das heißt für die Arbeiter im Reichsdienst, bei der Reichspost, der Reichsbahn und die Gemeindefunktionäre. Aber auch sie bleiben von einem neuen Lohnabbau nicht verschont. Eine Verdienstkürzung wird für diese Arbeiterkategorien in einem anderen Teil der Notverordnung dekretiert.

Ueber den Leistungsabbau in der Sozialversicherung ist, da der Text der Notverordnung noch nicht vorliegt, ein einiger- maßen vollständiges Bild bis zur Stunde nicht zu gewinnen. Allerdings kann aber schon jetzt gesagt werden, daß manche Maßnahmen sich außerordentlich hart auswirken müssen. So die Bestimmung, daß in der Invalidenversicherung die Hinterbliebenenrente die Hauptrente nicht übersteigen darf. Die Leistungen der Krankenkassen werden auf die Regelleistungen beschränkt. Alle Mehrleistungen fallen also weg. Bei der Leipziger Ortskrankenkasse wird danach be- seitigt:

### a) für Mitglieder:

1. Krankenhauspflege auf die Dauer von 26 Wochen. Ausnahmen bei Hausgehilfen und landwirtschaftlichen Arbeitern, weil für diese Krankenhauspflege Regelleistung.
2. Unterbringung in Erholungsheimen.
3. Gesundheitsfürsorge durch Unterbringung in einem Gesundheitsheim.
4. Zuschüsse für größere Heilmittel (über 25 Mark Wert im Einzel- falle) und Hilfsmittel (Zahnerarbeiten, Krücken, Prothesen usw.) gegen Verrentung und Verrentung in Höhe eines Viertels der Kosten bis zum Höchstbetrage von 100 Mark, mindestens jedoch 25 Mark.
5. Soziale Zuschläge zum Krankengeld in Höhe von 2% Prozent des Grundlohnes; vom Beginn der 7. Woche ab 5 Prozent des Grundlohnes bis zur Dauer von 26 Wochen.
6. Hausgeld in Höhe von 16% Prozent des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen.
7. Die sozialen Zuschläge zum Wohngeld, wie zu Punkt 5 beim Krankengeld.
8. Taschengeld in Höhe eines Fünftels des Krankengeldes auf die Dauer von 26 Wochen.
9. Sterbegeld im fünffachen Betrage des Grundlohnes.

### b) für Familienangehörige:

1. Familienhilfe (ärztliche Behandlung und Arznei) für Ehegatten und Kinder vom Beginn der 14. bis 20. Woche der Erkrankung.
2. Familienhilfe (ärztliche Behandlung und 1/4 für die Kosten der Arznei) für Eltern, Groß-, Stief- und Schwiegereltern auf die Dauer von 26 Wochen.
3. Krankenhauspflege in Höhe der Hälfte der Verpflegskosten der III. Verpflegsklasse.
4. Heilmittelpflege durch Zuschußgewährung von 2,50 Mark täglich.
5. Sterbegeld, und zwar zwei Drittel für Ehegatten und die Hälfte für Kinder des Mitgliedersterbegeldes.
6. Zuschüsse zur Unterbringung von Kindern in Kindererholungs-heimen (Kinderfürsorge, namentlich auch Behandlung der Kin- der im Jander-Institut).

### c) Sonstige Gesundheitsfürsorge:

1. Fürsorge auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, z. B. Zeit- schrift "Gesundheit".
2. Unterstützung von Vereinen und Verbänden, die sich mit der Gesundheitsfürsorge befassen.

Nur insoweit die Krankenkassen 5 Prozent oder weniger an Beiträgen erheben, kann mit Zustimmung des Oberver- sicherungsamtes diese oder jene Mehrleistung beibehalten wer- den. Praktisch kommt diese Bestimmung aber kaum in Frage, weil die Krankenkassen des Leipziger Bezirks fast ohne Aus- nahmen mehr als 5 Prozent Beiträge erheben.

Die Folgen der Beseitigung der Mehrleistungen in der Krankenversicherung sind nicht abzusehen. Die Bestimmung bedeutet im übrigen eine neue Belastung der Gemeinden, da alle die Kranken, die eine Krankenhauspflege nicht bezahlen können, auf die Unterstützung des Wohlfahrtsamtes an- gewiesen sind. Allerdings ist man sich in Fach- kreisen nicht völlig darüber im klaren, ob die Krankenhauspflege nicht doch unter die Regelleistungen fällt. Soviel kann heute schon ge- sagt werden: Der Abbau in der Krankenversiche- rung ist eine empfindende Vergewaltigung.

Daß die Regierung der Arbeiterschaft auf sozialem Ge- biet einen Abbau, wie ihn die Notverordnung vorseht, über- haupt zumutet, ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterklasse gespalten ist, und auf den Ausfall der Wahl vom 14. September 1930, durch den der politische Einfluß der Arbeiter im Reichsparlament enorm geschwächt wurde. Es wäre an der Zeit, daß das Proletariat daraus seine Konse- quenzen zöge. Einer geeinten Arbeiterschaft wäre es ein leichtes, eine solche Zumutung, wie sie die Notverordnung dar- stellt, zurückzuschlagen.

## Völkischer Beobachter und Brüning-Rede

SPD. München, 9. Dezember.

Während der Reichsanwalt in seiner Rundfunkrede am Dien- stagabend mit dem Legalitätschwindel Hitlers offiziell aufräumte, amüsierte sich der deutsche Faschistenhüpfeling in der üblichen Weise als Stammgast in der Loge eines Klubs bei dem Lustspiel „Der Herr Bürovorsteher“. Nach diesem Vorbild seines Herausgebers beschäftigt sich auch der „Völkische Beobachter“ mit dem Dokument der Notverordnung.

Das Blatt gibt sich nicht die geringste Mühe, seinen Lesern den sachlichen Inhalt der Notverordnung klarzumachen, sondern beschränkt sich im wesentlichen darauf, den Kanzler wegen des Vor- toches gegen die Staatsverbrechen des Hakenkreuzes anzurempeln. Brüning habe nur die Forderungen der judomaximalistischen Presse erfüllt und das in einer Unbeherrschtheit und Maßlosigkeit, die er- staunen mache. Er habe als ein Mann gesprochen, der sein Spiel als Politiker schon verloren gebe, und in der Tat habe der Kanzler mit dieser Rede nur seinen eigenen Fall beschleunigt. In einer schamlosen Frechheit wird zum Schluß die Anwendung der Not- verordnung Abschnitt 8 gegen Brüning selbst gefordert, weil er in seiner Rundfunkrede „in die ungeweihten Klänge der Legalität unserer Führer Zweifel gesät“ hat. Das Blatt sieht in dieser Tatfache offenbar eine üble Nachrede gegen Persönlichkeiten, die im öffent- lichen Leben stehen“ und eine Verletzung der Ehrenschutzbestimmung der neuen Notverordnung, die mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist.

Der frühere Ministerpräsident Salandra, unter dem Italien in den Weltkrieg eintrat, ist gestorben.

# Die Mordpläne der Hakenkreuzler

## Bogheim kein Einzelfall

Der Goy. Präsidialrat berichtet: Ermittlungen der Dessauer Kriminalpolizei haben ergeben, daß ähnliche blutrünstige Pläne, wie sie von führenden heftigen Nationalsozialisten in Bogheim fabriziert wurden, auch von maßgebenden Nationalsozialisten in K n h a l t ausgearbeitet worden sind. Aus diesem Grunde wurden kürzlich in Dessau mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ueber- haupt häufen sich die Anhaltspunkte dafür, daß das Bogheimer Dokument keinen Einzelfall darstellt, sondern unter geistiger Anleitung des Nationalsozialistischen Juristenbundes von allen maßgebenden Landesinstanzen der Nazis ähnliche Dokumente aus- gearbeitet sind, und zwar im k i l l i c h w e i g e n d e n E i n v e r - k ä n d n i s mit der Zeitung der Nazi-Zentrale in München. Nur so ist es auch zu erklären, daß die Reichsleitung der NSDAP entgegen ihren anfänglichen Erklärungen bloßer gegen die Bog- heimer nichts unternommen hat.

## Der Bod als Gärtner

SPD Darmstadt, 10. Dezember.

Der heftige Landtag hat den Verfasser der Bodenheimer Dokumente, Dr. Bod, auf Vorschlag des Verlesterates in den Ge- setzgebungsaußschuß und in den heftigen Staats- gerichtshof gewählt. Die Wahl des Reichstages in den Staatsgerichtshof erfolgte auf Wunsch der Nationalsozialistischen Partei, die damit aufs neue bewiesen hat, daß sie sich mit den putschistischen und blutrünstigen Plänen der Mordbestie identifiziert.

Es ist ferner bemerkenswert, daß die „unabhängigen“ Bedingungen der Nationalsozialisten zur Regierungsabgabe nicht in Darmstadt, sondern in München formalisiert wor- den sind. Diese Bedingungen tragen rein agitatorischen Charakter und lassen an ihrem Inhalt erkennen, daß sie nur den Zweck haben,

den negativen Ausgang der Verhandlungen, von dem die Nazis überzeugt sind, von vornherein vor der Öffentlichkeit zu recht- fertigen.

## Neue Opfer der braunen Mordpest

SPD Berlin, 10. Dezember.

Am Mittwochabend, kurz nach 10 Uhr, wurden in Char- lottenburg, in der Berliner Straße mehrere Kommunisten, die von einer Versammlung heimkehrten, von etwa 20 Natio- nalsozialisten überfallen und beschossen. Drei Kommu- nisten ließen sich schwer verletzen. Der eine hatte einen Armbruch erhalten, der zweite einen Beinbruch und der dritte einen Halsbruch. Alle drei wurden ins Krankenhaus gebracht, wo der Verletzte mit dem Halsbruch bald nach seiner Entlassung starb.

Als die Komms ihr blutiges Handwerk vollendet hatten, eilten sie aus wie die Hasen. Trotzdem gelang es dem Ueberfall- kommando, in der Nähe des Kaiserdes vier Nationalsozialisten fest- zunehmen. Außerdem wurden neun Kommunisten in Haft ge- nommen.

## Nachspiel zu den Eutiner Kravallen

Das Landgericht Lübeck bestätigte als Berufungsinstanz im großen ganzen das von dem Eutiner Schnellgericht gegen elf Reichsbannerleute verhängte Gefängnisurteil. Lediglich die Höchststrafen von neun Monaten Gefängnis wurden auf sechs bzw. drei Monate ermäßigt. Dagegen wurden andere Strafen von zwei auf drei bzw. vier Monate erhöht. Die Ver- urteilung erfolgte seinerzeit wegen eines Vergehens gegen die Ver- ordnung des Reichspräsidenten vom März dieses Jahres.

## Vatikan billigt Zentrumspolitik

SPD Rom, 10. Dezember.

Im Verlauf der Besprechungen, die von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, dem Abgeordneten Raas, dieser Tage in Rom mit dem Vatikan geführt wurden, haben die maßgebenden Persön- lichkeiten der Vatikanstadt dringend gebeten, in Deutschland von einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten möglichst abzulehnen. Dieser Ratsschlag erfolgte unter ausdrücklichem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen des Vatikan mit dem Faschismus.

## Serbische Studenten fordern die Republik

RTB. Belgrad, 9. Dezember.

An der hiesigen Universität sind gegen das jetzige Regime Studentenunruhen ausgebrochen, in deren Verlauf einzelne Grup- pen für die Republik demonstrierten. Der Rektor hat hierauf die Schließung der Universität angeordnet.

Die Cortes haben mit 388 gegen null Stimmen den endgültigen Text der Verfassung angenommen.

## Die Leichenschänderinnen

In der Berliner Anatomie hat sich ein heilple- loser Vorfall ereignet. Studentinnen haben in eine Leiche ein Hakenkreuz gesteckt!

Das sind die stulerten Damen,  
Die Vater Wotan selbst genährt —,  
Die blondgelockten Sektrelamen,  
Die keine Sorge je beschwert —!

Das sind des „Dritten Reiches“ Mütter,  
Die Seele sanft, das Herz voll Mut —,  
Herr Ober, einen Wagonbitter.  
Wir gehi der Anblick sonst ins Blut —!

Ein Stillerheit den konsequenten  
Madonnen aus der Chirurgie,  
Die Frauen müssen Leichen schänden,  
Die Männer? Nun, die schaffen sie!

Kurt Kaiser Blüh.

## Bemerkenswertes Wahlergebnis

### Bezirksstagswahlen in Bayern

Der Vorwärts berichtet:

Das Bezirksamt Teuschnitz im Stendebiet des Franken- waldes wurde durch die Staatsvereinschaft dem Bezirksamt Kronach angeschlossen. Dadurch machte sich eine Ergänzungswahl für den Bezirksstags im Bereiche des früheren Bezirksamtes Teuschnitz notwendig, die am Sonntag durchgeführt wurde. In den Orten Ludwigsbadi, Teittau, Preßlig, Reichenbach, Tschirn, Lauenstein, Rothentirchen wurden zusammen folgende Stimmen abgegeben:

	6. Dez. 1931	14. Sept. 1930
SPD	1548	(1674)
NSD	447	(460)
Nazis	1051	(1140)
Bayrische Volkspartei	446	(667)

Seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ist hier also keine Verschiebung eingetreten. Dort oben im Frankenwald leben die Vermittler der Armen. Seit Monaten und Jahren arbeitslos, wissen die Leute vor Not und Elend nicht ein noch aus. Hilfe wurde ihnen so gut wie keine vom Staate zuteil. Von den Kom- munisten und Völkischen unworden, hatten sie jetzt wieder Gelegen- heit, ihre Stimme abzugeben. Trotz aller Verhöhnung der Kandidaten von rechts und links, trotz aller Beschimpfungen gegen die SPD haben die Männer und Frauen vom Frankenwald ihr Urteil gegen Sowjet und Hakenkreuz gesprochen.

## Das Volksbegehren in Leipzig

Die Ergebnisse des Volksbegehrens in der Stadt Leipzig stellten sich in den letzten Tagen wie folgt:

7. Dezember (fünfter Einzeichnungsstag)	2722
8. Dezember (sechster Einzeichnungsstag)	2483
9. Dezember (siebenter Einzeichnungsstag)	2306

Die Gesamtziffer der Einzeichnungen ergab bis zum gestrigen Tage 17 358. Bei den Reichstagswahlen vom 14. September er- zielte die kommunistische Partei allein 88 602 Stimmen. Dazu kamen 62 648 Stimmen der Nationalsozialisten.

Die Sächsischen Arbeiter-Zeitung flagt Stein und Bein, daß Leipzig außerordentlich stark zurückgelassen sei. Die Eintragungs- ziffern in Chemnitz umfachten bis zum Dienstag 36 958, in Dresden wurden rund 20 000 Einzeichner gezählt.

# Laval und Flandin im Gedränge

## Sozialistische Angriffe gegen die politischen Anleihen

SPD. Paris, 10. Dezember.

Der Finanzausschuss der Kammer beschäftigte sich am Mittwoch in langer und zum Teil stürmischer Sitzung mit den Anleihen und Krediten, die die Regierung im Sommer ohne die Genehmigung des Parlaments den Regierungen von Ungarn und Südblawien, sowie einigen in Zahlungsschwierigkeiten geratenen französischen Großbanken gewährt hat.

Der sozialistische Abgeordnete Auziol hatte Finanzminister Flandin in öffentlicher Kammer Sitzung bereits vor einigen Tagen wegen dieser Anleihen angegriffen und gefordert, daß der Finanzkommission alle Akten über diese Operationen mitgeteilt werden, die nach seiner Ansicht ungesetzmäßig seien. In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses beantragte daher Auziol, die Haltung der Regierung durch eine entsprechende Entschlüsselung zu tabeln. Ministerpräsident Laval, Finanzminister Flandin und der Generalsekretär des Außenministeriums, Berthelot, die der Sitzung beiwohnten, suchten die Kredite und Anleihen zu rechtfertigen und zu beweisen, daß sie vollkommen normal und regelmäßig seien. Dabei machte Laval in bezug auf den ungarischen Kredit das Eingeständnis, daß dieser nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen gewährt worden sei. Angesichts des deutsch-österreichischen Jollunionsplans sei es für Frankreich nützlich gewesen, so erklärte er, in Ungarn einen Umschwung der öffentlichen Meinung hervorzurufen, die bisher über die wahren Gesetze Frankreichs über Frieden und europäische Zusammenarbeit schlicht unterrichtet gewesen sei.

Berthelot äußerte sich über die diplomatischen Verhandlungen, die der Gewährung des Kredits an Ungarn vorangegangen waren. Er spielte dabei auf einen Artikel Paul Faures im „Populaire“ an, in dem behauptet worden war, daß eine enge Verbindung zwischen den Krediten und der geschäftlichen Tätigkeit der französischen Rüstungsfirma Schneider-Creuzot in Ungarn bestehe und daß die Kredite nur zum Ankauf von Kriegsmaterialien benutzt worden seien. Eine darüber in Ungarn angefertigte Untersuchung habe ergeben, so führte Berthelot aus, daß diese Behauptungen unbegründet seien. Der sozialistische Abgeordnete Auziol hielt aber die Enthüllungen Paul Faures aufrecht und sprach sein Erstaunen darüber aus, daß die Bank Union Parisisenne als Vermittler für den Kredit gebietet habe, der der allgemeinen ungarischen Kreditbank ausgehändigt worden sei, die die ungarischen Rüstungen finanziert und Schneider der Firma Schneider-Creuzot sei. Finanzminister Flandin erwiderte, daß die fragliche Pariser Bank in keiner Weise in die Verhandlungen eingegriffen habe und daß es der Regierung durch ein Gesetz vom Jahre 1930 verboten sei, fremden Staaten direkt Kredite zu gewähren.

Nach dieser Erklärung beschloß der Ausschuss, eine Unterkommission zu ernennen, die zusammen mit einer Unterkommission des auswärtigen Ausschusses die ihnen zur Verfügung gestellten Akten genau prüfen soll.

# Reaktionäre Polizeioffiziere gegen Severing

SPD Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat sich in einem Protestschreiben an den preussischen Innenminister gegen die Verletzung des Berliner Polizeimejors Lewi nach Gletwih ausgesprochen. Auf dieses Schreiben hat der preussische Innenminister Severing am Mittwoch folgende Antwort erteilt:

Ihr Schreiben vom 7. Dezember d. J. zwingt mich, den Ihnen aus ähnlichem Anlaß bereits in Aussicht gestellten

Abbruch der Beziehungen zur Polizeioffiziervereinigung durch das Ministerium des Innern und sämtlich ihm unterstellten Polizeibehörden nunmehr vorzunehmen. So sehr ich bisher bestrebt war und auch in Zukunft bemüht bleiben werde, die von Ihrer Vereinigung verfolgten materiellen und idealen Interessen der Polizeioffiziere zu fördern, so entschieden muß ich Ihre Veruche, in den Dienstbetrieb der Polizei Preußens einzugreifen, zu rückweisen. Ihr Schreiben vom 7. Dezember ist ein neuer Versuch dieser Art. Die mir übermittelte Stellungnahme ist nach Lage des zur Verfügung stehenden Falles sachlich unrichtig und unberechtigt. Ihre Bekanntgabe an die Presse geradewegig illegal. Die Polizeioffiziervereinigung hat oft, so auch noch in letzter Zeit, nach Wahrung der Disziplin gerufen; demgegenüber erweist das jetzt erfolgte, in höchstem Maße

disziplinwidrige und disziplinverletzende Hervortreten den peinlichsten Zweifel, ob es der Vereinigung wirklich um die Wahrung des Zusammenhalts der Polizei zu tun ist. Sie können sich darauf verlassen, daß dieser Zusammenhalt unter allen Umständen gewahrt bleibt.

Im übrigen muß ich auf Grund genauester Kenntnis des Geistes, der in der Polizei herrscht, wie auch persönlicher Bekanntschaft mit zahlreichen Polizeioffizieren auf das entschiedenste bestreben, daß die der Presse und erst danach mit übergebene Darstellung über die Stimmung Ihrer Mitglieder deren wirklicher Überzeugung entspricht. Nach Lage der Sache kann es sich nur darum handeln, daß einige wenige, unrichtig informierte oder voreingenommene orsanisatorische Mitglieder das mir zugestellte Schreiben verfaßt haben, das um grottesten wirkt, als es auf Grund seines Wortlauts, ohne jede Legitimation, beansprucht, zugleich als Willensbetätigung der Masse der Polizeiwachmeister zu gelten.

Unter diesen Umständen lehne ich die Annahme des wieder beigefügten Schriftstückes, zugleich aber auch jeden weiteren Verkehr mit der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens ab.

Diese offene Sprache Severings gegenüber einem Verband, der es sich bisher fast immer nur zur Aufgabe gemacht hat, reaktionäre Elemente innerhalb der Polizei zu decken, ist geradezu wohlthuend. Wohlthuend vor allem im gegenwärtigen Augenblick, in dem die reaktionären Herrschaften von den Führern der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, den abgebauteen Polizeioberst Dillenburg, angeführt der Großmäuligkeit der Nazis Morgenslust mittern!

# Deutschnationale für Reichstagsberufung

SPD Berlin, 10. Dezember.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Reichstagspräsidenten einen Antrag auf Einberufung des Reichstages gerichtet und zugleich dem Reichstag einen Antrag auf Aufhebung der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten zugehen lassen. Die Kommunisten fordern das Gleiche. Die Nationalsozialisten dürften sich dem bald anschließen.

Die Regierung hegt dennoch die Hoffnung, daß sich im Vorkenntnis des Reichstages eine Mehrheit für dessen Einberufung nicht findet. Im anderen Falle hat sich der Reichspräsident bereits bereit erklärt, dem Reichstagsler, ähnlich wie im gegebenen Falle im Oktober, die Order auf Auflösung des Reichstages zur Verfügung zu stellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichstagsler von diesem Angebot Gebrauch macht, sobald der Reichstag eine Entscheidung gegen die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten fällen wird. In diesem Falle würden mit den Reichstagswahlen zugleich die preussischen Landtagswahlen vor sich gehen.

Stürz vom Schlaganfall betroffen. Wie der „Völkische Beobachter“ aus Raumburg an der Saale meldet, hat der Reichstagsabgeordnete Stürz während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten.

# Nazis lösen die Judenfrage

## Streng vertrauliche Richtlinien

Von einem Standartenführer der Berliner SA wird dem Soz. Pressedienst geschrieben:

Die Parteileitung der NSDAP hat für den Fall ihrer Machtübernahme, mit der in kurzer Zeit gerechnet wird, folgende

### Richtlinien zur „Lösung der Judenfrage“

ausgearbeitet, die streng vertraulich behandelt werden. Aus tatsächlichen Gründen hat man augenblicklich auch jede öffentliche Erörterung der Judenfrage abgeblasen. Man fürchtet augenblicklich die Wirkung, besonders in London und Paris. Für die Praxis aber liegt bereits ein genauer Plan für sämtliche Bezirke vor. Die Hauptpunkte dieses Programms sind folgende:

Sämtliche in Deutschland lebenden Juden haben kein Staatsbürgerrecht.

Die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu verwalten, besitzt kein Jude. Sämtliche jüdischen Beamten, wie etwa Lehrer, Richter, Regierungsangestellte usw. werden sofort entlassen. Ein Jude kann vor einem deutschen Gericht kein Zeugnis ablegen oder Schöffe sein. Sämtliche in Deutschland lebenden Juden werden unter ein besonderes „Recht“ gestellt. Sie haben eine besondere Steuer zu bezahlen und unterliegen besonderen, örtlich zu regelnden polizeilichen Vorschriften. Die u. a. über ihre Aufenthaltserlaubnis zu entscheiden haben. Kein Jude darf Gewalt sein. Die Ausübung der ärztlichen Praxis durch Juden an Christen ist nicht gestattet. Das Schächten wird verboten. Sämtliche staatlichen

Unterstützungen sowie die staatliche Anerkennung der „jüdischen Kulturgemeinschaft“ fallen fort.

Sämtliche seit 1914 in Deutschland naturalisierten Juden verlieren das deutsche Staatsbürgerrecht und werden als lästige Ausländer abgehoben.

Ein besonderer Untersuchungsausschuss wird sämtliche jüdischen Geschäftsunternehmen, insbesondere Warenhäuser, Banken, Großhandel sowie gewerbliche Unternehmen auf das schärfste kontrollieren und bei evtl. „Vollstreckungsgefahr“ enteignen und in den „Besitz des deutschen Volkes“ überführen. Ein besonderes Gesetz gilt der Bekämpfung der „jüdischen Kulturverschmutzung“. Jüdischen Theaterintendanten wird die Konzeption entzogen. An leitender Stelle von Zeitungen dürfen keine Juden stehen. Alle Presseerzeugnisse, die in jüdischen Händen sind, müssen dieses deutlich an ihrem Kopf verzeichnen. Ein besonderes Gesetz wird alle jüdischen Schriftsteller und Journalisten zur Rechenschaft ziehen, die sich „unberechtigterweise“ in deutsche Verhältnisse einmischen.

Die „deutsche Volksgemeinschaft“ behält sich ausdrücklich das Recht vor, alle mißliebigen „jüdischen Schutzbürger“ zu internieren oder auszuweisen, die gegen die „Interessen des deutschen Volkes“ verstoßen. Mißgehen zwischen Juden und Christen werden für ungültig erklärt. Die Genehmigung zur standesamtlichen Eheschließungen wird grundsätzlich verweigert. Jüdische Kinder dürfen keine deutschen Schulen und Universitäten besuchen.

Zur endgültigen Lösung der Judenfrage wird vorgeschlagen, die Juden in Deutschland zum Arbeitsdienst und zur Urbarmachung in den deutschen Moorgebieten zu verwenden, wobei besondere SS die Aufsicht führen werden.

# Verlogene Heze der Nazipresse

## Wie jemand auf die Wächterliste kommt

Vor einiger Zeit ging durch die nationalsozialistische Presse ein groß aufgemachter Bericht, nach dem ein 19-jähriges Mädchen in Hersfeld überfallen und blutig mißhandelt worden sei. Die nationalsozialistische „Deutsche Volkswacht“ brachte über diesen angeblichen Vorfall am 2. Oktober d. J. einen Artikel, demnach sollte das Mädchen „in so vielwöchiger Weise zugerichtet“ worden sein, daß es sich gar nicht beschreiben ließe. Es sei bewußtlos liegen geblieben und erst später von Passanten aufgefunden worden.

Wie nun der Soz. Pressedienst berichtet, haben die sehr sorgfältig geführten polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß es sehr zweifelhaft ist, ob überhaupt ein Verbrechen stattgefunden hat. Jedenfalls können politische Gründe keinesfalls dabei miteingesprochen werden. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die angeblich Überfallene die ganze Geschichte erfunden hat aus Gründen, die in ihrem Verhalten zu ihrem Verzeher zu suchen sind. Der Vater des Mädchens erklärt, daß er auf der Kleidung seiner Tochter weder Blutspuren, noch Schmutzspuren gesehen habe, auch haben sich trotz wiederholter Aufforderung die beiden Radfahrer nicht gemeldet, die angeblich die Überfallene im bewußtlosen Zustande aufgefunden und nach Hause gebracht haben sollen. Für die verheerende und verlogene Berichterstattung der Nationalsozialisten ist dieser Fall ein charakteristisches Beispiel.

Ein Fall ähnlicher Art wird dem „Vorwärts“ aus Osnabrück gemeldet. Dort wurde nachts ein Sturmführer der Nazis, der Schlosser Brinkmann, mit einer schweren Schussverletzung aufgefunden. Nach der Darstellung der Nazis soll B. — übrigens schon zum vierten Male — von Kommunisten überfallen worden sein. Natürlich wird er auf der Hitlerliste „Opferliste“ verzeichnet werden. Aber der Schwindel von einem Überfall ist schnell zerplatzt. Die Polizeibehörde teilt mit: „Die Ermittlungen wegen eines angeblichen Mordversuchs auf Schlosser, Brinkmann haben durch Zeugenaussagen, die durch eidliche Vernehmungen erhärtet worden sind, ergeben, daß Brinkmann nicht von fremder Hand angefallen worden ist. Seine Verwundung ist vermutlich auf fahrlässiges Handeln mit einer Kleinkalibrigen Pistole zurückzuführen. Die Waffe selbst ist polizeilich sichergestellt.“

Brinkmann selbst hat die Polizei bewußt angelogen. Er hat unter Eid den vernehmenden Beamten gegenüber behauptet, er sei überfallen worden. Der Hitlersturmführer beschuldigt trotz besseren Willens Kommunisten, um zu verbergen, daß er selbst widerrechtlich bewaffnet war!

# Die Finanzfachverständigen verhandeln

SPD Basel, 9. Dezember.

Im Sonderausschuss der BZJ erstattete der belgische Delegierte Frère am Mittwochvormittag im Namen des technischen Komitees, das am Dienstagabend gewählt worden war, um die Statistiken über die Privatkredite zu prüfen, die die deutsche Delegation unterbreitet hat, einen Bericht.

Das Unterkomitee stellte fest, daß die ihm vorgelegten Statistiken trotz der großen Schwierigkeiten, die mit ihrer Aufstellung verbunden waren, eine sehr sorgfältige Arbeit darstellen. Es ist gegenwärtig mit einer Nachprüfung der Statistiken beschäftigt und vergleicht sie mit den Zahlen, die den in Basel anwesenden Delegierten zur Verfügung stehen. Diese Nachprüfung ist indessen sehr schwierig, da die Statistiken Deutschlands und die der anderen Länder vielfach auf verschiedenen Grundlagen beruhen. Die Differenzen zwischen den Zahlen des Wiggins-Komitees und den neuen Zahlen ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die Privatgeldnehmer ihre Berichte den deutschen Behörden erst später zukommen lassen. Hinsichtlich der kurzfristigen Bankschulden tritt in den neuen Ziffern eine Erhöhung um 300 Millionen Mark ein, während sich die Privatschulden gegenüber dem Bericht des Wiggins-Komitees um 3,2 Millionen Mark erhöhen. Das Unterkomitee bat die deutsche Delegation um ergänzende Mitteilungen.

Im Anschluß an den Komiteebericht setzte Dr. Melior sein Exposé über die deutsche Zahlungsbilanz fort. Er gab Auskünfte über die vier Kategorien von deutschen Schulden, die deutsche Zahlungen an das Ausland erforderlich machen: die im Ausland aufgenommenen langfristigen Anleihen, nichtöffentlich im Ausland aufgenommenen Anleihen, Obligationen und Aktien, die in Deutschland ausgegeben wurden, sich jedoch in den Händen von Ausländern befinden. Diese drei Kategorien umfassen die langfristigen Auslandsschulden im Gesamtbetrag von 11,5 Milliarden Mark. Die vierte Kategorie umfaßt die kurzfristigen Schulden in der Höhe von 12 Milliarden Mark. Zu dieser Kategorie gehören Bank-, Industrie-, landwirtschaftliche und kommerzielle Schulden.

# Englisch-französischer Zollkrieg

SPD Paris, 10. Dezember.

Paris Midt berichtet: „Da ein Angebot Frankreichs an England, über die Wiedereingliederung der jüngsten Zollverhandlungen zu verhandeln, erfolglos geblieben ist, bereitet die französische Regierung im Einvernehmen mit den maßgebenden Persönlichkeiten des Handels und der Industrie Gegenmaßnahmen, und zwar insbesondere eine Einfuhrkontingentierung vor.“

Der englisch-französische Zollkampf dürfte damit schon in diesen Tagen seinen Anfang nehmen.

# Die Wahlen in Württemberg

In einem Aufsatz, den der Sozialdemokratische Pressedienst verbreitet, beschäftigt sich der Genosse Wilhelm Keil mit dem Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Württemberg. Er schreibt u. a.: „Nunmehr lassen sich aber die Gesamtergebnisse ziemlich übersehen. Da ist vor allem festzustellen, daß die durch die Heßwahl hochgeschwungenen Hoffnungen der Nazis bei weitem nicht in Erfüllung gegangen sind. In Stuttgart, wo sie seit Monaten ein großes agitatorisches Trommelfeuer unterhielten, wo sie ihre Primadonnen Frid und Goebels, Straßer und Prinz Aumt und viele andere Größen auftreten ließen, haben sie es mit riesigen Geldeaufwand auf 21 Prozent der Stimmen gebracht. Wenn dieser Anteil eine Verdoppelung ihrer Stimmenzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl bedeutet, so liegt das daran, daß die Nazis am 14. September 1930 in Stuttgart und im ganzen Landesdurchschnitt mit 9,4 Prozent hinter ihrem im Reichsdurchschnitt erzielten Stimmenanteil von 18,3 Prozent weit zurückgeblieben waren. Sie haben bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart trotz größter Kraftanstrengung also jetzt ganze 3 Prozent mehr erzielt, als sie im Reichsdurchschnitt bei der vorjährigen Reichstagswahl zu verzeichnen hatten.“

In anderen Städten, in denen sie, wie z. B. in Ulm schon bei der Reichstagswahl einen relativ großen Stimmenanteil erzielt hatten, ist ihr seitheriger Stimmengewinn gegenüber der vorjährigen Stimmenzahl recht gering. In Ulm stiegen sie von 7007 auf 8883, was einen Zuwachs von 10 Prozent bedeutet. Auch heute ist hier ihr Anteil an der Gesamtzahl der Stimmen noch auf 25 Prozent begrenzt. Dabei ist Ulm eine alte Militärlagerstadt mit vielen pensionierten Offizieren und Beamten und einem großen militärisch abhängigen gewerblichen Mittelstand, und es kamen den Nazis eine Reihe unerquicklicher Vorfälle innerhalb unserer örtlichen Partei zugute. In Heilbronn, der drittgrößten Stadt, stiegen die Nazis von 2058 auf 3788 Stimmen und erreichten damit einen Stimmenanteil von 16 Prozent, während die von links und rechts heftig benannte Sozialdemokratie mehr als 32 Prozent aufweist. In der Studentenstadt Tübingen müssen sich die Nazis mit 4 von 28 neugewählten Vertretern begnügen. In ihrer alten Hochburg Gelsingen bekamen sie 4 von 12 neubesetzten Sitzen. Nur in wenigen Städten sind sie an 30 Prozent der Stimmen herangekommen, in den meisten Mittelstädten erzielten sie nur bescheidene Stimmengewinne. So gingen sie in Reutlingen von 1134 auf nur 1491 hinaus und bilden damit ein Viertel der Gesamtstimmenganzahl.“

# Bombenabwürfe der Japaner

WTB Peking, 9. Dezember.

Die Japaner haben ihre Streifflüge über der Mandchuriet wieder aufgenommen. Heute früh warfen acht Flugzeuge über Tschungtschantung 21 Bomben ab und über Tawa fielen. Diese Stadt war auch Maschinengewehrfeuer ausgeübt. Die genannten Ortschaften liegen an der Bahnlinie nach Kiuchwang.

# Die Arbeitszeit muß herabgesetzt werden

## Eine Entschließung der Studienkommission des IWA.

SPD. Genf, 9. Dezember.

Die Kommission des Internationalen Arbeitsamtes zum Studium der Verminderungsmaßnahmen für die Arbeitslosigkeit stellt in ihrer abschließenden Entschließung zunächst fest, daß die Lösung nur von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Maßnahmen kommen kann, die über die Kompetenz des Amtes hinausgehen. Sie verweist ferner darauf, daß es notwendig ist, die internationalen Verhandlungen um öffentliche Arbeiten zu beschleunigen. Inzwischen lenkt sie die Aufmerksamkeit aller Behörden auf eine Reihe von Teilmaßnahmen, wie Ratifikation und sofortige Anwendung der schon vorhandenen Arbeitszeitabkommen, besonders die Washingtoner Achtstundentabvention, sowie die Abschaffung aller Überstunden. Daneben müsse die persönliche Arbeitszeit für alle Arbeiter herabgesetzt werden, um die Einstellung Arbeitsloser zu ermöglichen.

In der jetzigen Krise seien — so heißt es in der Entschließung weiter — die besten Erfahrungen mit der 40-Stunden-Woche gemacht worden, hauptsächlich bei Verteilung auf 5 Tage. Der Lohnausfall könne sowohl durch Lohnherhöhungen wie durch Verminderung der Soziallasten aus der Wiederbeschäftigung von Voll- und Teilzeitarbeitern ausgeglichen werden. Ohne selbst die Initiative für internationale Verhandlungen ergreifen zu wollen, erinnere die Kommission an den Wunsch verschiedener Staaten, provisorische Abkommen untereinander abzuschließen über die Arbeitszeit in bestimmten Industrien. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes soll sich zu jeder Hilfe den Regierungen zur Verfügung halten. Endlich nahm die Kommission Kenntnis von dem Verlangen der Arbeiterorganisationen für die internationale 40-Stunden-Woche sowie von der Mitteilung verschiedener Industrieller, daß eine dauernde Kürzung der Arbeitszeit möglich sei in den Industrien mit bedeutenden technischen Fortschritten.

Alle diese Fragen sollen nach dem Wunsch der Kommission vom Internationalen Arbeitsamt weiter verfolgt und die gesammelten Erfahrungen der nächsten Sitzung des Verwaltungsrates im Januar unterbreitet werden zwecks endgültiger Beschlußfassung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig. Verantwortlich für den Internatenteil: Hugo Seydand in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchverleger Alfred Schönbach, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

**Rundfunkprogramm**

**Leipzig-Dresden**  
Leipzig (1157 kHz, 2,3 kW) Welle 200,3. — Dresden (841 kHz, 0,3 kW) Welle 318,3.  
Freitag, den 11. Dezember.  
6.30 Uhr: Rundfunknachricht. Anschließend bis 8.15 Uhr Frühkonzert.  
10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.  
10.05 Uhr: Wetterbericht, Verkehrsfunk und Tagesprogramm.  
10.15 Uhr: Was die Welt bringt.  
10.30—10.55 Uhr: Schulfunk: Naturkunde: „Kamogras, das Leben eines Strohens.“ Ein naturkundliches Beispiel von Ernst Wölfer.  
11.00 Uhr: Werbesendungen.  
12.00 Uhr: Wetterbericht, Wasserstandsangaben und Schneebericht.  
12.10—12.40 Uhr: Mittagskonzert.  
12.45 Uhr: Wettervorhersage, Wetter- und Wäsendbericht.  
13.00 Uhr: Kunstberichte.  
14.30 Uhr: Studio des Mitteldeutschen Rundfunks. Das Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: Theodor Blumer. Solistin: Gertrud Wenzinger-Schmann vom Neuen Theater in Leipzig (Wit).  
15.15 Uhr: Bericht der Landfrau: Die Maß des Geflügels im Winter.  
15.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.  
16.00—16.15 Uhr: Was? Wer? Wo? Berühmtheiten für Akademiker im Ausland. Dr. Hans Siffert, Dresden.  
16.30 Uhr: Nordische Musik. Das Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: Hilmar Weber. Solist: Emil Leh, Leipzig (Violone).  
17.30 Uhr: Wissenschaftliche Ansprache. Dr. E. Kurt Fischer: „Der Menschheit neue Grenzen.“  
17.50 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.  
18.00 Uhr: Sozialerziehungsrundfunk (Jugendlichen, Kranken, Angehörigen, Arbeitslosen) und Unfallversicherung.  
18.25 Uhr: Grandmusik: England.  
18.50 Uhr: Für jeden Musikant.  
19.00 Uhr: Die Wahlkreispropaganda der Gegenwart (III): Die tarifliche Tätigkeit der Inhabenden der Kirche. Bischof Dr. Rainer Gruber, Bautzen.  
19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. Das Ende-Orchester, Leipzig.

20.30 Uhr: Die Pfefferkuchenfabrik Pulenik. Ein weihnachtliches Hörbild von Dr. Karl Blum, Leipzig. Leitung: Hans Bergberg.  
21.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.  
21.10 Uhr: Stunde der großen Städte: „Paris 1890.“ Mitwirkende: Hans Castens, Hilke Jara, Kurt Baumgarten, Hans Bergberg, Tadja Kohnstein, Harry Langewiesch, Dietrich von Döpp und Alfred Schlegel.  
22.30 Uhr: Nachrichtenabend.  
Anschließend bis 23.00 Uhr: Collegium musicum. Die Kantate des Landeskonzertunternehmens zu Leipzig. Dirigent: Kurt Thomas. Chor muß bis 17. Jahrsbericht.

**Deutsche Welle**

Freitag, den 11. Dezember.  
6.30 Uhr: Rundfunknachricht. Anschließend bis 7.30 Uhr: Frühkonzert.  
10.10—10.35 Uhr: Schulfunk: Erdkundliches Hörbild.  
10.35 Uhr: Neue Nachrichten.  
11.30—11.55 Uhr: Werbung für praktische Landwirtschaft.  
12.00 Uhr: Schallplattenkonzert: „Leichtere Musik.“  
13.30 Uhr: Übertragung Berlin: Neue Nachrichten.  
14.00—14.40 Uhr: Übertragung Berlin: Schallplattenkonzert.  
14.40—14.55 Uhr: Frauenstunde: Wäher für unsere Kinder.  
15.00—15.25 Uhr: Jugendkonzert: Jugend hilft der Jugend.  
15.30—15.55 Uhr: Wetter- und Wäsendbericht.  
16.30—16.50 Uhr: Praktisches Naturwissen: Vorkursen in Wasser und Erde.  
18.00—18.25 Uhr: Pädagogischer Funke: Arbeitstechniken im Arbeitsunterricht. Praktische Ratschläge für die Weihnachtsarbeit in der Schule.

18.30—17.30 Uhr: Übertragung des Hoffmannkonzertes Leipzig.  
17.30—17.55 Uhr: Hausmusik.  
18.00—18.25 Uhr: Volkswirtschaftsfunk. Thema und Name des Redners werden nach Bekanntgeben.  
18.30—18.55 Uhr: Hochschulfunk: Giffgase und Gasfunk.  
18.55 Uhr: Wetterbericht für die Landwirtschaft.  
19.00—19.25 Uhr: Wissenschaftlicher Vortrag für Jahrgänge.  
19.30—19.55 Uhr: Die Welt des Arbeiters. Bisheriger: Weihnachtsbücher. Hermann Hensler.  
20.00 Uhr: Aus Washington: „Was über man in Amerika spricht.“ Kurt G. Sell.  
20.15 Uhr: Kistenmusik. Intermezzo: „Kleinigkeiten.“ Mitwirkende: Hans Glemert (Klavier), Emil Schneider (Sch), Robert Goh (Sax), Eibert Grape (Klavier).  
21.00 Uhr: „Bajantafel.“ Ein Spiel nach dem Vorbild des Subrata von Lion Feuchtwanger. Spielführung: Dr. Hans Wilmann. Musik von Hans Ebert.  
Gegen 23.00 Uhr: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten.  
Anschließend: Stunde für die Winterhilfe. Sprecher: Maria Rein, Günter Sabant. Danach: Konzert des Hoffmannkonzertes Berlin-Mitte. Dirigent: Eugen Sonntag.

**Eingelaufene Schriften**

Tom Selbmann-Freud. Gurra wie rechnet Spielbel Nr. 3. Verlag Herbert Müller, Berlin.  
Hilke-Jara. Helles-Hoh. Schweiß-Hoh. (Rosenblätter, Deutsches Reichspatent.) Brauchliche Verlagsausgabe, Stuttgart.  
Eugenie Schumann, Robert Schumann. Ein Lebensbild meines Vaters. Verlag Kocher & Amelang, Leipzig.  
Gedenkbuch-Kalender. Stahl & Co. Generalverlag, Leipzig-Wien.  
Globe-Ges. Ein Mensch ertrinkt. Roman. Verlag E. P. Tat & Co., Leipzig-Wien.  
D. G. Wille. Liebe der Armen. Roman. Verlag E. P. Tat & Co., Leipzig-Wien.  
Georg Wähle. Reich Gottes. Marasmus — Nationalismus. Ein Bericht vom religiösen Kapitalismus. Verlag S. C. Mohr (Paul Sieber), Tübingen.  
Karin Mischke. Eine Frau macht sich frei. Roman. Verlag Gustav Kiepenheuer, Berlin.

**RADIO-PANIER AM ZOO**

Unsere Schaufenster sagen Ihnen alles / Einzelteile unerreicht billig  
**Kompl. Radio-Anlagen von RM. 45.- an betriebsfertig**  
Filialen: Berliner Straße / Petersteinweg 18 / Lindenauer Markt / Gelegenheitskäufe. Bitte unser Fenster 6 beachten

**Morgen**  
und die nächsten Tage werden Sie als treuer Abonnent dieser Zeitung zum **Weihnachts-Einkauf bei Siegmund Schwarz G.m.b.H.**  
**Eisenbahnstraße 17**  
Ecke Bussestraße  
als anerkannt billige Quelle kaufen:  
in Arbeit-Zuppen, gefüllter . . . 9.75  
in Arbeit-Schuhe, Wolle, 6.85  
in Weg- u. Arbeit-Hosen ab 1.95  
in Schaffel, Wolle, 1.75  
Nebenbei sehr billig:  
in Schuhe, Fußballschuhe, Autoschuhe, Gamaschen (ab 1.70), Zornhüte, Leder-Jacken, Leder-Mäntel, Leder-Regen-, Winter- u. Angler-, Trainings-, Hänge-, Leder- u. Wästel, Hemden, Unterhosen usw.

**Frische Zungen m. Schl. Pfund 1.30**  
**Der billige Preis macht's nicht, sondern Qualitätsware billig kaufen!**  
Sonntag geöffnet von 13—18 Uhr  
Das sind die richtigen Weihnachts-Artikel  
Garantie für Qualität und große Haltbarkeit  
Kesseler Rippensteak 1.05  
Rindersteak 1.05  
Frische Leber 90  
Frische Nieren 85  
Hammelrücken 85  
Hammelragout 60  
Ein großer Posten **sehr billiges Rindfleisch** gelb. hiesiger Schlachtung 60 zum Kochen . . . Pf. 70 und  
Knochwurst . . . Pf. 1.00  
Knochwurst (Thüringer Art) . . . Pf. 1.20  
Zervelatwurst Grobschnitt . . . Pf. 1.25  
Geräuch. Speck . . . Pf. 95  
Weihnachtsgänse 85  
Landhühner . . . Pf. 95 u. 85  
Kalbfleisch ohne Knochen  
Wickelbraten . . . Pf. 1.15  
Keulen und Nieren . . . Pf. 1.30  
Kalbsfricassee oder Pfefferfleisch . . . Pf. 70  
Rindfleisch zum Braten ohne Knochen . . . Pf. 1.10  
Rouladen . . . Pf. 1.10  
Gulasch . . . Pf. 85 u. 80  
Gehacktes . . . Pf. 85 u. gemischt 85  
Achtung für Wiederverkäufer auf den Weihnachtsmärkten: Knoblauchwurst, Knobliches, Wiener, Bockwürste. **Riesig billig!**  
**Großfleischerei Richter & Fischer. Wurstfabrik**

**Das Fest naht**  
Bringen Sie jetzt Ihren Stoff zum **H.-W.-Mantel H.-W.-Anzug** für **29.- od. 39.-**  
**Fa. H. Weigler**  
Jakobstraße 6.

**Achtung! Sonderangebot!**  
Zur Einführung meiner ausgezeichneten **Fleisch- und Wurstwaren:**  
Blutwurst, sehr mager . . . 1/2 Pf. 23  
Leberwurst, hausschlachten . . . 1/2 Pf. 23  
Knackwurst, reines Schweinef. 1/2 Pf. 28  
Jagdwurst . . . 1/2 Pf. 23  
Warme Brühwürstchen . . . 1 Pf. 1.00  
Schüsselsoße . . . 1 Pf. 50  
Alle Fleischwaren der schweren Zeit entsprechend herabgesetzt u. doch Qualität! Verkaufzeit: Freitag 16 bis 19 Uhr, Sonnabend 7 bis 19 Uhr, Sonntag 13 bis 16 Uhr  
**K. NEEF, FLEISCHEREI**  
Zentralmarkthalle, Galerie, Stand 110

**Okina**  
Südweine 1/2 Flasche . . . 50  
Okina  
Helken-Kuchen Stk. 50  
Baumbehang 1 Pf. 49

**Reellste Bezugsquelle: Neue Gänsefedern**  
von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gerein., allerbeste Qual. 1/2 Pf. 3.- nur kleine Federn (Halbdauen) 4.50, 1/2 Daunen 6.25, gerein. gefärbt, Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, alle 7.- in Bollbaum, u. u. 10.-. Für reelle Raubfr. Ware Garantie, Versand geg. Nachnahme ab 5 Pf. portofr. Mitglieder, nehme auf meine Kosten zur **Willy Mantouff**, Gänsemäster, Reutereibin 12 (Döberl), Helldorf und größtes Bettfedernverhandlung des Oberlandes gegr. 1852.

**NORDSEE**  
**Seefisch essen heißt Geld sparen**  
Prachtvoller **Schellfisch** im Ansehn. **3 Pfund**  
**Kabliau** „ **80**  
**Seelachs** „ **80**  
**Goldbarsch** ohne Kopf **80**  
Filets, Zander, Scholle, Rotzunge, Knurrhahn  
Lebende Spiegelskarpfen, lebende Schleie  
3000 Kisten echte **Sprotten Kiste 38 u. 28**

**An unsere Mitglieder!**  
Zwecks Durchführung von **Verbilligungsmaßnahmen**  
für in besondere Not geratene Mitglieder liegen in allen Lebensmittelverteilungsstellen bis zum . . . **Dezember 1931** Einzeichnungslisten aus.  
Erwerbslosen-, Krisen-, Fürsorge- und Kurzarbeiterunterstützungsempfänger Alters- und Invaliden-Rentner mit geringem Einkommen wollen sich in ihrer zuständigen Lebensmittelverteilungsstelle einzeichnen.  
**Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch** und bei Erwerbslosenunterstützungsempfängern die Stempelkarte, bei Krisenunterstützungsempfängern die Stempelkarte, bei Fürsorgeunterstützungsempfängern der Fürsorgeausweis, bei Kurzarbeiterunterstützungsempfängern eine Bescheinigung des Arbeitgebers, bei Alters- und Invalidenrentnern der Rentenbescheid.  
**Vorbedingung für die Einzeichnung:**  
1. Die Zeichner müssen mindestens seit dem 1. Juli 1931 Mitglied sein.  
2. Für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis jetzt müssen mindestens RM 100.— Umsatz nachgewiesen werden.  
**Konsumverein**  
Leipzig-Plagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

**Rundfunk-Geräte**  
aber die **Neuesten** von **THÜGINA**  
Überragende Garantieleistung  
Funktechnischer Verkauf  
**Dittrichring 15**  
Eisenbahnstraße 134  
Bitterfelder Straße 19

**Nestler, Eisenbahnstraße 99**  
an der Elisabethstraße  
**Linoleum — Spottbillig**  
**Teppiche, Läufer**  
**Wachstuche — Spottbillig**

Die neuen Kalender sind erschienen!  
**Neue Weltkalender 1932**  
104 Seiten stark / Farbiger Umschlag / Reich illustriert / Viele farbige Bilder / Wandkalender Kunstblatt: Hoffnung / Neues Preisausschreiben . . . Preis 50 Pfennig  
**Blumenschmidts Abreißkalender für 1932**  
Wichtig für alle Gartenbesitzer und Kleinsiedler mit täglichen Ratschlägen für Garten- und Blumenfreunde . . . Preis 75 Pfennig  
Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen  
**Leipziger Buchdruckerei A. G.**  
Abt. Buchhandlung, Leipzig C1, Tauchaer Str. 19/21

# Flammendes Bekenntnis für den Sozialismus

## Gegen Faschisten, Bürgerkrieg und Hochverrat

Ein Massenaufgebot der freilichlich gesinnten Bevölkerung Leipzigs! Vier überfüllte öffentliche Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei, die alle prächtig verliefen und den Feinden der Arbeiterklasse erneut gezeigt haben, daß die Sozialdemokratie die Partei der Werktätigen ist! Am Morgen des 9. Dezember bestand noch die Gefahr, daß die für den Abend angeordneten öffentlichen Versammlungen der SPD ein Opfer der Weihnachtsburgfrieden-Bestimmung der neuen Notverordnung werden würde, dann aber war Klarheit geschaffen, die Mittwochversammlungen verliefen noch nicht dem Verbot. Zu Tausenden und Abertausenden strömte die Bevölkerung herbei. Sorgenvolle Männer und Frauen, vor allem auch viele Jüngere. Und wieder bestätigte sich, daß die Massen der Sozialdemokratie vertrauen. Das zeigte sich besonders in den Versammlungen, wo Ras- und unbesonnenen Gegner der Sozialdemokratie auftraten. Spontaner Widerspruch der Versammelten gegen die „Revolutionäre in der falschen Front“ und stürmische Zustimmung bei den Entgegnungen der Sozialdemokratischen Redner waren die untrüglichen Beweise dafür, daß die denkenden Arbeiter Leipzigs nichts wissen wollen von den Leuten, die aus Haß gegen die Sozialdemokratie die Front der Todfeinde des Proletariats stärken. So wurden die Versammlungen mächtige Kundgebungen gegen Bürgerkrieg, Hochverrat und Faschismus und flammendes Bekenntnis für den Sozialismus!

### Begeisterte Kampfstimmung in der Goldenen Krone

Dies größte Lokal von Connewitz war schon lange vor Beginn der Versammlung überfüllt. Im Saale und auf der Galerie war bald keine Sitzgelegenheit mehr zu finden, obwohl an Stühlen herbeigeschleppt wurde, was nur zu finden war. Viele der Versammlungsbesucher haben dreieinhalb Stunden im dichtgedrängten Saale stehend der Versammlung beigewohnt. Die Versammlung beherrschte von Anfang an eine prächtige Kampfstimmung und größtes Interesse für die sozialdemokratischen Redner.

Reichstagsabgeordneter Genosse Saube begann seine Ausführungen mit einem kurzen Hinweis auf die furchtbare Situation, in die das deutsche Volk durch die neue Notverordnung gebracht worden ist. Zur gleichen Zeit, wo diese ungeheure Belastung eintritt, treiben die Nazis ihre hemmungslose Agitation für das Dritte Reich noch schlimmer als bisher. Hitler und seine Kumpane tun so, als ob sie unmittelbar vor der Machtergreifung stehen. Daher ist es dringend notwendig, die Massen des Volkes darüber aufzuklären,

was ein Sieg der Faschisten für das Deutsche Volk bedeuten würde. Gregor Sträger, der von den Nazis in Aussicht genommene sächsische Innenminister, hat vor den Nazis in Leipzig den Frauen gesagt: Erstens, daß sie aus dem Produktionsprozeß verjagt werden müßten und zweitens, daß ihnen im Dritten Reich schon beigebracht werden würde, mit dem Gelde auszukommen, das ihr Mann heimbringe. Mit Weisheit und Wut sei es im Dritten Reich vorbei. Und die gute Erbsuppe (mit Wasser gefüllt) solle wieder zu Ehren kommen!

### Diese Aussichten auf das Dritte Reich sollten sich die Frauen und Mütter besonders merken!

Genosse Saube beleuchtete weiter die Nordhede der Nazis und die verhängnisvollen Folgen der großwahnsinnigen Pläne des „Kanzlers von Rönne“ für das deutsche Volk im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen. Die Hochverratsdokumente von Bogheim enthüllen

die Pläne der Nazis für das Dritte Reich. Parole: Erschießen! Erschießen! Erschießen!

Diese Pläne decken sich mit der faschistischen Machübernahme in Italien. Die Zustände in faschistischem Italien sollten auch der deutschen Arbeiterklasse ein furchtbar warnendes Beispiel sein. Der brutale Terror, den die Nazis in dem kleinen schleswig-holsteinischen Ort Eutin gegen Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Reichsbanner und Republikaner ausübten, zeigt sehr deutlich, was das Dritte Reich bringt.

Die Sozialdemokratie hat bisher ihre Politik im Reichstage darauf eingestellt, den Nazis nicht die staatlichen Machtmittel in die Hand zu liefern. So schlimm die Brüning-Regierung ist, zweifellos würde eine von den Nazis beeinflusste Reichsregierung die breiten Massen der Werktätigen in Deutschland noch viel schlimmer belasten.

Die Sozialdemokratie weiß, daß die Kämpfe um die Lastenverteilung nicht allein im Parlament entschieden werden, daher ist es unser Bestreben, außerparlamentarisch

eine große Abwehrfront der Werktätigen zu formieren. Einheitsfront aller Werktätigen, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Reichsbanner und aller dazwischen, die mit uns kämpfen wollen gegen die Reaktion! Schließt euch zusammen in der Sozialdemokratie! Gebt uns die Mehrheit! Gebt uns die Macht! (Stürmische Ode Eutin gegen Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Heber des Volksbegehrens sprach Landtagsabgeordneter Genosse Liebmann. Das Volksbegehren, von den Deutschnationalen angezündigt und von den Kommunisten beantragt, ist

eine Episode in dem Kampfe, den die deutsche Arbeiterklasse um die Verteidigung ihrer Erwerbschancen, ihrer politischen Rechte und um die Verteidigung ihrer Lebenshaltung führt.

Die Kommunisten schreien: Schließt die Einheitsfront zum roten Volksbegehren! Heil Moskai! Rot Front! Rot Front!

Die Nazis aber, die mit den Nazis in gleicher Front marschieren, und Hugenberg und die Deutschnationalen, Landolt, der Stahlhelm, Nationale Frauen- und Offiziersbünde, wollen ein schwarzweißes Sachsen — Nazi-Sachsen — Gregor Sträger als Innenminister!

So finden sie sich alle unter der Parole: Hinweg mit Schied! Schied hat nicht das Vertrauen der Sozialdemokratie. Aber wir fragen: Was kommt nach Schied?

Die Kommunisten bleiben auf die Frage die Antwort schuldig. Unsso deutlicher antworten die Nazis und der ganze Troß der Reaktion!

Für die Kommunisten ist das Volksbegehren nichts anderes als ein Kampf gegen die Sozialdemokratie — das Volk zahlt die Kosten. Die Waffenbrüder der Nazis, die Nazis, wollen aus dem Volksbegehren eine Position für die Eroberung der Macht im Reich gewinnen.

Die Pläne werden scheitern an dem gesunden Sinn des sächsischen Volkes. Wenn auch das Volksbegehren durchgeht, zum Volksentscheid braucht die Front der vereinigten Reaktion — Nazis, Nazis, Hugenberg — 1,5 Millionen Stimmen. Social Dumme gibt es in Sachsen nicht! (Stürmische Zustimmung.) Gerade diese Episode des Volksbegehrens in Sachsen zeigt die Verlogenheit der kommunistischen Parole von der Einheitsfront. (Zuruf eines Kommunisten: Einheitsfront nicht mit den Führern der SPD, sondern mit den Arbeitern!) Es war ein Arbeiter, der Jugendgenosse Markus, der trotz des Einheitsgeheißes von den Kommunisten ermordet wurde! (Lebhafte Witze!) Die Sozialdemokratie hat nie gesagt: Der Hauptfeind ist die SPD. Die Sozialdemokratie will alle Arbeiter in einer Front zusammenfassen, gegen den Faschismus. Wir bedauern, daß sich die kommunistischen Arbeiter unter den Parolen der SPD gegen die Front der eigenen Klassenangehörigen mißbrauchen lassen! Wir rufen alle Arbeiter, alle Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Sportler und darüber hinaus alle die, die gewillt sind, in dem großen Kampf gegen den Faschismus zu führen. Wir sagen auch den Regierenden:

Unsere Einheitsfront ist nicht gewillt, vor den faschistischen Banden zurückzuweichen. Wir werden nicht kapitulieren vor den Nordhegern, sondern

mit aller Kraft kämpfen für unsere sozialistischen Ziele. Wir sind die unüberwindliche Front gegen den Faschismus und wir werden siegen. (Stürmischer Beifall.)

Unsere Einheitsfront ist nicht gewillt, vor den faschistischen Banden zurückzuweichen. Wir werden nicht kapitulieren vor den Nordhegern, sondern

mit aller Kraft kämpfen für unsere sozialistischen Ziele. Wir sind die unüberwindliche Front gegen den Faschismus, und wir werden siegen. (Stürmischer Beifall.)

In der Aussprache trat zunächst ein Komiker, Richter, auf. Hatte es schon während der Referate bei gelegentlichen Zwischenrufen der Nazis erheitende Absurden gegeben, so gab es jetzt einen Heiterkeitssturm nach dem anderen. Die Tiraden des unheimlichen Komikers lösten immer erneut schallendes Gelächter der Versammelten aus. Nach Richter befragte sich der A. B. D. Mann Hoyer über das „Gegenzwischen SPD und SPD“. Es war wie ein blutiger Hohn, daß ausgerechnet ein Mann der SPD, die wegen des Gezänkens in der SPD einen eigenen arbeitslosen Parteiführer aufgemacht hatten, in dem sie nun das Gegenzwischen untereinander gründlich weiterführen, billige Entlohnung und noch billigere Einheitsredensarten verzapfte.

Genosse Komme! sagte den beiden SPD'isten recht deutlich, wie die Arbeiter in den Betrieben über die kommunistische Parolenspektakel denken. Dann bekam Richter noch eine kurze, aber gründliche Abfuhr durch Genossen Liebmann, und Genosse Saube leuchtete den falschen Einheitsaposteln so gründlich heim, daß ihnen dabei bestimmt nicht wohl geworden ist.

Der Vorsitzende, Genosse Thomas, zog die Schlussfolgerungen des Abends: Bildet mit uns in der Sozialdemokratischen Partei, mit Gewerkschaftern, mit Reichsbanner und Sportlern die Einheitsfront unter unseren roten Fahnen!

Es lebe der Sozialismus!

Begeistert stimmten die Versammelten in das Hoch auf den Sozialismus ein. Damit fand die imposante Versammlung ihr Ende. Sie war ein voller Erfolg für die Sozialdemokratie.

### Die Terrasse überfüllt

Außerordentlich gut war die öffentliche Versammlung in der Terrasse Kleinschöcher befüllt. Bereits lange vor Beginn stauten sich die Massen, war der Saal dicht besetzt. Als Redner war Reichstagsabgeordneter Genosse Graf erschienen, der sinngemäß folgendes aussprach:

Die Dinge, die wir gegenwärtig in Deutschland durchleben, haben in mancher Hinsicht Ähnlichkeit mit der Anfangszeit des Faschismus in Italien. Die jüngsten Ereignisse in der Republik und in der NSDAP. sollten in dem Proletariat die Auffassung

wach werden lassen, daß die Gefahr wirklich akut ist. Abgesehen von den Führern der Hitlerbewegung haben wir es bei der NSDAP, mit einer Bewegung proletarischer Volksmassen zu tun. Demokratie und Parlamentarismus ermöglichen es den Nazis, zur Massenbewegung zu werden und sich in der SA. eine Schutztruppe zu schaffen, die sich aus Beutejägern und Bluthunden zusammenschließt.

Die Reichsregierung tut gegen das Terrorregime der SA. sehr wenig oder nichts. Die Bogheimer Höfe sind in Deutschland nicht mehr vereinzelt. Hitler ist zwar äußerlich von West, dem Vater des Bogheimer Programms, abgerückt und hat diesen seiner Kemler entzogen. Trotzdem aber waren vergangene Woche die beiden zusammen in Berlin. Es gehört eine Verbrechergeheimnis dazu, um sich zu einem solchen Programm zu bekennen.

Die Mehrzahl der Nazis rückt von dem Text des Programms, den alle Arbeiter, Handwerker und Bauern sehr genau studieren sollten, nicht ab. Die Neuherrungen Gregor Sträger auf der Tagung der nationalsozialistischen Ärzte in Leipzig sind der glänzendste Beweis dafür, wie diese Führer zu Hitlers Legalitätserklärung stehen.

Die Nazis sind die Puppen des Monopolkapitalismus. Letzterer bedient sich der Hitlerleute zur Festigung seiner Position und Sicherung des Profits. Das ist nur in vollem Maße auf dem Wege der Eroberung der politischen Macht möglich. Ausgerechnet diejenigen, die sich in den Nachkriegsjahren auf Kosten der Republik sanieren haben, wollen jetzt den Staat zerbrechen, um so an die Macht zu kommen. Nicht nur die Macht der Nazis, sondern auch ihre Anprüfliche haben zugenommen. Die republikanische Regierung schaut tatenlos zu, wie sich der lästige Ausländer Hitler, der Hochverräter und Mordheger, in Berlin gegenüber dem Kanzlerpalais etabliert. Ja, Adolf Hitler, der Putzschiff, wird sogar von Regierungsstellen offiziell empfangen.

Offener Hochverrat ist aber, wenn in Hitlerscher Mission Gesandte der Hakenkreuzregierung mit dem Auslande verhandeln. Das Reichsgericht, das energisch gegen Margzins und Nazis durchgreift, hätte in diesem Falle ein großes Arbeitsgebiet. Doch die Urteile, die in letzter Zeit an Deutschlands höchstem Gericht gefällt wurden, haben den Glauben an eine Gerechtigkeit völlig schwinden lassen.

In diese Situation hinein pläht die neue Notverordnung, die der Arbeiterschaft weitere Belastungen bringt. Heranzuhören ist, daß die Sozialdemokratie eine Herabsetzung der Arbeitslosenversicherung verhindern konnte. Wenn das Tarifrecht der Arbeiterschaft erhalten wurde, so hat das die SPD. durchgesetzt. Ihrer Initiative ist auch die angelegentlich Preislenkung und der vorgesehene Mietabbau zu danken. Dem Druck des Auslandes, und dem der SPD. muß zugeschrieben werden, daß Reichskanzler Dr. Brüning endlich scharfe und energische Worte gegen die Nazis fand. Doch nicht nur bei Worten darf es bleiben. Auch Taten müssen in dieser Richtung folgen.

Die organisierte Arbeiterschaft hat allen Grund, alles zu verneinen, was darauf hinführt, daß Deutschlands wirtschaftliche und politische Lage noch gespannter wird. Brüning hat zwar gelernt, daß sich nur die bürgerlichen Parteien halten können, die sich genügend von den Nazis distanzieren.

Um so mehr muß die Politik der Sozialdemokratie darauf eingeleitet sein, zu verhindern, daß Hitler auf legalem Wege zur Führung kommt. Eine einzige, geschlossene Arbeiterschaft ist der sicherste Schutzwall gegen die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland. (Starker Beifall.)

Da eine Aussprache nicht gewünscht wurde, konnte Genosse Schmidt als Versammlungsleiter noch kurz auf den kommunistischen Volksentscheid, der den Nazis die Wege zur Macht in Sachsen ebnen will, hinweisen. Kräftig applizierte Genosse Schmidt an die Anwesenden, das kommunistische Unternehmen, das ausschließlich im Interesse der Feinde der Arbeiterschaft liegt, nicht zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

### Massen haufen im Schillerlöschchen

Die Veranstaltung im Schillerlöschchen in Gohlis war außerordentlich gut besucht und hat aufs neue bewiesen, daß die Massen hinter der SPD stehen. Als erster Redner sprach in der Versammlung der Genosse Bippel.

Eingangs seiner Ausführungen wies der Referent darauf hin, in welcher erheblichen Nähe die heutige Republik sich, was die politischen als auch die sozialen Rechte der Arbeiter anbelangt, von dem früheren monarchistischen Staate unterhalte. Der neue Staat — so sagte er — habe dem Arbeiter wesentliche politische Rechte gebracht. Die Sozialgesetzgebung sei erheblich erweitert worden. Die Ausgaben der gesamten Sozialpolitik einschließlich Wohnungs- und Schulwesen hätten vor dem Kriege 2,4 Milliarden betragen, gegenüber 1 1/2 Milliarden im Vorjahre.

Dem Unternehmertum sei diese soziale Leistung zu groß. Es kämpfe mit dem Hinweis darauf, daß die Sozialbelastung die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Ausland konkurrenzunfähig mache, gegen das Sozialgesetzgebungswert und fordere die Beseitigung der sozialen Einrichtungen. Nicht genug damit, ver-

# Vati's Wunsch: W.E.Z. Cigarren!

**W.E.Z.-Präsente im Festgewand**  
das sinnvolle, beliebte und dankbare Geschenk für den Raucher,  
den man besonders erfreuen will, denn sie  
**vermitteln vollendeten Genuß!**  
Riesenauswahl in Geschenkpackungen schon ab 1 Mark in hochwertigster Ware zu erstaunlich niedrigen Preisen

Erhältlich in allen W.E.Z.-Verkaufsstellen in Leipzig und der Provinz.  
Besuchen Sie unsere Schaufenster und W.E.Z.-Anschrift. Geschäfte im Zentrum: Messhaus „Union“, Nikolaistr. 57, „Europahaus“, Königsplatz 9 und Westplatz

W.E.Z.-Fabrikate vielfach mit der goldenen Medaille und auch mit der Staats Ehrenurkunde ausgezeichnet!

Die herrlichste Gabe, an der ich mich liebe, die Sorgen zerstreut, beglückt und erfreut so köstlich und nett — W. E. Z.

**Verkaufsstellen in Leipzig:**  
Zeilner Str. 34b, Südstr. 40, Poggauer Str. 35, Bornaische Str. 3b u. 173, Dufourstr. 9, Eisenstraße 1, Roststädter Steinweg 13, Frankfurter Str. 25 u. 29, Lindenaner Markt, Kaiserstr. 5, Lützenauer Str. 66, Gundorferstr. 46, Marsburger Str. 92, Zschorn Str. Ecke Schmiedestr. u. Nr. 66, Dinkowstr. 43, Kassaritzstr. 48 u. 97, Friedrich-Ebert-Str. 68, Gohlis, Str. 39, Joli-Georg-Str. 27, Wittenb. Str. 56, Schiebestr. 3, Gravelottestr. 12b, Teuchener Str. 48, Borgstr. 1, Wurzer Str. 70, Kreuzstraße 51, Rasser Str. 39, Eisenbahnstr. 112, Steinlauer Str. 78, Kieler Str. 21, Leonhardtstr. 2a, Kirchstr. 23 u. 70, Bayrische Str. 30 u. 57, Taubenweg 33, Nürnbergstr. 9, Zwickauerstr. Str. 1, Sülzstr. Str. 18, Ritzschauer Str. 40, Wassermarkt, 28, Wapstr. Linkenstr. 22, Stahlmeil. Hauptstr. 106.

lange es die Inflation, um sich seiner Schulden zu entledigen, wie im Jahre 1923.

Das Unternehmertum habe sich in den Nationalsozialisten eine Kampftruppe gegen die Arbeiterklasse geschaffen. Nicht wenige Angehörige des Bürgertums seien durch den wirtschaftlichen Niedergang, den die bestehende Krise mit sich gebracht habe, zermürbt worden. Der Wahn habe sich ihrer bemächtigt, die Nazi-Partei könne über die bestehenden Schwierigkeiten hinweghelfen. Im Jahre 1923 sei bereits von Hitler der Versuch unternommen worden, die Republik gewaltsam zu befeitigen. Der Kampf der Nazis gegen den heutigen Staat laufe darauf hinaus, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu befeitigen.

Der Austausch der Sakentruzierer zeige ihre geistige Verwirrung. Er sei der Ausdruck ihrer Machtgier. Hitler verleihe das Vorherrscher-Mordprogramm, aber er habe einmal selbst gesagt, daß er über alles in seiner Partei orientiert sei. Folglich habe er auch von dem Vorherrscher-Programm Kenntnis haben müssen.

Die Nazis seien bestrebt, Anteil an der Regierungsgewalt im Reich und in den Ländern zu erhalten. Es komme ihnen darauf an, die Innenministerien und damit die Polizei in die Hand zu bekommen. Daraus gehe hervor, daß sie die politische Macht zu erlangen suchten, um sich gegen die Arbeiter durchsetzen zu können. Wege aus der Krise wollten und könnten sie nicht weisen. Reichsfinanzminister Brüning habe in seiner Rundfunkrede am Dienstag endlich den Trennungstrieb zwischen sich und Hitler gezeigt. Es sei an der Zeit gewesen, daß von dem Reichsfinanzminister betont worden wäre, er werde eine Art Nazinebenregierung nicht dulden. Von Bedeutung sei, daß — wie Seering betone — die preussische Polizei hinter ihrer Regierung stehe. Darüber könne auch kein Zweifel bestehen, daß die SPD den Nazis das Massiv der Arbeiterklasse entgegenstehe. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die Sportorganisationen, das Reichsbanner und die Jugend bilden eine Macht, die bereit sei, den Nationalsozialismus in seine Schranken zu weisen. An dieser Macht werde jeder Versuch der Hitler-Partei, zur Herrschaft zu kommen, scheitern. Jetzt heiße es bereit zu sein, die Kräfte zu den bevorstehenden Kämpfen zu sammeln und die Organisationen zu stärken. Würden die Abwehrkräfte in der Arbeiterklasse reiflos mobilisiert, dann sei der Nationalsozialismus nur eine Episode in der politischen Entwicklung Deutschlands. (Starker Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Genosse G. H. Müller. Von ihm wurde das Argument der Nationalsozialisten, die Marxisten seien an den bestehenden Mitten schuld, gründlich zerpflegt. Durch Beschränkung der sozialdemokratischen Organisationen verleihe man Einfluß auf die Massen zu gewinnen. Der SPD schiebe man die Schuld an allen nur erdenklichen Übeln zu. Man sage, auf sie sei es zurückzuführen, daß Reparationen gezahlt werden müssen, sie habe auch die bestehende wirtschaftliche Misere geschaffen. Die Unfähigkeit dieser Behauptung gehe allein daraus hervor, daß auch in Amerika, England und Frankreich eine schwere Krise und große Arbeitslosigkeit herrschten. Genosse Müller nannte dann die wahren Schuldigen an den bestehenden trübsamen Verhältnissen: die deutschen Wirtschaftsführer. Mit Recht warte er die Frage auf, wo eigentlich in den Kartellen, Syndikaten und Trusten ein Marxist sei? Die Leitung dieser Gebilde seien reiflos in der Hand der Leute, die heute sagen, der Marxismus sei an allem schuld.

Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre habe das Bestehen des kapitalistischen Systems deutlich gemacht. Die deutschen Wirtschaftsführer hätten ihre Unfähigkeit vor der ganzen Welt gezeigt. Nicht der Marxismus, der Kapitalismus sei auf der Kollisionsbahn.

Die Schwierigkeiten der augenblicklichen politischen Situation seien nicht zu verkennen. In dieser Zeit nun wüßten die Kommunisten nichts anderes zu tun, als ein Volksbegehren einzuflechten. Würde der Landtag aufgelöst, so bedeute das unter den heutigen Umständen, daß die Nationalsozialisten verstärkt in ihn einzögen. Kein denkender Arbeiter könne deshalb das Volksbegehren unterstützen. Wenn jeder seine Pflicht tue, sei es möglich, über die bestehenden Schwierigkeiten hinwegzukommen. Die Geschlossenheit der Arbeiter müsse als das Gebot der Stunde bezeichnet werden. Gezieltes Handeln führe der Arbeiterschaft den Sieg. (Großer Beifall.)

In der Diskussion fertigte Genosse Müller einen Redner der SPD treffend und mit stürmischer Zustimmung der Versammlung ab.

Der Versammlungsleiter, Genosse Dieh, schloß, nachdem er den Appell an die Anwesenden gerichtet hatte, unermüdet für den Ausbau der Partei tätig zu sein und für die Volkszeitung zu werben, die glänzend verlaufene Versammlung. Den Sozialistenmarsch singend, verließen die Besucher den Saal.

### Die SPD unerschütterlich und kampfbereit

Im Osten war der große Saal des „Libertigartens“ bereits lange vor dem Beginn der Versammlung überfüllt. Referenten waren die Abgeordneten Genossen Starmann, Hunger und Genosse Mucker, Wurzen. Ausgehend von den Nazi-Erfolgen bei den stattgefundenen Länderwahlen und den letzten Vorgängen auf dem Gebiete der Außenpolitik entrollte die Genossin Starmann-Hunger unter größter Aufmerksamkeit der Bes-

# Die Lübecker Voreiligkeit

## Neuerst scharfe Sachverständigenkritik im Calmette-Prozess

SPD Lübeck, 9. Dezember.

Die überaus vorsichtige Art, in der Professor Ludwig Lange am Dienstag die im Calmette-Prozess an ihn gerichteten Fragen beantwortet hatte, ließ schon das Schlimmste für die Befragung der übrigen Sachverständigen befürchten. Um so mehr war man in der Mittwochsverhandlung über die bestimmten Aussagen der Professoren Kalle, Muck, Uhlenshuth und Abel überrascht.

Professor Kalle führte u. a. aus: Eine Notwendigkeit oder Dringlichkeit, das Calmetteverfahren einzuführen, bestand nicht. Wenn ich trotz gewisser Zurückhaltung der autoritativen Körperschaften in Deutschland in der Einführung des Verfahrens noch keine Fahrtauglichkeit erblicke, so bin ich doch der Ansicht, daß sich Dr. Miskaet unbedingt vor der Einführung mit dem Reichsgesundheitsamt und mit anderen Fachleuten in Verbindung hätte setzen müssen.

Unbedingt nötig waren auch Tierversuche. Als verantwortlicher Berater des Medizinalkollegiums hätte Dr. Miskaet sich auch davon überzeugen müssen, daß die Herstellung und Kontrolle des Impfstoffes einwandfrei geschah und daß der Impfstoff unschädlich war wie der Calmettesche Impfstoff. Auch Professor Hahn erblickt in der Einführung selbst keine Fahrtauglichkeit, hielt aber Tierversuche für unbedingt erforderlich. Professor Muck erklärte:

Man war in Lübeck von der Unschädlichkeit des BCG geradezu belesen. Selbstverständlich hätte man Kontrollversuche vornehmen müssen. Professor Uhlenshuth sprach sich scharf dagegen aus, daß man trotz der zurückhaltenden Stellungnahme des Reichsgesundheitsamtes das Calmetteverfahren in Lübeck eingeführt habe, ohne sich zuvor mit dem Reichsgesundheitsamt in Verbindung gesetzt zu haben. Trotzdem nahm auch er keine Fahrtauglichkeit bei der Einführung des Verfahrens an. Besonders verurteilte er, daß man nicht während der Impfungen fortlaufende Tierversuche gemacht habe und daß man bei der Züchtung der Kulturen und bei Herstellung der Emulsionen nicht genau so verfahren sei, wie Calmette es vorgeschrieben habe. Nach der Ansicht von Professor Uhlenshuth hätte man auch nicht sogleich die Impfungen im großen betreiben dürfen; vor allem aber hätte man die gefütterten Kinder vom Beginn der Impfungen an einer ärztlichen Kontrolle unterwerfen

müssen. Auf die Frage, ob nach dem 26. April 1930 noch eine Möglichkeit bestanden habe, die Erkrankungsgefahr für die gefütterten, aber nicht erkrankten Kinder herabzumindern, erklärte Professor Uhlenshuth: „Die Hilfe für diese Kinder muß auch heute noch fortgesetzt werden. Wir wissen nicht, was aus den Bazillen, die man den Säuglingen einverleibt hat, später werden wird.“

Die Gefahr, daß diese Kinder, die in der frühen Jugend Tuberkelbazillen aufgenommen haben, später an Tuberkulose erkranken, ist groß.

Deshalb ist es mein dringendster Wunsch, daß man diesen Kindern die größte und beste Unterstützung zuteil werden läßt, um ihre Widerstandsfähigkeit zu steigern, damit nach Möglichkeit vermieden wird, daß irgendein Kind noch nachträglich erkrankt. (Zurufe von den Eltern: Keinen Pfennig kriegen wir! Der Arzt hat unsere Kinder ja gesund geschrieben!)

Schwer beklagt wurde Dr. Miskaet auch durch das Gutachten von Professor Abel, Jena, der vor allem zum Ausdruck brachte, daß die Zusammenarbeit der am Calmetteverfahren beteiligten Lübecker Stellen äußerst mangelhaft gewesen sei. Fortsetzung der Verhandlung am Freitag.

### Großfeuer an der Berlin-Hamburger Bahn

Im Wittenberge, 8. Dezember.

Die an der Berlin-Hamburger Bahn gelegene Ortschaft Glöwen wurde am Montag von einem Großfeuer heimgesucht. Kurz nach 19 Uhr ging das unmittelbar an der Bahn gelegene Häufelwerk der Firma Paul Strunk in Flammen auf. Verbrannt sind etwa 3000 Zentner Stroh, 700 Zentner Häufel und sämtliche Maschinen. Infolge des Funkenfluges wurde auch ein großer Holzlagerplatz in Brand gesetzt, der große Bestände von Grubenholz enthält. Bei der bedrohlichen Lage richtete man die Lösungsmaßnahmen in erster Linie auf die Rettung des Grubenholzes. Bei der Bekämpfung des Feuers wurde auch eine Lokomotive verwendet, die vom Gleis aus große Wassermengen in die Flammen schleuderte. Der Zugverkehr erlitt erhebliche Verspätungen. Der gewaltige Feuerchein war im Umkreis von über 50 Kilometer sichtbar. Die Brandursache konnte noch nicht ermittelt werden.

### Die Sozialdemokratie billigt die Politik der Regierung Schick ebensowenig wie die Brüninge

aber wenn man z. B. zulassen Richter und Gregor Strasser als Innenminister zu wählen habe, könne die Entscheidung für vernünftig denkende Arbeiter nicht zweifelhaft sein. (Lebhafte Zustimmung.) Scharf kritisierte Muder das Verhalten der Kommunisten im Landtag, um dann die neueste „revolutionäre“ Aktion der Moskauer, das von den Reaktionen aller Schattierungen mit Jubel begrüßte „rote“ Volksbegehren zur Landtagsauflösung zu beleuchten. Von der Sorte Politik, die kein anderes Ziel kenne als immer wieder „Landtagsauflösen“ und „Regierung stürzen“, habe die Arbeiterschaft in Sachsen nach den zwölfjährigen Erfahrungen genug. „Nieder, nieder!“ schrien die Kommunisten nun immer wieder.

„Was gibt es denn in Deutschland überhaupt noch niederzureißen?“

fragte der Redner, um dann unter lebhafter Zustimmung zu betonen, daß es jetzt gelte, positive, aufbauende Arbeit zu leisten. Die Sozialdemokratie werde selbst entscheiden, wenn der Zeitpunkt zu Neuwahlen geeignet sei. Sie werde nur für Landtagsauflösung eintreten, wenn Aussicht sei, einen besseren Landtag zu bekommen und eine bessere Regierung zu schaffen.

Auch Genosse Muder erntete für seine kurzen, trefflichen Darlegungen sehr starken Beifall. Ein Grüppchen von etwa 30 KPD- und SW-Leuten markierte in der Massenversammlung die „Opposition“. Brandlerianer und Seidewitzer hatten sich zu einer Art Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die ihre Aufgabe darin erblickte, die inhaltlosen Redereien des KPD-Mannes Kohl und des neubadenen SW-Führers Hauschild gemeinsam zu bekämpfen. Unter dem stürmischen Beifall der Massen konnten unsere Referenten die „Oppositionsredner“ in ihren Schlussworten leicht abfertigen. Mit einem anfeuernden Appell, unter der Führung der SPD, den Kampf gegen den Faschismus mit verstärkter Energie weiterzuführen, schloß der Vorstehende, Genosse Niehl, die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. Mit dem spontan einsehenden Gesang der „Internationale“ erreichte die wichtige Kundgebung, die allen Gegnern wieder einmal die ungebrochene Kraft und den entschlossenen Kampfeswillen der Sozialdemokratie gezeigt hat, ihr Ende.

Backe Christstollen mit

# UNION-HEFE

garantiert reine triebkräftige vitaminreiche Branntweinpreßhefe  
Allererste Qualitätshefe zur Erzielung delikater Gebäcke etc.

Zu beziehen durch die Bäckereien

In die einzelnen Pfunde ist die Marke UNION-LEIPZIG eingedrückt

## UNION

Leipziger Preßhefefabrik und Brennerei A.-G.

LEIPZIG-MOCKAU

Fernsprecher 55480, 55481, 55482

### Labour im Angriff

#### Misstrauensantrag gegen das MacDonald-Kabinett

SPD London, 8. Dezember.

Am Mittwochabend hat im Unterhaus die große Auseinandersetzung über die bisherige Tätigkeit der nationalen Regierung begonnen. Sie wird am Donnerstag fortgesetzt werden. Am Freitag geht das Parlament in die Ferien.

Der Debatte liegt ein Misstrauensvotum der Labour-Party zugrunde, in welchem der Regierung vorgeworfen wird, daß sie in den fünf Wochen der nun zu Ende gehenden Parlamentssession keine einzige der dringenden Aufgaben in Angriff genommen hat. Der Antrag wurde in einer langen Rede des sozialistischen Abgeordneten Sir Stafford Cripps begründet. Der Redner führte aus, daß die Regierung die Währung verfallen lasse, die Bilanzierung der Handelsbilanz mit lächerlichen geringfügigen Einzelmaßnahmen, wie den Zöllen auf Frühgemüse, behandle, daß sie diese Fragen, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden könnten, von einem engen nationalen Gesichtspunkt aus betrachte und sich alle handelspolitischen Chancen entgehen lasse. Man wolle der Regierung keinen Protektionismus vorwerfen, denn Protektionismus wäre noch eine entschlossene Politik, was man auch gegen ihn einwenden möge. Die Regierung hat aber überhaupt keine Politik, sondern schwankt unentschieden zwischen Freihandel und Schutzzöllen hin und her.

Die Entgegnung des Premierministers MacDonald war schwach. Er stellte zwar ein Misstrauensvotum in Aussicht, doch gab er weder einen Zeitpunkt, noch eine Richtlinie für ein derartiges Gesetz an. Im übrigen beschränkte er sich darauf, auf die Antworten hinzuweisen, die die für die einzelnen Fragen zuständigen Minister im Laufe der weiteren Debatte geben werden.

### Polizei gegen Sozialisten

111 London, 8. Dezember.

Bei Trujillo in Nordperu kam es anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten Sanchez Cerro zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Polizei. Dabei wurden 19 Mann getötet und 13 verwundet. Die Verluste waren hauptsächlich auf Seiten der Demonstranten, die Anhänger des Sozialistenführers Aprista waren, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Oktober von Sanchez Cerro geschlagen wurde. In ganz Nordperu sind etwa 20 000 Arbeiter und Bauern in den Streik getreten, um gegen die Amtübernahme des neuen Präsidenten zu protestieren.

### Die Sehnsucht nach dem Dritten Reich

Am Sonntag haben in der Provinz Sachsen und Thüringen die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern stattgefunden. In den 16 Thüringer Landwirtschaftskammerbezirken sind nach den bisherigen Feststellungen insgesamt 74 Kandidaten der Landvolkslisten und 37 Kandidaten der nationalsozialistischen Listen gewählt worden. In Kammerbezirk Altenburg haben die Nationalsozialisten die Mehrheit erlangt, während in den Bezirken Arnstadt und Sondershausen für beide Parteien gleiche Sitzzahlen zu verzeichnen sind. Aus der Provinz Sachsen liegen bisher folgende Ergebnisse vor:

Wahlkr. Merseburg	Landbund 281	NSDAP 1090	Stimmen
Wahlkr. Mansfeld. Sectr.	Landbund 115	NSDAP 429	Stimmen
Wahlkr. Sangerhausen	Landbund 715	NSDAP 1614	Stimmen
Saalkreis	Landbund 337	NSDAP 1400	Stimmen
Kreis. Bitterfeld	Landbund 20	NSDAP 204	Stimmen

In der ganzen Provinz Sachsen haben die Nazis rund um ein Drittel der neu zu besetzenden Sitze in der Landwirtschaftskammer erhalten.

Nach diesen Ergebnissen haben es große Teile der Bauern anscheinend sehr eilig, ins Dritte Reich zu kommen. Sie brennen offenbar schon darauf, daß sie — entsprechend dem Weltprogramm der heftigen Nazisführer — alle ihre Fortsätze unentgeltlich an eine Naziverwaltung abliefern dürfen. Sie können anscheinend gar nicht erwarten, daß ihnen die Requisitionskolonnen der SA die letzte Ruhe aus dem Stalle holen. Oder haben die sächsischen Nazagitatoren den Bauern etwas anderes erzählt und andere Zukunftspläne entwickelt? Dann mögen die hitlerbegeisterten Landwirte einmal darüber nachdenken, was eine Partei tatsächlich zu leisten vermag, die so vielseitige Versprechungen macht und dabei soziale einander widerstrebende Elemente unter der Hakenkreuzfahne gesammelt hat.

## Kommunistische Trugmanöver

Die Kommunisten gefielen sich unausgesetzt darin, den durch Erwerbslosigkeit und andere Not hilfsbedürftig gewordenen Arbeitern vorzugaukeln, sie seien unermüdet bemüht, ihnen zu helfen. Sie wissen zwar, daß die Gemeinden gegenwärtig größte Schwierigkeiten haben, die immer mehr sich steigenden Summen für die Durchführung der gewiß nicht durch ihre Schuld in Not geratenen Kreise der Bevölkerung aufzukommen. Aber in Anträgen, in denen mit ungezählten Millionen, die nicht aufstreibbar sind, jonglieren, suchen die Kommunisten den Eindruck zu erwecken, als sei die Unzulänglichkeit der Unterstellungen lediglich auf die Nachlässigkeit der SPD zurückzuführen. In diesem Streben werden sie tatkräftig unterstützt von den Nazis. Auch gestern wieder stellten sie unerfüllbare, 2 Millionen erreichende Anträge, deren skrupellosen Hoffnungsmanöver die SPD die Zustimmung versagte. Die SPD hat oft den Weg gezeigt, auf dem einzig etwas zu erreichen ist. Neuen Ausgaben müssen neue Einnahmen gegenübergestellt werden. Eine Notwendigkeit, für die die SPD kein Verständnis hat. Erst in der großen Debatte über die Unzulänglichkeit der Fürsorgefälle, die vor kurzem im Stadtverordnetenkollegium gepflogen wurde, stellte die SPD folgende Anträge:

1. Wiederherstellung der Fürsorgefälle in der alten Höhe,
2. Erhöhung des Fürsorgefalles für Kleinrentende,
3. Erhöhung der Unterstützung für Familien in besonderer Notlage,
4. Weitergewährung außerordentlicher Unterstützung,
5. Weitergewährung von Arbeitsstellen in bisheriger Höhe,
6. Gewährung von Zuschunterstützung bei nicht ausreichender Arbeitslosen- und Reisenerstützung bis zum Sahe der Fürsorge,
7. Bereitstellung ausreichender Heizungsomittel für die Wintermonate.

Der Herr Minister für Volksbildung wird von den Weipziger Stadtverordneten ersucht, den von Weipziger Ratsmitgliedern ausgehenden Bestrebungen auf rückhaltlose Drosselung der Schulausgaben energisch Widerstand zu leisten und dafür Sorge zu tragen, daß das Weipziger Schulwesen auf seiner leistungsfähigen Höhe erhalten und die schulischen Einrichtungen zugunsten der Minderbemittelten gesichert werden.

Diese Anträge wurden auch angenommen. Damit parallel ließen die Anträge der SPD zur Aufbringung der Mittel für die entstehenden Mehraufwendungen. Merkwürdigerweise lehnte die SPD gerade diese Anträge ab. „Grundfalsch.“ Weil sie der Stadt alle Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben verweigert. Woher die Gelder genommen werden sollen, die sie den Hilfsbedürftigen zuwenden zu wollen angeben, kimmert sie nicht. Wer aber die Mittelbeschaffung ablehnt, macht damit auch alle Möglichkeiten der höheren Unterstützung zunichte, und damit die eigenen Mehrunterstützungsanträge zur eklektischen Fiktion. Wenn von den oben genannten Anträgen der SPD höher wichtig zur Durchführung gelangt, so liegt das nicht zuletzt in der Ablehnung jeder Hilfe der SPD bei der notwendigen Mittelbeschaffung, die es den Reaktionen so leicht macht, auch die Forderungen auf Mehrunterstützung glattweg brüskelt zu schieben. Würde die SPD, statt sich mit Bomben und Granaten gegen die SPD zu wenden, dieser helfen, das Mögliche zu erkämpfen, dann könnte es in mancher Beziehung auch heute noch besser stehen um die Lage der zahllosen der weitergehenden Hilfe dringend bedürftigen Notleidenden.

Aus der gestrigen Stadtverordnetenverhandlung

Es liegen eine Reihe von Eingaben vor, die das Schicksal der Fürsorgeunterstützten betreffen. Sie behandeln unter anderem die Sicherung der Ansprüche aus der Sozial- und Krankenkassenversicherung, oder einer anderen Rentenversorgung, sowie die Einstellung aller Ermittlungen und Aufhebung aller Gläubigerbarakden.

Genosse Krieg: Die SPD-Fraktion hat bei jeder nur möglichen Gelegenheit all ihre Kraft dafür eingesetzt, das Los der Erwerbslosen zu mildern. Mit besonderer Energie haben wir uns für die alleinlebenden Arbeitslosen eingesetzt. Zehn Prozent aller Leipziger Einwohner werden heute von dem Fürsorgeamt unterstützt. Bei all diesen Zehntausend ist die Not unbeschreiblich groß. Immer wieder wollen wir auf das besonders schlimme Schicksal der Jugendlichen hinweisen. Schon am 16. September haben wir eine Reihe von Anträgen eingebracht, die auch angenommen wurden. Nach wie vor sind wir aber der Ansicht, daß die Durchführung dieser Anträge trotz der allgemeinen Finanznot möglich wäre! Wir verlangen, daß hier mit allem Verantwortungsbewußtsein jede einzige Möglichkeit, den Arbeitslosen zu helfen, geprüft werden muß!

Die sozialdemokratische Fraktion stellt darum den Antrag:  
Das Stadtverordnetenkollegium beschließt:  
Den Rat zu ersuchen, bei der Staatsregierung erneut vorzulegen zu werden, daß sie die Kreishauptmannschaft anweist, die geltenden Richtlinien über die Fürsorgeleistungen in dem Sinne der von dem Stadtverordnetenkollegium auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in seiner Sitzung vom 16. September 1931 beschlossenen Anträgen, abändert.

In der Abstimmung werden die Eingaben zum Teil dem Rate zur Berücksichtigung, zum Teil zur Prüfung überwiesen. Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Bürgerfraktion angenommen. Ferner wurden Eingaben, die die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen betreffen, angenommen.

### Mörder verlangen ihren Sold

Die traurige Angelegenheit des im Jahre 1923 in Moskau ermordeten deutschen Staatsangehörigen Friedolin Leutner aus Düsseldorf erfährt jetzt noch ein Nachspiel, das wie blutiger Hohn wirkt. Nachdem die hinterbliebene Witwe Leutners sich jahrelang an alle deutschen und russischen Behörden vergeblich um eine Todesbescheinigung ihres ermordeten Mannes bemüht hatte, wurde ihr im vorigen Jahre durch den Rechtsauschuß des Preussischen Landtages Unterstützung. Der Deutschen Botschaft in Moskau gelang es im vorigen Sommer endlich — also nach sieben Jahren (!) — eine amtliche russische Urkunde zu erwirken, wonach das Mitglied der Komintern (!) Friedolin Leutner am 2. März 1923 im Krankenhaus der dritten Schule der Schwestern an den Folgen eines tödlichen Schlagens gegen den Hinterkopf verstorben sei. Diese nach sieben Jahren von der Witwe erstrittene Todesbescheinigung ist auf ganz gewöhnlichem Zeitungspapier ausgefertigt. Das Empfindliche kommt aber hinterher:

Mit dem Datum des 16. November 1931 erhielt die Witwe ein Schreiben der Deutschen Botschaft in Moskau, in dem sie höflich gebeten wird, den Betrag von 9,50 Mark einzusenden. Die russischen Behörden haben nämlich für die Ausstellung der Todesbescheinigung „an haren Auslagen“ 4,4 Rubel liquidiert, und die Witwe des Ermordeten wird „ergebnislos“ gebeten, den Gegenwert auf das Postkontokonto der Legationskasse des Deutschen Auswärtigen Amtes in Berlin gebührenfrei einzusenden.

Angesichts der durch eidliche Zeugenaussagen erhärteten Behauptung, daß der ermordete Leutner als Opfer kommunistischer Parteipolitik auf Anweisung der Zentrale der KPD von der russischen geheime politischen Polizei meuchlings erschlagen worden ist, muß es die größte Empörung heraufbesorgen, daß eine Schwefelbescheide der Mosk-Tscheta für die schriftliche Bescheinigung des erfolgten Mordes von der Witwe des Ermordeten, nach Bezahlung vorläufig. Die arme Frau, der man den Mann geraubt, soll gewissermaßen die Mörder noch belohnen. Höher geht die kommunistische Gemeinheit nicht.

### Primer wohnte in Ulm

Der Anwalt des am Montag in Graz verhafteten Heimwehrputschisten Primer erklärt, daß Primer sich, nachdem er München infolge verschiedener Intrigen habe verlassen müssen, in Ulm aufgehalten habe, da ihm die jugoslawische Regierung auf Veranlassung der österreichischen Regierung keine Einreiseerlaubnis erteilt habe. Er sei am Sonntagvormittag von Ulm weggefahren und sei an der tschechischen Grenze erkannt worden, trotzdem er sich einen Schnurrbart habe wachsen lassen.

Der große  
**Weihnachts-Verkauf**  
findet großen  
Zuspruch

**Haben Sie unsere  
große, vielseitige  
Beilage beachtet**  
die der letzten Sonntags-Ausgabe  
dieser Zeitung beilag?

Sie wird Ihnen ein hervorragendes  
Ratgeber bei Ihren Weihnachts-  
Einkäufen sein. Besuchen Sie uns,  
Sie finden das schöne, das prak-  
tische, das überaus billige Geschenk  
in großen Sortimenten.

**Kaufhaus**

Sonntag  
von 12-6  
geöffnet.

**Vorzügliche Lebensmittel sehr billig**

<b>Frisch-Fleisch 1. Kl.</b>	<b>Vorzügliche Backartikel</b>	<b>Wurstwaren</b>
Rinderbrust . . . . . Pfd. 75	Kaiser-Auszug-Mehl . . . . . Pfd. 58	Hinterschinken gekocht . . . . . Pfd. 45
Schmorfleisch oh. Kn. . . . . Pfd. 1,10	Rosinen . . . . . Pfd. 45	Schinken roh . . . . . Pfd. 45
Kalbshamm od. Brust Pfd. 82	Weizenmehl, 5-Pfd.-Beutel 98	Zerwelatwurst Feldtd. . . . . Pfd. 1,25
Kolbskeule od. Niere . . . . . Pfd. 92	Mandeln gr., 500, hdsverl. Pfd. 1,45	Salamiwurst . . . . . Pfd. 1,25
Schweinskamm . . . . . Pfd. 90	Mandeln süß u. bitter. Pfd. 1,24	Knackwurst hart . . . . . Pfd. 1,15
Schweins-Koteletten . . . . . Pfd. 95	Mandel-Ersatz bitter . Pfd. 55	Mettwurst (Bräunschwäger) hart . . . . . Pfd. 95
Hammelrücken . . . . . Pfd. 84	Smyrna-Sulteninen . . . . . Pfd. 75	Nullschinken a. Schw. . . . . Pfd. 1,95
<b>Pfefferfleisch 75</b>	Jam.-Rum-Verschnitt 3.15	<b>Tafel-Margarine 35</b>
<b>Konserven</b>	<b>Lebkuchen / Baumbehang / Marzipan</b>	<b>Butter / Käse / Fette</b>
Jg. Schnittbohnen 2-Pfd.-D. 42	Persipan-Artikel . . . 5 Stück 10	Molkereibutter . . . 15 Pfd. 57
Gemüse-Erbisen . . . 2-Pfd.-D. 48	Marzipan-Artikel Stück v. 10 an	Edamer Käse vollfett . . . Pfd. 72
Spinat dick eingek. 2-Pfd.-D. 42	Baumbehang-Keks . . . Pfd. 85	Tilsiter (vollfett) . . . . . Pfd. 78
Jg. Kohlrabi 1 Sch. 2-Pfd.-D. 39	Fondant-Baumbehang Pfd. 78	Emmentaler ohne Rinde Karton . . . . . 65, 68 52
Karotten (geschn.) 2-Pfd.-D. 32	Dragees versch. Sorten. Pfd. 45	Dessert-Käse . . . . . 48 38
Erdbeeren . . . . . 2-Pfd.-D. 98	Garnierte Weihnachtspräsente in allen Preislagen	Dän. BlasenSchmalz . . . Pfd. 62
Apfelsmus . . . . . 2-Pfd.-D. 42	Baseier Leckerle Paket 4 Stück Inhalt . . . . . 38	K. B. Brot 3 Pfd. schwer nur 45
<b>Brat-Gänse ausgeschlachtet . . . Pfd. 1.10</b>	<b>Schmelzmargarine 58</b>	<b>Fette Suppenhühner 85</b>
	l. Qualität . . . . . Pfd. von	

● Im 2. Stock Christbaumschmuck / Baumkerzen in großen Sortimenten ●

# BRÜHL

# UMGEBUNG

## Stadtverordnetenversammlung in Markranstädt

Vorsteher Genosse Georgi gab zwei Entschließungen der Amtshauptmannschaft zur Kenntnis, die als Folgen der unverantwortlichen Gemeindepolitik der Kommunisten und Bürgerlichen von der Markranstädter Einwohnerschaft hingenommen werden müssen. Weil diese beiden Parteien trotz aller Ermahnungen unserer Genossen den Haushaltplan abgelehnt haben, verfügte nun die Amtshauptmannschaft die Erhebung von weiteren 300 Prozent Bürgersteuer (insgesamt nun 400 Prozent). Weiter wurde Gewährung von Sonderunterstützungen an Erwerbslose, Frühjunge und Krisenempfänger usw. verboten. Das von den SPD-Vertretern vorausgesetzte ist zur bitteren Wahrheit geworden. Die Wählerschaft kann sich nun für die nächste Wahl für den Bärendienst, den die SPD und die Bürgerlichen in treuer Waffenbrüderschaft ihr erwiesen haben, bedanken.

Verschiedene beim Stadtrat und beim Vorsteher eingegangene Anträge und Eingaben vom Erwerbslosenausschuss und der sogenannten kommunalistischen Roten Hilfe finden durch eine vom Genossen Georgi eingebrachte Resolution, die einstimmig angenommen wurde, Erledigung. Die Entschließung lautet:

Die heutige Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von den Anträgen des Erwerbslosenausschusses und erwartet vom Stadtrat und Hilfsorganausschuss, soweit es die Mittel und rechtlichen Verhältnisse der Stadt erlauben, die gestellten Forderungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Weiterhin erwartet das Kollegium vom Bürgermeister, Stadtrat und Hilfsorganausschuss, erneutes dringendes Verlangen zu stellen an Bezirk, Land und Reich auf Zuweisung von Mitteln zur Ausführung von Notstandsarbeiten und Unterstützungsmaßnahmen. Der Stadt ist es unmöglich, aus eigenen Mitteln noch etwas zu leisten, und Hilfe tut dringend not.

Die SPD beantragte durch Genossen Hoffmann, vom Elektrizitätsamt 4000 Mark zur Beschaffung von Kartoffeln und Feuerung zu leihen, bis die Reichshilfe eingetroffen ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Für denselben Zweck wurde ein weiterer Antrag, der 2000 Mark vom Ratsgute als Darlehen fordert, einstimmig angenommen.

Die Bilanz des Ratsgutes von 1930/31, die schon in der vorigen Stadtverordnetenversammlung ausgiebig besprochen wurde, bezeichneten die bürgerlichen Regiergegner erneut in der Aussprache als nicht richtig. Das bürgerliche Finanzorganisationsamt mußte sich zum größten Gelächter aller im Saale Anwesenden von unseren SPD-Genossen eine gehörige Kopfwäsche gefallen lassen. Die Bilanz wurde von SPD- und KPD-Mehrheit genehmigt.

Die Bilanz der städtischen Werke (Gas, Wasser- und Elektrizitäts-Werk) von 1930/31 wurde einstimmig angenommen. Zwei Anträge der Bürgerlichen, die Schließung der Verkaufsstelle in der Zwenkauer Straße forderte und die Auflösung der Werkstatte verlangte, so daß nur noch die Lieferung von Gas, Wasser und Strom für die Werke verbliebe, wurde von der Linksmehrheit abgelehnt. Abgeschnitten wurde weiter die von den Bürgerlichen eingebrachte Forderung auf Übernahme der Kaffengeschäfte der Werke durch die Stadtkasse.

Als a) Beisitzer und b) Ersatzbeisitzer in das Wohnungsschiedsamt wurden von den Hausbesitzern vorgeschlagen für a) D. Böhlau, M. Kiehl, Fr. Müller, O. Rudolf und S. Hellmund; für b) W. Schöner, K. Volkart, N. Wintler, P. Voigt und K. Frede; von den Mietern für a) P. Rudolf, S. Olze, Art. Hoffmann, P. Hausbold, G. Wolf; für b) M. Becker, K. Weber, M. Schäfer und G. Hommel. Die Wahl erfolgte einstimmig.

## Ausschließung der DSK. Nötha

Bei Beratung des Voranschlags für 1932 wurde festgestellt, daß im Jahre 1930 eine Mindereinnahme von circa 100 000 Mark gegen das Jahr 1929 und im Jahre 1931 ebenso eine Mindereinnahme von circa 100 000 Mark gegen das Jahr 1930 zu verzeichnen ist. Dieser Zustand ist hervorgerufen durch die überaus traurige Wirtschaftslage im Nöthaer Kreisbezirk. Um einen Ausgleich zu schaffen, wurden Sparmaßnahmen, d. h. Abbau verschiedener Mehrleistungen, in Vorschlag gebracht. Dieser Vorschlag fand keine Gegenliebe bei den Ausschußmitgliedern. Es kam nach einer überaus heftigen Debatte zum Ausdruck, daß man nicht dort sparen solle, wo bald nichts mehr zu holen sei, sondern dort, wo es angebracht sei.

Schließlich wurde hierauf eine dementsprechende Entschließung einstimmig angenommen. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut: „Durch die gegenwärtige traurige Wirtschaftslage ist die große Menge der Krankenkassenmitglieder auf das tiefste Ernährungs- und Gesundheitsniveau herabgedrückt worden. Alle Sparmaßnahmen sind bis jetzt zum größten Teil auf den Rücken der Vermitteln abgewälzt worden. Die Versammlung erklärt, daß es endlich an der Zeit sei, dort zu sparen, wo es ohne große Härte möglich ist, und zwar bei den Ärzten, Apothekern und Krankenhäusern, denn auch die Notverordnung hat eine Senkung der Arztkosten für unsere Kasse nicht gebracht.“

## Scheunenbrände

Auf dem Rittergut Coopuden brach am Mittwochabend gegen 11 Uhr in einer Scheune ein Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete. Da auch für die übrigen Gebäude des Rittergutes Gefahr bestand, wurde auch die Leipziger Feuerwehr zur Hilfe herangezogen. Gegen 2 Uhr morgens war der Brand gelöscht. Die Ursache ist noch nicht bekannt.

In Eholdshain wurden in den frühen Morgenstunden des Dienstags zwei Scheunen vollständig vernichtet. Die eine Scheune enthielt Getreidevorräte und landwirtschaftliche Maschinen. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

## Zwenkau.

Bei der am 1. Dezember 1931 stattgefundenen Viehzählung wurden gezählt: (In Klammern das Ergebnis der vorjährigen Zählung) 154 (176) Pferde, 297 (241) Rinder, 639 (611) Schweine, 6 (7) Schafe, 121 (126) Ziegen, 6235 (8062) Federvieh, darunter 5232 (6390) Hennen, 401 (558) Enten, 253 (246) Gänse, 306 (787) Junghennen und -Hähne, 43 (111) Perl- und Truthühner; 61 (111) Bienehöfe; 2735 Kaninchen.

## Böhlen.

Schulsausschussführung. Für den automatisch aus dem Schulausschuss ausgeschiedenen Schulleiter Friedrich hat die Lehrerschaft Lehrer Belger gewählt. Der Ausschuss hatte auch seinen neuen Vorsitzenden zu wählen. Vorgeschlagen wurden die Lehrer Brause und Wittig. Beide erhielten je 6 Stimmen. Das Los entschied für Brause, der aber ablehnte. Nunmehr wird Lehrer Wittig dem Ausschuss vorstehen. Es ist erfreulich, daß die weltlich eingestellte Lehrerschaft auch in Böhlen aus ihrer Passivität hervortritt und sich auf dem Vormarsch befindet. — Nachdem 115 Mark für besondere Lehrmittel bewilligt worden waren, wurde noch mitgeteilt, daß die Lehrerschaft auf ihre Kosten eine Kinderpepung durchführen wird, und zwar als Nothilfe. — Durch die Notverordnung hat sich der Unterricht bis zur sechsten Klasse um zwei Stunden je Klasse verkürzt, bedauerlicherweise gerade in Deutsch und Rechnen.

## Aufst.

Das neue Schulgebäude eingeweiht. Die auf einem erhöhten Wiesenplan außerhalb des Orts erbaute neue Schule wurde in würdiger Form bei Anwesenheit des Amtshauptmanns Dr. Mittsch (Borna) eingeweiht. Die Weiherede hielt Bezirkssekretär Krug. Der Schulleitung wurden mehrere Spenden überreicht.

## Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt neue Leser für die Volkszeitung!

## Senkung der Schiffsabgaben

M. B. Berlin, 9. Dezember.

Im Zusammenhang mit der tiefgreifenden Senkung der Reichsbahnabgaben, über die Einzelheiten in der Presse bereits bekannt geworden sind, werden auch die Reichstaxen für die Schiffsabgaben auf den Binnenwasserstraßen und vor allem der am 1. November d. J. in Kraft getretene Reichstarif für den Landesverkehr mit Kraftfahrzeugen gekürzt. Das Ausmaß der Senkung dieser Tarife entspricht der Senkung der Reichsbahnabgaben. Die Einzelheiten werden in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Voraussichtlich sollen die neuen Tarife am 16. Dezember 1931 in Kraft treten.

## Brutales Vorgehen des Metallindustriellenverbandes gegen die Angestellten.

Dem Zentralverband der Angestellten Leipzigs wird uns geschrieben:

Zu welcher unerhörten Maßnahme der Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig im Tarifstreit greift, zeigt deutlich das in Abschrift folgende Rundschreiben.

„Rundschreiben Nr. 71 vom 2. Dezember 1931.

An unsere Mitglieder!

Betr.: Angestellte gehälter.

Wir geben in nachstehendem unseren Mitgliedern den in der Vorstandssitzung vom 1. d. M. gefassten Beschluß bekannt.

Den Mitgliedsfirmen wird es vom Gesamtvorstand zur Pflicht gemacht, unverzüglich mit allen ihren Angestellten, die unter den Tarifvertrag fallen, in dem Sinne zu verhandeln, daß sich diese mit einer Herabsetzung des Novembergehaltes um 6 Prozent einverstanden erklären. Die Gehaltshöhe für die folgenden Monate soll dagegen offen bleiben. Denjenigen Angestellten, die sich mit der Herabsetzung des Novembergehaltes um 6 Prozent nicht einverstanden erklären, ist die Kündigung zum nächstzulässigen Termin auszusprechen und die betr. Angestellten sind zum nächstzulässigen Termin zur Entlassung zu bringen. Dasselbe gilt für diejenigen Angestellten, die schon im Kündigungsverhältnis stehen und sich mit der Herabsetzung nicht einverstanden erklären. Ausgenommen sind von dieser Maßnahme die Angestellten, die sich im Monat Oktober und November bereits mit einer entsprechenden Herabsetzung ihres Gehaltes einverstanden erklärt haben und bei denen dies für November durchgeführt worden ist.

Ueber das, was gefahren ist, haben die Mitglieder bis zum 10. Dezember dem Verband Bericht einzuschicken.

Wir bitten unsere Mitgliedsfirmen, gemäß dem Beschluß unverzüglich zu verfahren und uns innerhalb der vorgeschriebenen Frist bis zum 10. d. M. zu berichten.

Eine Uebersticht über die Gehälter, wie sie sich nach einem Abzug von 6 Prozent der bisherigen Tarifgehälter ergeben, fügen wir bei.

J. W.: gez. Dr. Kretschmar.“

Den Angestellten empfehlen wir dringend, dem Zentralverband der Angestellten sofort Mitteilung zu machen, wenn die Firmen, den Anweisungen des Arbeitgeberverbandes entsprechend, ihnen derartige Erklärungen vorlegen. Es wird noch Mittel und Wege geben, um dem Unternehmerverband klar zu machen, daß er nicht ungekräftigt von den Angestellten in einer jedem Rechtsempfinden hohnsprechenden Weise Gehaltskürzungen erzwingt.

## Die Befreiung der Bergarbeiter von der Zahlung der Arbeitslosenbeiträge.

M. B. Berlin, 9. Dezember.

Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 30. November hinaus bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden.

# LEBENSMITTEL



Bestellungen auf Präsent-Körbe in jeder gewünschten Zusammensetzung u. Preislage können zur pünktlichen Lieferung schon jetzt entgegengenommen werden.

### FETTE UND KÄSE

- Margarine Pfd. 0.52 0.43 35
- Talg . . . . . Pfd. 38
- Schmalz . . . . . Pfd. 50
- Molkereibutter 1/2 Pfd. 37
- Schmelzmarg. Pfd. 0.68 58
- Schmelzbutter . Pfd. 1.80
- Tilsiter Käse, Vollf. Pfd. 73
- Schweizer-Käse Pfd. 1.10

### BACKARTIKEL

- Zitronen . . . 10 Stück 20
- Kokosnuß, gerasp. Pfd. 32
- Blauer Mohr . . . Pfd. 42
- Sultaninen . . . Pfd. 43
- Korinthen . . . Pfd. 48
- Mandelsatz süß Pfd. 48
- Mandeln, süß u. bitter Pfd. 1.24
- Stollenmehl 5 Pfd. 1.38 - 1.15

### KONSERVEN

- Stangen-Spargel . 1.75 1.35
- Brochspargel . . 1.78 1.15
- Spargelköpfe, grün 2.25 1.95
- Erbisen und Karotten . 50
- Junge Erbsen 1.10 0.75 68
- Gem. Gemüse 1.00 0.85 68
- Birnen, 4 Frucht . . 85
- Reinoclauden . . . . 90

### Frischfleisch-Klasse

- Rinderbrust . . . . Pfd. 0.75
- Querrippe . . . . . Pfd. 0.80
- Rindsrollbraten . . Pfd. 0.94
- Roastbeef . . . . . Pfd. 1.40
- Rindsende . . . . . Pfd. 1.50
- Schw.-Vorderkeule Pfd. 0.72
- Schweins-Hinterkeule Pfd. 0.85
- Schweinskoteletten Pfd. 0.93
- Schweinsende . . . . Pfd. 1.30
- Kalbschaxen . . . . Pfd. 0.75
- Kalbskamm . . . . . Pfd. 0.82
- Kalbsniere . . . . . Pfd. 0.92
- Kalbsrollbraten . . Pfd. 1.00
- Kalbskoteletten . . Pfd. 1.20
- Hammelbauch . . . . Pfd. 0.83
- Hammelrücken . . . Pfd. 0.84
- Hammelkeule . . . . Pfd. 1.00
- Hammelrollbraten Pfd. 1.10

### WILD UND GEFLÜGEL

- Suppenhühner Pfd. 0.95 0.85
- Mast-Gänse . . . . Pfd. 0.95 0.85
- Hasenläufchen . . . Stück 0.40
- Hasenkeulen . . . . Stück 1.00
- Hasenrücken . . . . Stück 3.00
- Wildkaninchen . . . Stück 1.10

### WURSTWAREN

- Schinken, gek. 1/2 Pfd. 35
- Mettwurst-Enden Stück 50
- Blut-u. Leberwurst Pfd. 70
- Brschw. Mettwurst Pfd. 95
- Fetter Speck . . . . Pfd. 95
- Zwiebelleberwurst Pfd. 95
- Kassl. Rippenspeer Pfd. 1.05
- Zervelatwurst . Pfd. 1.25

### OBST UND NOSSE

- Apfelsinen . . . . Pfd. 24
- Mandarinen . . . . Pfd. 24
- Erdnüsse . . . . . Pfd. 25
- Felgen . . . . . 275-gr-Pack. 25
- Walnüsse 0.60 0.50 0.40 35
- Haselnüsse . Pfd. 0.65 50
- Knackmandeln . Pfd. 60
- Datteln . . . . . Pfd. 60

### WEINE u. SPIRITUOSEN

- 30er Laubenhelmer . 85
- 30er Edshelmer . . . 95
- 30er Guntersblumer . 1.00
- Weinbrand-Verschnitt 2.95
- Weinbrand . . . . . 3.60
- Jam.-Rum-Versch. 38% 3.15
- Arrak-Verschnitt 38% 3.50
- Wermutwein . . . . Liter 0.75

### KONFITUREN

- Welhn.-Schok. 125gr. Tfl. 25
- Schokol.-Wolhnachtsmänner . . . 3 Stück 25
- Nürnb. Lebkuchen 25 Stk. 25
- Knusperhäuschen Pak. 20
- Baumbehang 1/2 Pfd. 0.45 38
- Pfastersteine . . . Pfd. 50
- Kaufad.-Artikel 18 Stk. 30
- Dragee . 300-gr-Karton 50
- Lebkuchen-Misch. Pfd. 75
- Dominosteine Pfd. 1.00

# ALTHOFF

● Neu im II. Stock! Mechanophot liefert: 12 Kleinfotos od. 6 Paßbilder od. 2 Postkarten oder 1 Vergrößerung, natürlich und lebenswahr für nur 50,- (4 verschiedene Aufnahmen) ●

SACHSEN

Bürgerkrieg der Nazis in Zittau

Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus
Dienstagabend gegen 1/2 12 Uhr zog nach einer nationalsozialistischen Versammlung...

Der Dekonom rief sofort die Polizei an, die aber nicht erscheinen konnte, weil sie anderswo tätig war...

Die Nationalsozialisten suchten im Gewerkschaftshaus angeblich Reichsbannerleute und Maschinengewehre...

Die ganze Aktion war, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, von langer Hand vorbereitet...

Als Nebenführer der Nazis konnten festgestellt werden, der nationalsozialistische Stadtvorordnete Kraft...

Die Sorgen der Nazi-Rozi-Einheitsfront

Die „Volksbegehren“ verbreiten durch Eugenbergs Witze folgende Meldung:

„Reichsminister Brüning hat in der neuen Notverordnung, wie bekannt, ein allgemeines Versammlungsverbot für Deutschland erlassen...

Das Versammlungsverbot bleibt bestehen

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: „Die sächsische Regierung hat sich sofort nach dem Bekanntwerden des Inhalts der neuen Reichsnotverordnung mit Rücksicht auf das in Sachsen schwebende Volksbegehren wegen einer Ausnahmebewilligung von dem mit sofortiger Wirkung für ganz Deutschland erlassenen Versammlungsverbot an das Reichsministerium des Innern gewandt...

Sachsens Ausfuhr nach USA

Sachsens unmittelbare Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich, wie bereits gemeldet, im dritten Vierteljahr 1931 gegenüber dem vergangenen verdoppelt...

Table with columns: Waren-Ausfuhr (Millionen Mark), Quartal: II, III, III, III, 1931, 1931, 1930, 1929. Rows include: Sämtliche Waren, Textilwaren, Lederwaren, Maschinen, etc.

In der für das abgelaufene Vierteljahr festzustellenden Steigerung des Exportes sind — von photographischen Mitteln und Porzellanwaren abgesehen — fast alle wichtigeren Waren beteiligt...

Der Wert der in den ersten 9 Monaten 1931 ausgeführten Waren beläuft sich auf 72,4 Millionen Mark gegen 115,1 bzw. 184 Millionen Mark in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre...

Der Verband Sächsischer Industrieller bemerkt den Rückgang der sächsischen Ausfuhr geschäftsgewandt und profitulieren zu folgender Hege gegen die Arbeiterlöhne in Sachsen:

„Es zeigen sich hier also (bei dem Ausfuhrückgang, D. R.) die verheerenden Folgen der Produktionskostenüberhöhung im sächsischen Industriegebiet.“

Dah in Amerika die Zahl der Arbeitslosen noch weit größer ist als in Deutschland, daß damit auch die Kaufkraft der amerikanischen Bevölkerung und demzufolge die Einfuhr zurückgeht...

Steigende Betriebseinschränkungen

Die Zahl der beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingegangenen Anzeigen über beabsichtigte Betriebseinschränkungen und Stilllegungen ist — nach vorübergehendem Absinken im September und Oktober — wieder gestiegen...

Table with columns: Fabrikationszweig, Anzeigen im September, Oktober, November. Rows include: Maschinenbau, Biererei und Stillerei, Metallindustrie, etc.

Im Monat August 1931 waren 525 Betriebseinschränkungs- und Stilllegungsanzeigen eingegangen. Von den 71 126 Arbeitern und 14 225 Angestellten der Anzeigen erstattenden Betriebe wurden nach Ablauf der in der Regel 4 Wochen dauernden Sperfrist 10 443 bzw. 801 entlassen...

Aus der Geschäftswelt

Ein dankbares Weihnachtsgeschenk ist und bleibt eine Uhr. Die bekannteste Firma Uhren-Opitz, Hainstraße 16, hat auf das bevorstehende Weihnachtsgeschenk ihre Lager mit besonderer Umsicht aufgefüllt...

KLEINER ANZEIGER

Filialen: Zentrum: Volkshaus, Reiter Straße 32. Osten: Volkmarodorf, Elisabethstraße 19. Südosten: Stötteritz, Ferdinand-Johann-Straße 27. Thonberg, Reichenhainer Straße 32. Süden: Connwitz, Bornaische Straße 13. Westen: Plagwitz, Weissenfeller Straße 30. Lindenau, Obermannstraße 2. Kleinschöcher, Diestaufstraße 5. Großschöcher, Diestaufstraße 201. Leubitz, Friedrich-Ebert-Str. 34. Norden: Gohlis, Lindenthaler Str. 22. Eutritzsch, Magdalenastraße 20. Wöllern, Hallische Str. 172. Wahren, Fuhs-Nordhoff-Str. 75.

Verkäufe
Anerkannte Bekleidungsstücke getragener Mahanzüge, Winterpaletots, etc.

Kleiner Basaltisch
mit Marmorplatte und Sockel billig zu verkaufen. Hohe Straße 36, IV. r.

Stier
Stier-Stiel äußerst billig. Fabrik-Preise. D. Kaufmann, Leipzig-Wahren, Debscherstraße 5, I. r. Kein Laden.

Warum wurde der I. Teil der neuen Notverordnung notwendig?
Woll es höchste Zeit wurde, den Kartell- und Innapreis zu Leib zu gehen, da sich die Führer dieser Organisationen in den meisten Fällen nicht freiwillig fügen...

Kaufgesuche
Annarien-Gähne und Weiden. Kaufe bis Sonnabend Schulle, Leipzig-Lindenu, Galviusstr. 22a.

Diverses
Großen Kinderwagen an arme Leute verlehnt N 22, Kaiser-Friedrich-Str. 7, II.

Haarschneiden
halblang 60 od. 70 Pf. kurz 50 Pf. etc.

Verkäufe
Anerkannte Bekleidungsstücke getragener Mahanzüge, Winterpaletots, etc.

Kleiner Basaltisch
mit Marmorplatte und Sockel billig zu verkaufen. Hohe Straße 36, IV. r.

Stier
Stier-Stiel äußerst billig. Fabrik-Preise. D. Kaufmann, Leipzig-Wahren, Debscherstraße 5, I. r. Kein Laden.

Warum wurde der I. Teil der neuen Notverordnung notwendig?
Woll es höchste Zeit wurde, den Kartell- und Innapreis zu Leib zu gehen, da sich die Führer dieser Organisationen in den meisten Fällen nicht freiwillig fügen...

Kaufgesuche
Annarien-Gähne und Weiden. Kaufe bis Sonnabend Schulle, Leipzig-Lindenu, Galviusstr. 22a.

Diverses
Großen Kinderwagen an arme Leute verlehnt N 22, Kaiser-Friedrich-Str. 7, II.

Haarschneiden
halblang 60 od. 70 Pf. kurz 50 Pf. etc.

Brachliegende Kaufkraft
bedeutet es, wenn Sie die auf dem Boden und im Keller herumstehenden Möbel, Spielsachen usw. nicht zu Geld machen...

# Die Neuregelung der Mietenfrage

# Sozialversicherung und Fürsorge

Die Regierung hat über die Neuordnung eine amtliche Verlautbarung herausgegeben. Wir geben nachstehend die für die arbeitenden Schichten besonders wichtigen Abschnitte über das Wohnungsproblem, die Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit den Tariffragen und unwesentlichen Kürzungen wieder.

1. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens bringt die Verordnung die endgültige Regelung der Hauszinssteuer. Schon bei Einführung dieser Steuer durch die Dritte Steuernotverordnung im Februar 1924 war die Erhebung dieser Inflationssteuer nur für einen kürzeren Zeitraum in Aussicht genommen worden. Durch die Steuerreform im Jahre 1925 wurde die Prüfung der Frage der Forterhebung dieser Steuer bis 1928 vertagt. Der Versuch von 1929, die Steuer im Reich auf einheitliche Grundlage zu stellen, scheiterte. So ist die Steuer nach den Bestimmungen von 1920 weiter erhoben worden. Inzwischen haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich geändert. Der Hausbesitz ist vielfach unrentabel geworden und durch seine ungünstige Lage ist auch der Realwert in Mitleidenschaft gezogen. Diese Lage wirkt sich nachteilig für das Aufkommen der Hauszinssteuer aus. Aus diesen Gesichtspunkten heraus soll die Hauszinssteuer noch eine Reihe von Jahren gezahlt werden, ihr kasselmäßiger Abbau ist aber vorgesehen und mit dem Schluß des Rechnungsjahres 1939 wird sie ganz aufgehoben. In den Rechnungsjahren 1932 bis 1934 soll sie noch in voller Höhe erhoben werden, d. h. nach Abzug der Ermäßigung um 20 v. H., die nach Maßgabe der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 eintritt. Vom 1. April 1935 ab wird ein Abschlag von 25 Prozent gewährt, der 2 Jahre gilt. Vom 1. April 1937 ab wird für 3 Jahre noch je die Hälfte der Steuer erhoben, die mit dem 1. April 1940 völlig in Fortfall kommt. Um einerseits Ländern und Gemeinden in nächster Zeit größere Mittel zuzuführen und andererseits den Hausbesitzern die Sicherheit zu geben, daß die Hauszinssteuer in der vorher angegebenen Weise abgebaut wird, ist die Möglichkeit einer Abänderung der ab 1. April 1932 noch zu erhebenden Steuer durch Zahlung des dreieinhalbfachen Jahresbetrages in der Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1934 gegeben. Wer bis zum 31. März 1932 abläßt, braucht nur das Dreifache zu zahlen.

Die aus der Abänderung aufkommenden Beträge dienen, soweit sie nicht zur Auffüllung des laufenden Aufkommens in den Rechnungsjahren 1932-1934 oder zur gemeinblühenden Umschuldung verwendet werden, zur Abänderung der Schulden der Länder und Gemeinden. Das laufende Aufkommen ist zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs von Ländern und Gemeinden zu verwenden, gegebenenfalls bis zu einem Fünftel für Zwecke der Wohnungswirtschaft.

2. In dem Bestreben, die Gestehungskosten der Volkswirtschaft zu senken und zugleich die Kosten der Lebenshaltung dem verminderten Einkommen weiter Bevölkerungskreise anzupassen, steht die Neuordnung eine Mietentlastung sowohl der Wohnungen als der gewerblichen Räume vor. Die Grundlage für eine solche Mietentlastung ist geschaffen durch die Herabsetzung des Zinsfußes in Verbindung mit der Neuregelung der Hauszinssteuer.

Werbungs ist es nicht möglich, die Mietentlastung allgemein und gleichmäßig für alle in Frage kommenden Mietverhältnisse vorzuschreiben. Sie ist am einfachsten durchzuführen, bei den Räumen, die den Vorschriften des Reichsmietengesetzes unterliegen.

Hier kann die Mietentlastung in der Verordnung zahlenmäßig vorgeschrieben werden, weil die zu zahlende Miete im Anschluß an die Friedensmiete gesetzlich festgelegt ist. Ebenso kann bei den Räumen verfahren werden, die zwar den Vorschriften des Reichsmietengesetzes nicht mehr unterliegen, die jedoch bereits vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind und für die daher die Friedensmiete zu ermitteln ist.

Eine Senkung um 10 Prozent der Friedensmiete bedeutet eine spürbare Entlastung des Einzelhaushalts.

Sie ist andererseits für den Vermieter tragbar, da die durch die Notverordnung vom 6. Oktober dieses Jahres vorgeschriebene Hauszinssteuersenkung von einer Festsetzung der Zinsen für die Aufwertungshypotheken auf 7,5 Prozent ausgeht, während nunmehr durch die Vorschriften über die Zinssenkung nur ein Aufwertungszinsfuß von 6 v. H. festgelegt ist.

Bei den Neubauwohnungen ist eine unterschiedslose Herabsetzung des Mietzinses unter Zugrundelegung einer Friedensmiete nicht möglich, weil der Mietzins nicht gesetzlich festgelegt und eine Friedensmiete nicht zu ermitteln ist. Die Miete in den Neubauwohnungen ist vielmehr durch die in den letzten Jahren sehr verschiedene Höhe der Baukosten und durch die sehr unterschiedliche Art der Finanzierung bedingt. Hier kann daher nur so vorgegangen werden, daß die tatsächliche Entlastung, die der Vermieter, im Einzelfall durch die Zinssenkung erfährt, von der Miete in Abzug gebracht wird. Die Möglichkeit zur Mietentlastung in den Neubauten wird daher ebenfalls sehr verschieden sein, zweifellos aber in der überwiegenden Zahl der Fälle recht erhebliches Ausmaß haben. Um möglichst schnell die Miete festzusetzen, die in Neubauten vom 1. Januar 1932 ab zu zahlen ist, wird in den Ausführungsbestimmungen dem Vermieter die Verpflichtung auferlegt, den Mietern unverzüglich die neue Mietberechnung mitzuteilen.

Besondere Berücksichtigung erfordern die Fälle, in denen der Mietzins bereits von den Mietern im Laufe des letzten Jahres herabgesetzt worden ist. Diese Herabsetzung soll bei der angeordneten Mietentlastung angerechnet werden.

3. Neben der Mietentlastung gibt die Verordnung dem Mieter ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau oder Neubau, um Wohnungen oder Geschäftsräume, handelt, das einmalige außerordentliche Recht, einen vor dem 15. Juli geschlossenen, über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu dem letztgenannten Termin durch eine spätestens am 5. Januar 1932 dem Hauswirt zugehende Kündigung zur Auflösung zu bringen. Dieses Kündigungsrecht soll nur ausgeschlossen sein, wo der Hauseigentümer sich mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Mietzinses um mindestens 20 Prozent geeinigt, also ihm einen Teil seiner wirtschaftlichen Sorgen bereits freiwillig abgenommen hat, oder wo der Vermieter auf besonderen Wunsch des Mieters kostspielige Um- oder Ausbauten der Räume — insbesondere für Geschäftszwecke — vorgenommen und dafür eine längere Vertragsdauer hat garantieren lassen.

Um den Hauseigentümer nach Möglichkeit vor Schwierigkeiten zu bewahren, die sich aus der vorzeitigen Auflösung von Mietverträgen hinsichtlich der Hauslasten (Hypothekenzinsen, Grund- und Hauszinssteuern usw.) ergeben können, ist vorgesehen, daß er bis zum 15. Juli 1932 von den gesetzlich oder vertraglich an einen Zahlungsverzugs geschuldeten besonderen Nachteilen — Eintritt der Verfallklausel, Strafzinsen und dergl. — verschont bleiben soll.

4. Der Wohnungsmarkt hat sich weiter in der Richtung entwickelt, daß die Spanne zwischen Angebot und Nachfrage nach und nach immer weiter abgenommen hat. Dies gilt namentlich für die größeren Wohnungen. Bei diesem ist vielfach sogar ein Ueberangebot zu beobachten. Die Mieter derartigen Wohnungen sind daher der Gefahr einer Uebersteuerung nicht mehr in dem Maß ausgesetzt, daß zu ihren Gunsten die mit der Wohnungswangswirtschaft verbundenen Eigentumsbeschränkungen noch weiter aufrechterhalten werden müßten. Demgemäß können für diese Wohnungen das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzesgesetz aufgehoben werden. Als Zeitpunkt für den Eintritt dieser Maßnahme ist der 1. April 1932 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt können mit den Mietverhältnissen über teure Wohnungen frei gekündigt und neue Mietverträge vereinbart werden. Dasselbe gilt für Geschäftsräume. Diese bleiben jedoch geschützt, wenn sie im räumlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit Wohnräumen stehen und die Friedensmiete unter den Grenzen für die erwähnten großen Wohnungen bleibt. Schließlich bedürfen auch Untermietverhältnisse jetzt keines besonderen Schutzes mehr, da auf diesem Gebiete im allgemeinen ein erhebliches Ueberangebot besteht. Über auch soweit hiernach Wohnungen und Geschäftsräume aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden, bleiben in Zukunft die §§ 49 a und 52 c des Mieterschutzesgesetzes anwendbar, d. h. das Fördern, Annehmen oder Versprechenlassen von unangemessen hohen Mieten bleibt verboten und strafbar, derartige Mietverträge können im Prozeßwege auf das angemessene Maß herabgesetzt werden, einem zur Räumung verurteilten Mieter kann auf seinen Antrag eine Räumungsfrist gewährt werden; der Mieter kann mit Reparaturforderungen aufrechnen, auch wenn es im Vertrag verboten ist; die fristlose Kündigung des Vermieters bleibt auf die im Mieterschutzesgesetz genannten Fälle beschränkt; im übrigen beträgt die Kündigungsfrist auch bei Monatsmiete ein Vierteljahr (abgesehen von Untermietern).

gilt für Geschäftsräume. Diese bleiben jedoch geschützt, wenn sie im räumlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhang mit Wohnräumen stehen und die Friedensmiete unter den Grenzen für die erwähnten großen Wohnungen bleibt. Schließlich bedürfen auch Untermietverhältnisse jetzt keines besonderen Schutzes mehr, da auf diesem Gebiete im allgemeinen ein erhebliches Ueberangebot besteht. Über auch soweit hiernach Wohnungen und Geschäftsräume aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden, bleiben in Zukunft die §§ 49 a und 52 c des Mieterschutzesgesetzes anwendbar, d. h.

das Fördern, Annehmen oder Versprechenlassen von unangemessen hohen Mieten bleibt verboten und strafbar, derartige Mietverträge können im Prozeßwege auf das angemessene Maß herabgesetzt werden, einem zur Räumung verurteilten Mieter kann auf seinen Antrag eine Räumungsfrist gewährt werden; der Mieter kann mit Reparaturforderungen aufrechnen, auch wenn es im Vertrag verboten ist;

die fristlose Kündigung des Vermieters bleibt auf die im Mieterschutzesgesetz genannten Fälle beschränkt; im übrigen beträgt die Kündigungsfrist auch bei Monatsmiete ein Vierteljahr (abgesehen von Untermietern).

Weitergehende Forderungen sind auf dem Gebiete des Wohnungsmangelgesetzes möglich. Das Verbot der Zusammenlegung und der Umwandlung von Wohnungen in Geschäftsräume ist durch die wirtschaftliche Entwicklung gegenstandslos geworden. Es wird deswegen aufgehoben. Die Notwendigkeiten, leerstehenden oder freierwerbenden Wohnraum zu beschlagnehmen oder seine Vermietung durch den Eigentümer von obrigkeitlicher Zustimmung abhängig zu machen, kann nur noch für die kleineren Wohnungen anerkannt werden. Ebenso können diese Zwangsmaßnahmen bei den Werkwohnungen und den Wohnungen der unter öffentlicher Aufsicht stehenden Wohnungsunternehmen entbehrt werden.

Die bereits in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 angeordnete völlige Aufhebung der Wohnungsgesetze wird für den 1. April 1933 in Aussicht genommen, wobei aber für das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzesgesetz erneut ausdrücklich die Bedingung gestellt wird, daß bis dahin die Wirtschaftskrisis des bürgerlichen Gesellschafts nach sozialen Gesichtspunkten ausgeglichen worden sind.

# Arbeitslohn - Tarifvertrag

In den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts ändert die Verordnung, in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Wirtschaftsbeirats, nicht. Die Reichsregierung hält es aber, wiederum von dem Ergebnis der Beratungen des Wirtschaftsbeirats ausgehend, für erforderlich, daß bei der praktischen Ausgestaltung der Tarifverträge noch mehr als bisher den unteren Wirtschaftsklassen der einzelnen Gebiete und Wirtschaftszweige Rechnung getragen wird.

Für diesen allmählichen Umbau des Tarifvertragsystems muß aber zunächst hinsichtlich der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten eine der Lage der Gesamtwirtschaft entsprechende Grundlage geschaffen werden. Die Reichsregierung ist, auch auf Grund der Beratungen des Wirtschaftsbeirats, der Auffassung, daß die erforderliche Preisentlastung in vielen Wirtschaftszweigen nur erfolgen kann, wenn die Produktionskosten erheblich gesenkt werden. Unter den Bestandteilen der Produktionskosten ist das Arbeitsentgelt von besonderer Bedeutung. Eine spürbare Senkung der Produktionskosten kann deshalb nicht ohne eine entsprechende Senkung der Löhne und Gehälter durchgeföhrt werden.

Dabei glaubt die Reichsregierung, daß grundsätzlich auf den Stand zu einer Zeit zurückgegangen werden muß, in der nach Krieg, Inflation und Währungsnotlage ein gewisses Gleichgewicht erreicht war, d. h. auf den Stand im Anfang des Jahres 1927, ohne daß dabei in allen Wirtschaftszweigen und in allen Einzelheiten genau die Vorgehensweise zu diesem Zeitpunkt wieder erreicht werden müßte oder könnte; was in der späteren Zeit etwa im Lohnfußmaß als unrichtig oder ungewöhnlich erkannt und verbessert worden ist, kann nicht wieder eingeföhrt werden.

Das Zurückgehen auf den Anfang des Jahres 1927, bedeutet im allgemeinen eine beträchtliche Kürzung der Löhne und Gehälter. Die Reichsregierung ermißt die ganze Schwere dieser Maßnahme, glaubt sie aber den Arbeitnehmern zumuten zu können, weil die Lebenshaltungskosten bereits erheblich gesunken sind, und zwar nach dem Lebenshaltungsindezes unter den Stand von 1927, und weil die Reichsregierung im Gesamtergebnis von ihren Maßnahmen eine weitere bedeutende Verbillichung der Lebenshaltung erwartet, die auf die Dauer eine Senkung des Reallohnes verhindert. Die weitere Verbillichung der Lebenshaltung und damit die Erhaltung des Reallohnes kann aber nur erreicht werden, wenn die Herabsetzung der Gesamtkosten der Wirtschaft zu gleicher Zeit eintritt; ein allmähliches Absinken der Gestehungskosten würde nach den Erfahrungen eine schnelle Preisentlastung nicht herbeiföhren.

Der Reichsregierung war deshalb im Rahmen ihres Gesamtprogramms zunächst die Aufgabe gestellt, Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu einem bestimmten, nahen Zeitpunkt allgemein auf einen im voraus bestimmten Stand zu senken. Da die Löhne und Gehälter in der großen Mehrzahl in Tarifverträgen auf längere Zeit festgelegt sind, waren zur Erfüllung dieser Aufgabe nur zwei Wege gegeben:

Entweder konnte auf dem Wege der Notverordnung bestimmt werden, daß alle Tarifverträge, mindestens soweit sie Lohn- oder Gehaltsregelungen enthalten, zu einem einheitlichen Zeitpunkt ablaufen. Dann wären sie für diesen Zeitpunkt, nötigenfalls mit Hilfe der Schlichtungsbehörden, neu abzu-schließen gewesen. Die andere Möglichkeit war die Senkung der Löhne und Gehälter in der Verordnung selbst unter Aufrechterhaltung der Tarifverträge im übrigen.

Eine solche Maßnahme erforderte weiter die Verlängerung der laufenden Tarifverträge für einige Zeit, damit eine Beruhigung des Arbeitslebens eintreten und die erforderliche feste Grundlage für den Weiteraufbau des Wirtschaftslebens und die ihm entsprechende Verfeinerung des Tarifvertragsystems geschaffen werden kann.

In der Verordnung ist der zweite Weg gewählt worden, weil es zweifelhaft erschien, ob der Abschluß neuer Tarifverträge in allen Wirtschaftszweigen sich für einen nahen bestimmten Zeitpunkt durchführen lassen würde.

Die Verordnung schafft deshalb mit Wirkung vom 1. Januar 1932 unmittelbar eine Senkung der Löhne und Gehälter, und zwar grundsätzlich auf den Stand am 10. Januar 1927, indem sie für die Zeit vom 1. Januar 1932 an die damaligen gesetzlichen Lohn- oder Gehaltsätze an Stelle der heutigen als im Tarifvertrage vereinbart gelten läßt.

Da in den meisten Wirtschaftszweigen die Löhne und Gehälter seit ihrem Höchststand bereits einmal oder mehrere Male gekürzt worden sind, würde die ausnahmslose Zurückföhren auf den Stand vom 10. Januar 1927 im Durchschnitt noch eine Kürzung von etwa 10 bis 15 v. H. ausmachen. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen würde die Kürzung aber erheblich über dieses Maß hinausgehen, was die Reichsregierung nicht für vertretlich hält.

Die Verordnung bestimmt deshalb, daß im Höchstfall Senkungen um 10 v. H. und in den seltenen Ausnahmefällen, in denen seit dem 1. Juli 1931 keine Kürzung eingetreten ist, um 15 v. H. eintreten dürfen.

Die Schwierigkeiten, in denen sich die Invaliden- und Unfallversicherung befindet, sind für diese Versicherungszweige nicht Schuld, sondern Schicksal. Für die Leistungen, die früher — zum Teil durch Initiationsgelder und unter fälscher Wirtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten — den Versicherungsträgern auferlegt wurden, reichen die Beiträge nicht aus, welche die heutige Zeit aufzubringen vermag. Die Versicherung sucht daher einen Weg, der die Rentenversicherung zwischen Klippen und Untiefen, ohne Gefahr für den Bestand, hindurchföhrt. Es ist schmerzhaft, daß davon auch die Invalidenversicherung betroffen wird.

Die Verordnung läßt die Renten in ihrer Höhe und im Rinderzuschuß unberührt, hält aber — in Uebereinstimmung mit den Gutachten der Landesversicherungsanstalten — es für notwendig und zeitgemäß, daß z. B. die Rinderzuschüsse und die Waisenrenten nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gezahlt werden, daß der doppelse und dreifache Bezug von Renten wegläßt oder wenigstens eingeschränkt wird, daß die Hauptrentenrenten in ihrem Gesamtbetrag nicht die Hauptrente übersteigen und daß die Versorgung von Witwen, deren Männer beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung (1. Januar 1932) schon invalide oder tot waren und die nach altem Rechte überhaupt keinen Versicherungsanspruch hatten, von der Versicherung wieder auf die Fürsorge übergeht. In der Unfallversicherung lassen die kleinen Verletztenrenten weg; ihr Wert ist wirtschaftlich ohnehin gering. Dagegen erhalten auf dem Gebiete der Unfallversicherung und Unfallüberwachung die Versicherer das gleiche Stimmrecht wie die Arbeitgeber.

Die Verordnung besteuert den vom Reichsarbeitsministerium vermittelten Frieden zwischen Ärzten und Krankenkassen, läßt die Jungärzte nach und nach zur Kassenzugehörigkeit zu, schreibt aber als Gesamtvergütung ein gegen 1930 verfeinertes und mit den Löhnen gleitendes Kopfschuld vor.

Um die Versicherer und ihre Arbeitgeber vor höheren Belastungen zu bewahren, werden die Leistungen für die Krankenkassen und Ersparnisse wenigstens zeitweilig, auf die Regelleistungen beschränkt;

neue Mehrleistungen sind nur unter besonderen Umständen und nur mit Zustimmung der Oberversicherungsämter und des Reichsversicherungsamtes zulässig.

Dieselben Hundertjahre der Lohn- und Gehaltsentlastung gelten auch für die Wirtschaftszweige, in denen am Stichtag, dem 10. Januar 1927, kein Tarifvertrag bestand. Sie gelten ferner für die Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kalkbergbaus, wo die besonders schwierige Wirtschaftslage und die besondere Bedeutung des Lohn- und Gehaltskontos für die gesamtwirtschaftlich notwendige Preisherabsetzung zu einer einheitlich bestimmten Lohn- und Gehaltsentlastung nötigen.

Bei einer derartigen allgemeinen und schematischen Senkung der Löhne und Gehälter läßt sich die Entstehung gewisser Unklarheiten in dem neuen Aufbau der Löhne und Gehälter nicht vermeiden, die schnellstens beseitigt werden müssen, um Reibungen im Fortgang der Arbeit auszuschalten. Die Verordnung steht deshalb vor, daß der neue Lohn- oder Gehaltsabbau unverzüglich bis ins einzelne festgelegt wird.

Zu diesem Zweck treten die Parteien jedes Tarifvertrages bis zum 10. Dezember 1931 zusammen, um die nach den Vorschriften der Verordnung ab 1. Januar 1932 geltenden Sätze in einem Nachtrag zum Tarifvertrag festzusetzen. Dabei werden sie Gelegenheit haben, etwa durch die Vornahme von Entlastungen unentgeltliche Ueberbeträge des Tarifvertrags im übrigen durch Vereinbarung zu beseitigen.

Falls die Tarifvertragsparteien in freier Verhandlung nicht zu der Festlegung gelangen, z. B. weil die Veränderung der Lohn- oder Gehaltsätze gleichzeitige Veränderungen von Bestimmungen des Manteltarifvertrages nahelegt, über die sie sich nicht zu einigen vermögen, muß die Klarstellung des Ergebnisses der Kürzungsentscheidungen der Verordnung durch eine Behörde erfolgen.

Die Verordnung sieht hierfür die Schlichter als die geeigneten Stellen vor.

Sie treffen ihre Festsetzungen endgültig und bindend gegenüber allen Beteiligten. Im allgemeinen werden sie lediglich die Sätze festzusetzen haben, die sich aus den entsprechenden Vorschriften unmittelbar ergeben. In Ausführung des Zweckes der Verordnung, den allgemeinen Lohn- und Gehaltsstand vom 10. Januar 1927 wieder einzuföhren, können sie aber in Ausnahmefällen die etwaigen Widersprüche bereinigen, die sich aus inzwischen eingetretenen Veränderungen des Systems der Entlohnung ergeben können. Sie können z. B. bei der Festsetzung der Sätze berücksichtigen, daß die Löhne oder Gehälter des Wirtschaftszweiges im Januar 1927 unter der Voraussetzung des Bestehens von Sozialzulagen bestimmt waren, die heute nicht mehr vorgesehen sind; sie können weiter beispielsweise Abfordermethoden ändern, die im Manteltarifvertrag mit Rücksicht auf die heutigen Lohnsätze vereinbart sind, für die neuen Sätze aber offensichtlich nicht mehr passen. Die Schlichter haben auch die Möglichkeit, in Fällen, in denen am 10. Januar 1927 kein Tarifvertrag bestand und deshalb nach der Verordnung eine Kürzung der Löhne oder Gehälter von zehn oder fünfzehn v. H. eintreten muß, von diesen Kürzungssätzen abzuweichen, wenn durch ihre unmittelbare Uebernahme eine mit dem allgemeinen Lohn- und Gehaltsstand im Januar 1927 offensichtlich nicht vereinbare Regelung geschaffen würde. Sie können schließlich auch die Laufdauer der Tarifverträge in einem gewissen Ausmaß — bis zum 30. September 1932 — verlängern, wenn das für die ruhige Fortentwicklung des Wirtschaftslebens erforderlich erscheint und die Verhältnisse genügend übersehbar sind.

Um den Schlichtern ihr Eingreifen, soweit es nach den Vorschriften der Verordnung notwendig ist, möglichst frühzeitig zu ermöglichen, haben die Tarifvertragsparteien ihnen unverzüglich Kenntnis zu geben, falls sie selbst zu keiner Festlegung kommen. Recht und Pflicht des Schlichters zum Eingreifen in diesen Fällen werden jedoch durch die Unterlassung der Anzeige nicht berührt. Einigen sich die Parteien nachträglich, aber vor der Festsetzung durch den Schlichter, so hat es dabei kein Bewenden; ein unnötiges Eingreifen der Behörden soll vermieden werden. Vor der Festsetzung muß der Schlichter sich Gewißheit über die Aufstellungen der Parteien verschaffen, in aller Regel durch eine Verhandlung mit ihnen.

Da durch die Herabsetzung der Löhne und Gehälter im Lauf des Tarifvertrages keine Veränderung eintreten soll, trifft die Verordnung auch Vorkehrungen dafür, daß die neuen Sätze mit größter Besorgsamkeit in Rahmen eines im übrigen allgemeinverbindlichen Tarifvertrages ebenfalls allgemeinverbindlich werden.

Sie beschränkt dieses verkürzte Verfahren der Allgemeinverbindlichkeitsklärung aber auf die Fälle, in denen dem Reichsarbeitsminister von der Veränderung unverzüglich Kenntnis gegeben wird; andernfalls müssen die Parteien das regelmäßige Verfahren in den Kauf nehmen.

Das beschriebene Verfahren der Lohnsenkung gilt nicht für die Arbeiter und Angestellten, deren Löhne oder Gehälter nach den Vorschriften der Verordnung bereits im Zusammenhang mit der Kürzung der Beamtengehälter gesenkt werden.

# Wirtschaftskrieg auf allen Fronten

Es ist in dieser Situation, in der die Not am höchsten steht, doppelt unverständlich, daß die Völker, statt nach Wegen zu suchen, um einander näherzukommen und sich wirtschaftlich zu ergänzen, um so in gemeinsamer Kraft die Welt wieder aufzubauen, plötzlich in Gebrauche von wirtschaftlichen Epochen zurückzufallen, auf deren Überwindung wir stolz waren.

(Aus einer Rede von Geheimrat Duisberg)

Es hat sich nun allmählich bis in das entfernteste Dorf dieser schönen Welt und bis zu dem ökonomisch uninformiertesten Menschen auf unserem prächtigen Erdball herumgesprochen, daß die Krisenercheinungen in jedem einzelnen Lande zusammenhängen mit Schwierigkeiten in der gesamten Weltwirtschaft. Und es vergeht kaum eine Woche, in der nicht diejenigen, die man mit viel Vorbehalt die politischen „Führer“ ihres Volkes nennt, auf Banketten, in Parlamenten und vor Mikrophonen verkünden, wir kämen aus diesem allgemeinen Jammer nur heraus durch einen Entschluß zur internationalen Zusammenarbeit. Wir hören es und wir lesen es, und wir finden diese Weisheit zwar nur allzu richtig, uns will es aber fast scheinen, als sei sie nicht mehr so neu, daß man sich mit rein theoretischen Feststellungen begnügen dürfe. Wenden wir nun einmal unser Interesse von den frommen Wünschen und den hoffnungsfreudigen Versprechungen der Staatsmänner und Diplomaten der rauhen Brazis zu, so müssen wir allerdings zu ganz entgegengesetzten Feststellungen gelangen. Sie lauten kurz zusammengefaßt: Je dringender die Weltwirtschaftskrise internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig machen würde, um so schärfer wird das internationale Gegeneinanderarbeiten, um so radikaler werden die Voraussetzungen für eine Besserung der Schwierigkeiten ausgemerzt!

### Der Zollkrieg!

Vor mehr als vier Jahren hatte man in Genf nach mühseligen Vorarbeiten ein internationales Abkommen zustande gebracht, das die Voraussetzungen für einen Zollfrieden bringen sollte. Im Frühling 1930 war man bereits beschließend geworden und hatte nur einen einjährigen Zollwaffenstillstand beschlossen. Ein Jahr später, im März 1931, wurde in Genf offiziell zugegeben, daß sämtliche Hoffnungen auf einen Zollwaffenstillstand (geschweige denn auf einen Zollfrieden) auf dem übrigen auch sonst stark frequentierten Völkerbundfriedhof zu Grabe getragen worden seien. Wir wollen nun — der Raumersparnis wegen — nicht im einzelnen wiedergeben, was sich seither auf dem Zollkriegshauptplatz abgespielt hat, sondern uns nur damit begnügen, kurz anzudeuten, was sich allein in der Zeit von Anfang November bis Anfang Dezember dieses Jahres zugetragen hat. Wir erinnern der Reihe nach an die Zollserhöbungen in England, die als erste Etappe die Einführung eines fünfzigprozentigen Zolls auf 23 Warengruppen brachte. Dann kam die nächste Zollvorlage, die „Kostendruck“ für Agrarprodukte enthielt. Ihr folgte eine dritte Welle der Zollserhöbungen, die wiederum im wesentlichen industrielle Fertigerwaren betraf.

Gleich setzte eine Abwehrbewegung ein. Die nordamerikanische Regierung ordnete die sofortige Erhebung von Ausgleichszöllen und britische Einfuhrwaren an und orientierte sich hierbei an der Höhe der englischen Zölle. Die Franzosen ihrerseits ließen sich die englischen Zollserhöbungen ebenfalls nicht widerspruchslos gefallen. Sie antworteten mit zahlreichen Zollserhöbungen und neuen Zöllen, die sie neidischerweise „Einfuhrsteuer“ nennen. Daneben hat Frankreich die Einfuhr bestimmter Waren kontingentiert, d. h. in ihrem jährlichen Gesamtumfang pro Einfuhrland beschränkt. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen standen ähnliche Anordnungen der belgischen Regierung. Selbst Holland mit seiner alten Freihandels tradition erhöhte seine Zölle. Ferner ist wichtig, daß eine weitere Folge dieser Zollkriege ein Beschluß des Dänischen Reichstages ist, durch den die „Luguleinfuhr“ vollkommen untersagt wird. Für eine Reihe von anderen Waren würde von Dänemark dagegen „nur“ ein

fünfzigprozentiger Wertzoll eingeführt. Vor ähnlichen Maßnahmen steht der schwedische Staat, dessen Regierung sich bereits rechtzeitig von dem Parlament eine besondere Ermächtigung geben ließ. Estland hat für eine Reihe von Waren ein Außenhandelsmonopol erlassen, das eine beträchtliche Senkung der Einfuhr bringen wird. Litauen seinerseits verlangt von Deutschland kategorisch den Abschluß eines neuen Handelsvertrages. Sein alter Vertrag genügt ihm nicht mehr. Polen wiederum, das ja bekanntlich schon mehr als ein Jahrfrist mit Deutschland im Handelskriege steht, beabsichtigt nach einer Ankündigung seines Außenministers Jaleski weitere radikale Zollserhöbungen. Gelangen wir im weiten Bogen zum Balkan, so ist zu erwähnen, daß in Jugoslawien kürzlich ein königliches Dekret ergangen ist, durch das der zuständige Ressortminister bevollmächtigt wird, im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten sämtliche Zölle zu erhöhen. Auch die Türkei hat (in dieser Beziehung durchaus modern) eine Reihe von handelspolitischen Maßnahmen beschlossen, die eine Beschränkung der Einfuhr vorsehen. Schließlich wir jetzt den Kreis, auf den uns unsere Rundreise geführt hat, so gelangen wir nach Italien, das bekanntlich auf alle handelsvertraglich nicht gebundene Waren einen Wertzoll in Höhe von 15 Prozent eingeführt hat, und schließlich nach der Schweiz, von der wir ja wissen, daß

# Das Festgeschenk

kauft der Leser unseres Blattes sehr vorteilhaft bei den Inserenten der

## „Leipziger Volkszeitung“

Berücksichtigt bei allen eueren Einkäufen und Besuchen diejenigen, deren Anzeigen ihr in der Leipziger Volkszeitung findet.

Die Devisen-Zännel

Das Institut für Konjunkturforschung stellte dieser Tage fest, daß neben Deutschland noch sechzehn europäische und acht überseeische Staaten die Devisenzwangsmaßnahmen eingeführt haben. Diese Zwangsmaßnahmen hatte aber fast überall nicht nur die Aufgabe, zum Schutze der einheimischen Währung zu dienen, sondern sie ist in den meisten Ländern auch dazu bestimmt, Einfuhrbeschränkungen zu errichten. Da die Devisenhergabe nur erfolgt, wenn genaue Angaben über die zu importierenden Waren gemacht werden, haben es hier die Zentralbanken der betreffenden Länder in der Hand, im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen durch die Art der Zuteilung von Devisenkontingenten schwer kontrollierbare protektionistische Maßnahmen durchzuführen, indem einfach nur für den Einkauf der Produkte Devisen zugeteilt werden, der als „notwendig“ anerkannt wird. So teilt zum Beispiel die österreichische Nationalbank Devisen nur dann zu, wenn ihrer Ansicht nach für die einzuführenden Waren „Bedarf“

besteht. Sie hat hier fünf „Wichtigkeits-Klassen“ aufgestellt, nach denen sie sich bei der Zuteilung richtet, wobei sie planmäßig protektionistische Bestrebungen verfolgt. Die ungarische Zentralbank teilt nur Devisen „für den notwendigen Rohstoffbedarf“ zu und hält auf diese Weise den der Regierung nachstehenden Interessengruppen jede unerwünschte ausländische Konkurrenz fern. Ähnliche Weisheit auch nicht so strenge Beschränkungen in der Devisenzuteilung nimmt man in der Tschechoslowakei vor. Eine außerordentlich konsequente Politik der Einfuhrbeschränkung über den Umweg der Devisenzuteilung wird ferner in Bulgarien und Griechenland vorgenommen. In Estland, Finnland und Litauen wurden ähnliche Maßnahmen ergriffen. In Litauen sollen zukünftig Ausländer, die zu Einfuhrzwecken Litauen besuchen wollen, unzulässig gar nicht in das Land gelassen werden!

Man kann also wohl behaupten, daß dort, wo Zollserhöbungen aus irgendeinem Grunde nicht in genügender Umfang durchgeführt werden konnten, über den Umweg der „Devisen-Zännel“ daselbe Ergebnis erreicht wurde. Die Folge dieser Erscheinung ist nun wiederum, daß zum Beispiel Frankreich Sondermaßnahmen gegen die Länder beschloß, die durch die Devisenwirtschaft seinen Export zu gefährden oder zumindestens zu beschränken suchen.

Schließlich darf nicht daran vergessen werden, daß einzelne Länder den Versuch unternahmen, durch Währungsverschlechterung ihre Einfuhr zu forcieren, woswegen bereits die davon betroffenen Staaten mit Gegenmaßnahmen vorgehen. Der internationale Zollkrieg ist also auf der ganzen Linie im Gange. Man sucht aber — wie bei jedem anderen Kriege — auch die Zivilbevölkerung zum Eingreifen zu veranlassen. Die Engländer haben eine „Buy British“-Kampagne mit dem Ziel begonnen, die Versorgung britischer Waren vor den ausländischen zu erreichen. Die Schweizer führen eine „Schweizer Woche“ durch, und wir in Deutschland haben es ja mit einer ähnlichen „Deutschen Woche“ versucht. Wir wird nun dieser internationale Wirtschaftskrieg enden? Geheimrat Duisberg sagt in einer Rede, die wir eingangs zitierten, daß bei der Beibehaltung dieses Zustandes „nicht nur die Verarmung, sondern der Ruin aller Völker“ eintreten müßte. Nachdem die bisherigen Bemühungen, zu vernünftigen Entschlüssen zu gelangen, ausnahmslos mißglückt sind, weil die Regierenden aller Länder aus ihren Erkenntnissen nie praktische Konsequenzen zogen, kann an eine Beendigung dieses schließlich alles vernichtenden und alles zerstörenden Wirtschaftskrieges nur geglaubt werden, wenn einmal die Völker mit all der Macht, die sie besitzen — jedes in seinem Lande — selbst dafür sorgen, daß mit diesem System der Selbstvernichtung Schluß gemacht wird!

Der Stichtag für die gebundenen Preise. Der Stichtag für die gebundenen Preise ist der 30. Juni, nicht wie in den bisherigen Mitteilungen berichtet worden war der 1. Juli 1931.

### Berammungskalender

- Donnerstag, 10. Dezember 1931.
  - Deutscher Freidenker-Berband, Ortsgruppe Othen (Funktionäre), Arbeiterheim Ost, 20 Uhr.
  - Deutscher Freidenker-Berband, Ortsgruppe Schneefeld (Funktionäre), Mariannenhof, 20 Uhr.
  - Deutscher Freidenker-Berband, Ortsgruppe Rodau (Funktionäre), Mariannenhof, 20 Uhr.
  - Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Leipzig-Südost (Funktionäre), VfL-Stadion, 19.30 Uhr.
  - Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Leipzig-Süd (Funktionäre), Goldener Stern, 20 Uhr.
- Freitag, 11. Dezember 1931.
  - Deutscher Freidenker-Berband, Ortsgruppe Mödern-Wahren (Funktionäre) beim Gen. R. Werner, Friedrich-Raumann-Straße 16, 20 Uhr.
  - Deutscher Freidenker-Berband, Ortsgruppe Großhoyer und Knautsberg (Funktionäre), Restaurant Froschburg, 20 Uhr.
  - Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Kleinshoyer, Mählschters Festhalle, 20 Uhr.

# GGG-Zigaretten

werden aus besten orientalischen Tabaken hergestellt und sind bei allen Rauchern beliebt



- GGG-Emarra . . . Stück 2 1/2 Pfg.
- GGG-Feis . . . . . Stück 3 1/2 Pfg.
- GGG-Phantus . . . Stück 4 Pfg.
- GGG-Neptun . . . . Stück 4 Pfg.
- GGG-Riffel . . . . . Stück 5 Pfg.
- GGG-Gastalbe . . . . Stück 6 Pfg.



## Konsumverein

Leipzig-Blasewitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder  
Blane Ausweisekarte mitbringen

### Ämtliche Bekanntmachungen

Der Gemeinderat in Cröbern hat einen Teilbauungsplan, mit A beiseite, eingereicht und um dessen Genehmigung nachgesucht. Das Gebiet des Planes wird im Osten von dem Flurstück 84 für Cröbern, im Süden von den Flurstücken Nr. 77a, 58b, 57b, 55b, 54 und von der Straße von Cröbern nach Auenhain, im Westen von den Flurstücken 77a, 77b, 75, 240a, 240b, 240f, 240c, 240d und 235, und im Norden von der Flur Crostewitz begrenzt.

Auf Grund von § 22 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 wird dies zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Der Teilbauungsplan und die dazu gehörigen Bauvorschriften liegen zu jedermanns Einsicht vier Wochen lang, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, auf dem Gemeindeamt in Cröbern aus.

Etwasige Einwendungen gegen den Plan und die Bauvorschriften sind bei deren Verlust innerhalb der vorbestimmten Frist schriftlich bei der unterzeichneten Amtshauptmannschaft anzubringen. Leipzig, am 9. Dezember 1931.

### Die Amtshauptmannschaft.

Frau verehel. Sempel geb. Dietrich in Sehlis beabsichtigt, in dem unter Nr. 70 der Ortliste für Sehlis verzeichneten, an der Dorfstraße gelegenen Grundstücke eine Schweinefleischerei zu errichten. Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen.

Amtshauptmannschaft Leipzig am 9. Dezember 1931.

## FAMILIEN-NACHRICHTEN

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme, die uns beim Heimgehen unseres lieben, unvergesslichen Entschlafenen

### Herrn Paul Billhardt

in so überaus zahlreicher Weise zuteil wurden, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank dem Genossen Theo Mayer für seine trostreichen Worte, dem Turn- und Sportverein L.-Ostvorstadt, der Riege-Turn- und Wanderlust, den Parteigenossen der SPD und den Helfern der Kinderfreunde Neustadt-Neuschönefeld, die ihm das letzte Geleit gaben. Leipzig, den 10. Dezember 1931.

Margarete Billhardt geb. Kühnert  
im Namen aller Hinterbliebenen.

## Erwerbslosen-Siedler-Heimstätten

Als Kernstück der zukünftigen Wohn- und Wirtschaftsheimstätten

Keine Selbsthilfe ohne Selbsthilfe-Bauverfahren

## „JURKO“

Ausstellung Deutsche Bauschau / Baumesse-Halle, Stand 253

Eintritt frei — Führungen täglich 11 bis 14 Uhr — Für Vereine, Verbände usw. jederzeit bei vorheriger Anmeldung

## Deutsche Jurko-Gesellschaft

Leipzig N. 22, Breitenfelder Straße 71. Telephon Nr. 50794

In unserem Verlage ist erschienen:

## Unser Programm in Wort und Bild!

Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschl. zu Heidelberg am 18. September 1925 • Preis 90 Pf. Alle Filialen und Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei AG.

Abt. Buchhandlung • Leipzig C1, Tauchaer Str.

## Für Weihnachten!



erschätlich in den Uhren-Fachgeschäften mit dem roten Zeit Ra-Wappen





Solides Unternehmertum

Bei den schlechten Zeiten von heute Zeitungsanzeigen zu studieren, in denen Stellen gesucht werden, ist wirklich interessant und — traurig. Zu stark und zu unmittelbar spricht aus den meisten von ihnen die große Not und das bittere Elend. Zu sehr fühlen wir, wenn wir sie lesen, wie furchtbar die Lage der Menschen ist, die hier Arbeit und Brot suchen! Gelegentlich, ganz gelegentlich gibt es aber auch einmal ein Stellungsgebot, bei dessen Bekunde wir nicht müde und verzagt werden, sondern schmunzeln und sogar mal laut lachen. So fand ich in einer großen Zeitung, die in Westdeutschland erscheint, ein Stellungsgebot, das uns in Leipzig immerhin interessiert, weil derjenige, der es abgab, allem Anschein nach ein Leipziger ist. Wir geben die Zeitungsanzeige wieder, ohne ein Wort wegzulassen, ohne ein Wort hinzuzufügen. Sie lautet:

Soeben durchgefallener Referendar

Student wider Will., 22 J., Gestalt: solides Unternehmertum, früh selbständig geworden, klar u. gleichmäßig denkend, von realer Lebenseinstellung, gesellschaftlich auf der Höhe (Mittelsch. 3 b), möchte sich unter tüchtig. Chef in verantwortungsvollen Posten einarbeiten. Off. erbet. u. L. 357 durch Rudolf Meißner, Leipzig.

Überlegen wir uns bitte einmal ruhig und ganz unbefangenen den Sachverhalt! Wenn ich, wenn du, wenn irgendein Arbeiter oder Angestellter einen neuen Arbeitsplatz suchen und wir wählen dabei den Weg des Inserates, dann sehen wir natürlich an seine Spitze eine Mitteilung über unsere rühmlichsten, unsere ausgezeichnetsten, unsere seltensten und lobenswertesten Eigenschaften. Würde etwa einer von uns sein Stellungsgebot mit den Worten beginnen: „Wegen Unfähigkeit von der Berufsschule entlassen...“? Oder würde er vielleicht die Überschrift: „Soeben wegen Faulheit und Ungeheuerlichkeit gefeuert...“ wählen? Nein! Das würden wir unter keinen Umständen machen, aber der „Student wider Willen“ unternimmt es doch mit einer Selbstverständlichkeit und einer Angewohnenheit, Eigenschaften, die — in so trauriger Gemeinschaft konzentriert — immerhin selten sind.

Wir gehören gewiß nicht zu denen, die den Wert akademischer Prüfungen überschätzen, wirklich und fürwahr nicht. Wertet man aber dem Text des Stellungsgebetes nicht vielmehr an, daß hier nicht die Mindermeinung eines solchen Examinens vorliegt, sondern in Wirklichkeit eine große Portion von Annahme und Arrang eines jungen Menschen, der

- a) „klar und gleichmäßig denkend“
b) von „realer Lebenseinstellung“ ist.
c) „gesellschaftlich auf der Höhe“ (Beweis ein Führerschein) ist und
d) zu dem „soliden Unternehmertum“ gehört.

It man aber, Leser, Leser, bei Punkt d angelangt — dann weiß man Bescheid! Dann versteht man den munteren Ton der Inseratüberschrift! Dann liest man die Formulierungen! Dann weiß man, daß dieses ein Stellungsgebot nicht so zu verstehen ist wie die vielen anderen Stellungsgebeten, aus denen ganze Not und halbe Hoffnungslosigkeit spricht! Dann weiß man einfach und nüchtern: „solides Unternehmertum“. Die einen versuchen, sich ihren Erfolg zu rühmen, um Arbeit zu finden; der eine einzige preis-sein Versagen an. Dem ihm kommt es ja nur auf das „einarbeiten“ an. Das ist der Unterschied, der ganze Unterschied, zwischen dem gewöhnlichen Sterblichen, die Stellung suchen, und Herrn L. 357 in Leipzig, von dem wir nicht ganz wissen, ob wir ihn beneiden oder bemitleiden sollen. Petz.

Rücktritt des Genossen Beyer

Genosse Walter Beyer hat sein Stadtverordnetenmandat wegen Erschütterung seiner Gesundheit niedergelegt.

Mit dem Genossen Beyer verliert das Stadtverordnetenkollegium eins seiner ältesten Mitglieder und die sozialdemokratische Fraktion einen besonders auf dem Gebiet des Siedlungs- und Bauwesens sachverständigen, unermüdbaren und erfolgreichen Mitarbeiter. Er gehörte dem Kollegium ununterbrochen seit Anfang 1919 an. Mit aller Energie hat er sich für den gemeinnütigen und genossenschaftlichen Wohnungs- und Siedlungsbau eingesetzt und ihn gefördert, wo es nur ging. Frühzeitig hatte er erkannt, daß nach dem katastrophalen Zusammenbruch des gesamten Bauwesens in der Kriegszeit und der Einengung des privaten Kapitalmarktes nur ein Wohnungsbau auf gemeinnütziger Grundlage möglich sei und daß Träger desselben in erster Linie die Gemeinde und die gemeinnütigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften sein müssen. Unermüdblich hat er daran gearbeitet, dieser Erkenntnis zur Anerkennung zu verhelfen. Dies ist ihm auch allen Widerständen zum Trotz gelungen. Wenn heute die Stadt Leipzig einen ganz beachtlichen Bestand von hygienisch einwandfreien, modernen Wohnungen aufzuweisen hat, so verdankt sie dies nicht in letzter Linie dem Wirken des Genossen Beyer. Darüber hinaus hat er sich besonders für die Errichtung und den Ausbau der städtischen Baugesellschaft eingesetzt und der Rettung dieses, von den Gegnern der Regiebetriebe auf das heftigste bekämpften vorbildlichen Betriebes stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Ferner war Genosse Beyer — um nur das Wichtigste zu nennen — vom Stadtverordnetenkollegium in den Aufsichtsrat der Messe- und Ausstellungsgesellschaft und der Leipziger Baumesse GmbH entsandt worden und hat auch dort die Interessen der Gesamtheit und insbesondere auch der wertvollen Bevölkerung tatkräftig vertreten.

Dreizehn Jahre aufreibender ehrenamtlicher Tätigkeit haben diesen nimmer rastenden Menschen ermüdet und an der Gesundheit schwer geschädigt. Wenn er jetzt einmal von der vordersten Linie zurücktritt, so geschieht dies nur, um seine Gesundheit wiederherzustellen und neue Kräfte zu weiterem Wirken zu sammeln. Wir verbinden den Dank für das Wirken des Genossen Beyer mit den besten Wünschen für seine baldige Wiedergenesung und mit der Hoffnung, daß er in absehbarer Zeit wieder zum Wohl der Allgemeinheit mitwirken kann.

Identifiziert. Die Person des in der Nacht zum Dienstag auf dem Lindenauer Markt von einem Motorwagen der Straßenbahn angefahrenen wurde in dem 67 Jahre alten Produktenhändler Friedrich Berger aus Leipzig-Lindenau festgestellt.

Handsiedlung beschlossen

Mit einer „Entscheidung“ der RPD gegen die SPD begann die Sitzung. Die Kommunisten hatten eine Eingabe fabriziert und an das Stadtverordnetenkollegium lanciert, die eine lange Reihe von fälschlich berechtigten aber bei der gegenwärtigen Finanznot der Stadt absolut unausführbaren Forderungen enthielt. Wie immer, nicht zu dem Zweck, den Ratseibenden zu helfen, sondern um nach selbstverständlicher Ablehnung dieses Betrugs zu behaupten, die SPD wolle wohl begründete Rechte und Ansprüche der Hilfsbedürftigen aus kapitalistischer Liebedienerei hinterziehen. Das gab Daseid in einem unbedachten Augenblicke auch rundweg zu, als er auf einen Zwischenruf eines Nationalsozialisten deutlich zu erkennen gab, daß es der RPD nur auf Diffamierung der SPD ankomme. Über diesen Teil der Stadtverordnetenverhandlungen berichten wir an anderer Stelle.

Sehr eingehend wurde auch noch einmal die Frage der Handsiedlungen behandelt. Der Rat hatte die von der Bürgerfraktion in voriger Sitzung unverständlich abgelehnten Maßnahmen der SPD in einer neuen Vorlage mit verarbeitet, so daß die von der SPD gehegten Bedenken nunmehr wenigstens zu einem großen Teile hinfällig geworden waren. Damit war die Annahme der Vorlage gesichert. Was die Bürgerfraktion in der vorigen Sitzung der SPD verweigerte, das gab sie jetzt offenbar freudigen Herzens dem Räte. Die Ausführung des Siedlungsprojektes wird sicherlich

Die zuständigen Ausschüsse beantragen, der Vorlage mit folgenden Maßnahmen zuzustimmen:

- 1. Doppelgebäude der Siedlungen sind gleichzeitig und nach einem einheitlichen Plan auszuführen.
2. Die einzelnen Gruppen der Siedlungen haben in ihrer Gesamtwirkung den Charakter der Einheitlichkeit zu wahren.
3. Soweit die Vergebung von städtischem Land an einzelne Siedlungslustige in Betracht kommt, hat sie durch einen gemischten Ausschuss zu erfolgen.
4. Für die Herstellung der Siedlungsbauten ist nach Möglichkeit das Bauhandwerk heranzuziehen.

Genosse Fleißner: Wir freuen uns, daß der Rat einem Teil unserer Bedenken Rechnung getragen hat. Zu dem Preisaus-schreiben ist zu sagen, daß wir bedauern, daß nur Flachbauten prämiert wurden. Das ist besonders verwunderlich, wenn man hört, daß sich der technische Berater des Reichskommissars gegen den Flachbau ausgesprochen hat. Ebenso ist uns aufgefallen, daß sich der Rat nicht darum bemüht hat, die Erfahrungen des „Sächsischen Helms“ zunutze zu machen. Insbesondere sind seine Erfahrungen und die des Sächsischen Siedlerverbandes bezüglich der Aufteilung des Geländes so wertvoll, daß an ihnen nicht vorbeigegangen werden darf.

Trotz vieler Bedenken werden wir der Ratsvorlage zustimmen, warnen aber die Siedler vor übertriebenen Hoffnungen! Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, den Rat zu ersuchen, wenn möglich, in den Siedlungen Kanalisierung einzuführen.

In der Abstimmung werden die Vorlage, die Maßnahmen der Ausschüsse und der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Die Not der Siedler

Wir haben die Not der Leipziger Siedler mehrmals gekennzeichnet. Jetzt liegen zwei Eingaben der Siedler vor.

Die zuständigen Ausschüsse beantragen, den Rat zu ersuchen,

- a) Erwerbslosen, die mindestens seit einem Vierteljahr vor Quartalschluss arbeitslos sind, auf Antrag den Erbbauzins für das laufende Quartal voll zu erlassen,
b) Erwerbslosen und Kurzarbeitern, die mindestens seit einem Monat arbeitslos sind oder seit zwei Monaten kurz arbeiten, auf Antrag den Erbbauzins für das laufende Quartal zur Hälfte zu erlassen,
c) allen sonstigen Erwerbslosen und Kurzarbeitern auf Antrag den Erbbauzins zu gestunden,
d) für nichtbezahlten Erbbauzins Sicherungshypotheken auf Einfamilienhäuser von Erwerbslosen und Kurzarbeitern erst dann eintragen zu lassen, wenn mindestens für vier Quartale der Erbbauzins erlassen worden ist,
e) auf den Leipziger Hypothekensverein einzuwirken, daß die Zinszahlungen und die Amortisation der zweiten Hypotheken auf Antrag der Erwerbslosen gestundet werden,
f) auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Abgaben für Kleinsiedlungen durch Steuerbefreiung, Aussetzen der Tilgung und Verzinsung der Hauszinssteuerhypotheken und durch Zinszuschüsse aus den Rückflüssen der Hauszinssteuer zu senken sind.

Wallner (Aufw.) bemüht sich wieder einmal, in wenig geschmackvoller Weise die Siedlernot für seine Parteiinteressen auszubuten.

Genossin Hammer: Die allgemeine Notlage hat dazu geführt, daß die Siedler — trotz redlichen Bemühens — nicht mehr in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir dürfen mit Genugtuung darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratische Partei an allen zuständigen Stellen für die Siedler eingetreten ist. Die Sozialdemokratie hat noch im Oktober im Reichstag diesbezügliche Anträge eingebracht. Sie hat auch im Landtag dementsprechende Arbeit geleistet. Vor allem kämpft sie seit Jahren unermüdet im Stadtverordnetenkollegium für die Siedler. In der letzten Zeit haben aber auf einmal zwei Parteien ihr Herz für die Siedler entdeckt. Die eine ist die Partei der Herrn Wallner, die reine Parteidemagogie betreibt, die andere ist die RPD, die bis vor kurzem noch hier im Kollegium jede Arbeit für die Siedler labortiert hat.

Die Ansuchen, von deren Annahme wir bitten, stammen von der SPD. Ferner beantragt die sozialdemokratische Fraktion,

den Rat zu ersuchen, bei der sächsischen Regierung vorzulegen zu werden, daß für nach dem Kriege errichtete Wohnungsbauten mit Wohnungen bis 150 Quadratmeter Wohnfläche die Besteuerung von der Grundsteuer auf länger als 5 Jahre ausgebeht wird.

Schmidt III (RPD) stellt eine Reihe blödsinniger Anträge. Stadtrat Genosse Freitag: Herr Schmidt hat jetzt einen Antrag eingebracht, dessen Ergebnis wäre, daß der Erbbauzins für die Siedler verdoppelt werden müßte. Ferner hat er vor einiger Zeit die Behauptung weitergegeben, ich wolle elftausend Mieter ermitteln. Es handelt sich hierbei um nichts anderes als eine glatte Verleumdung!

In der Abstimmung werden sämtliche Anträge, mit Ausnahme der kommunistischen, angenommen.

Wieder die Baugesellschaft!

Es liegt eine Rückäußerung des Rates vor, wonach er nunmehr Maschinen, Geräte usw. der hiesigen Betriebe der städtischen Baugesellschaft bestmöglich verwerten will.

Die zuständigen Ausschüsse beantragen, von der Rückäußerung Kenntnis zu nehmen.

Genosse Seppand: Die Ratsvorlage, die in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, ist nicht wieder eingebracht worden. Wir werden darum dagegen stimmen, die Rückäußerung zur Kenntnis zu nehmen. Der Rat muß sich mit dem ablehnenden Bescheid zufrieden geben und von einer Verwertung der Betriebsanlagen absehen. Im übrigen möchten wir noch folgendes feststellen: Herr Dr. Goerdeler ist jetzt Preislenkungskommissar, hat also die Aufgabe, die Konjunktur anzukurbeln. Glaubt Herr Dr. Goerdeler, daß durch die Stilllegung der Baugesellschaft diese Absichten gefördert werden? Wir sind jedenfalls nicht der Meinung und werden darum gegen den Ansuchenstimmten.

Dr. Schnauß (Nazi) polemisiert gegen die Bürgerfraktion. Dr. Hilpert (L. S.) erklärt mit einigermaßen erfreulicher Deutlichkeit, daß Herr Schnauß offenbar nicht ganz verstehen könne,

An Stelle der öffentlichen Versammlung am Freitag, dem 11. Dezember, 20 Uhr, im Reifenteller, findet eine Mitteilungsverammlung dort mit dem gleichen Thema und dem gleichen Referenten statt. Gäste können eingeführt werden. SPD Groß-Leipzig

denen, die darauf in ihrer Wirtschafts- und Wohnungsnot so große Erwartungen stellen, mancherlei Enttäuschung bringen. Dennoch kann, nachdem einige der bedeutendsten Mängel aus dem ursprünglichen Ausführungsplan beseitigt worden sind, der Versuch verantwortet werden. Im Anschluß an diese Vorlage wurden zwei Eingaben, die Ersicherungen für Siedler verlangten, mit einer Reihe von weitergehenden Maßnahmen für Erwerbslose dem Räte zur Berücksichtigung und Rückäußerung überwiesen.

Größeren Zeitraum nahm auch die nochmalige Verhandlung über die Ausschließung der städtischen Baugesellschaft ein. Der Rat will trotz der Ablehnung seiner Vorlage und trotz nachträglicher Zurückziehung des von den inwohnungsministerlichen Regiebetrieben feinerzeit gemachten Kaufangebots die Beibehaltung des Inventars durchzuführen. Die Verwertung dazu suchte er in einer neuen Vorlage aus den sich widersprechenden mit wechselnden Mehrheiten beschlossenen Maßnahmen herzuweisen. Genosse Seppand begründete erneut den ablehnenden Standpunkt der SPD und wies darauf hin, daß die Maßnahmen des Preislenkungskommissars Dr. Goerdeler doch auch zum Ziele haben sollen, die Wirtschaft im allgemeinen und die Bauwirtschaft in besonderer anzukurbeln. Um so mehr sei es Pflicht, die Baugesellschaft durchzuführen. Sehr entschieden wies Genosse Seppand die in voriger Sitzung vom Vorsitzenden Ernte aufgestellte Behauptung zurück, durch die Annahme der Maßnahmen habe der Rat freie Hand.

Gegen den Schluß der Sitzung gab es einen Keinen, von dem Nazis und Melzer hervorgerufenen Skandal. Der Demokrat Professor Herz hatte sich vor einiger Zeit einer Eingabe angenommen, die die Schaffung einer Anlage für Freizeitsportkultur forderte. Damit hatte Herz weiter nichts getan, als was bei fast jeder Eingabe geschieht, nämlich ihr die Möglichkeit der Behandlung im Stadtverordnetenkollegium verweigert. Die Eingabe selbst wurde von den Ausschüssen auf Antrag Herz unberücksichtigt gelassen. Nicht aus Gründen einer generellen Ablehnung der Freizeitsportkultur, sondern weil die Eingabe von einem einzelnen, statt von einer Körperschaftsgegenstandigen Organisation ausging. Die Nazis flüchteten sich verächtlich, Professor Herz als moralisch defekten Menschen und die Freizeitsportkulturbewegung als eine auf geschlechtliche Organe abzielende Schweinerei hinzustellen. Besondere Affekt fand sie bei Melzer, dessen Ausführungen den Geist einer zeitlichen Verlassen gebliebenen sogenannten alten Jungfer atmeten. Aber Professor Herz verstand es, die unfaulbaren Worte der Herren Haake und Melzer gebührend zu lezieren. Seine mit höchster Eleganz geführte Klinge ließ von den sich ungewollt selbst röntgenenden moralischen Raktänzern Haake und Melzer nichts übrig, als einen jämmerlichen Haufen über duftendes Gebärm.

Der Verhandlungsbericht Die Erwerbslosen-Kleinsiedlung

Gegen den ablehnenden Beschluß der Stadtverordneten vom 28. November hat der Rat Einspruch erhoben und erneut ersucht, 1. ihn zum Abschluß von Darlehensverträgen mit der Bau- und Bodenbank und mit Siedlungslustigen sowie mit Organisationen und Siedlungslustigen sowie mit Organisationen und Siedlungslustigen gemäß dem vom Reichskommissar entworfenen Muster zu ermächtigen, 2. als Pachtzins und Erbbauzins vom Anfang des ersten Ernte folgenden Kalenderjahres ab 3 Pfennig je Quadratmeter und vom 11. Jahre nach Abschluß des Erbbauvertrags ab 4 Pfennig je Quadratmeter und Jahr zu fordern, 3. den Erbbauvertrag auf 50 Jahre abzuschließen.

Beim Nachfüllen von MAGGI Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

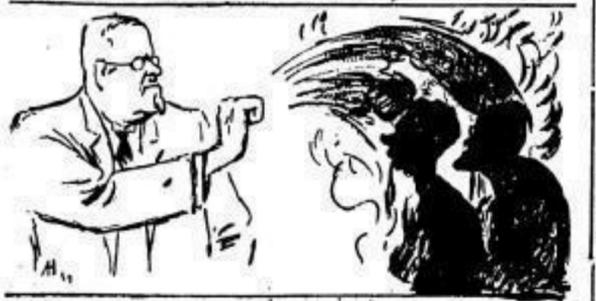
Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutscheine Nr. 1 2x 1/2 Nr. 2 3x 1/2 Nr. 3 6x 1/2



wie in gewissen Situationen anständige Menschen handeln müßten.

Melzer-Haasche Sexualnot

Es liegt eine Eingabe wegen Beschaffung einer Anlage für Freikörperkultur vor. Der Ausschuss beantragt, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.



Genosse Fleischer: Das war eine unglaubliche Schande, daß solche Ausdrücke und Worte, wie die von Melzer und Haase vor Frauen und in aller Öffentlichkeit gemacht wurden.

Bürgersteuer 1931

Für das Rechnungsjahr 1931 (April 1931 bis März 1932) wird in Leipzig — so schreibt der Rat — eine Bürgersteuer in Höhe von 400 Prozent der Landesätze erhoben.

Roman von Justus Ehrhardt Straßen ohne Ende

„Ach so“, sagte das nette Fräulein, „Herr Schickler, hier ist schon ein junger Mann.“ „Na, dann kommen Sie mal her. Radfahren können Sie?“

dieses Satzes, also 18 Mark zu zahlen. Von dem zu zahlenden Betrag ist je 1/2 am 10. Januar 1932, 10. Februar 1932 und 10. März 1932 zu entrichten.

Wie versende ich Weihnachtspäckchen?

Durch die Einführung der Päckchen hat die Post eine Gelegenheit geschaffen, leichtere Gegenstände und kleine Warenmengen einfach und billig zu versenden.

Versendungsbedingungen für „Briospäckchen“: Gebühr 60 Pfg. auf alle Entfernungen. Freimachungszwang. Abmessungen: 25x15x10 oder 30x20x5 Zentimeter.

Versendungsbedingungen für „sonstige Päckchen“: Gebühr 40 Pfg. auf alle Entfernungen. Freimachungszwang. Abmessungen: 40x25x10 oder 50x20x10 oder 40x30x5 Zentimeter.

Postdienst an den nächsten Sonntagen

Am 3. Adventsonntag (13. Dezember) können bei den Postanstalten in Leipzig von 8 bis 9.30 und 15 bis 18 Uhr, am 4. Adventsonntag (20. Dezember) von 8 bis 9.30 und 12.30 bis 18 Uhr Pakete jeder Art ohne Erhebung der besonderen Einlieferungsgebühr sowie Päckchen aufgegeben werden.

Nicht Betanien, sondern Heilandstraße

In der Leipziger Volkszeitung vom 26. November wurde ein Artikel veröffentlicht, der die Ueberschrift trug: „Mit Palmenkruz und Christuskreuz.“

Im Monistenbunde wird am 12. Dezember, 20 Uhr, Johannis-gasse 4, Dr. Henrich Beder über „Spracheuropäer“ sprechen.

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit. Kommunalpolitische Vortragsreihe. Freitag, den 11. Dezember, 20 Uhr, im Feldschloßchen zu Großstädteln.

Abendkursus: Grundbegriffe der Wirtschaft, Lehrer Genosse Engelbert Graf, wird am kommenden Freitag im Zimmer 9 des Volkshauses fortgesetzt.

Veilke Gesamtprobe zur Morgenfeier. Die letzte Gesamtprobe zu „Signal in der Frühe“ findet heute, 19.30 Uhr, im Lössenpark (kleiner Saal), Leipzig-Stötteritz, statt.

Groß-Leipzig. Die Gruppe Wahren veranstaltet am Sonntag, dem 13. Oktober, von 10 bis 18 Uhr im Jugendheim (Fuchs-Rod-Post-Strasse) eine Ausstellung eigener Arbeiten.

Bezirkt Osten II. Morgen Freitag, 16 und 20 Uhr, große Filmveranstaltungen in den Reichshallen. Eintritt für Kinder, Erwerbslose und Jugendliche 20 Pfennig.

Genossenschaft. Filmabend für die 98. Verteilungsstelle. Sonnabend, 12. Dezember, 20 Uhr, im Gasthof Probstheda.

Mitgliederveranstaltungen. Bühnen. Sonnabend, den 12. Dezember, 20 Uhr, im Arbeiterturnerheim Mitgliederversammlung.

Muß die Wahl eine Qual sein?

Nein — wenn es sich darum dreht, für den Zigarrenraucher ein Geschenk auszuwählen, dann bestimmt nicht. Nur umflüchtig sein, und keine Einkäufe mit Bedacht tätigen.

Hans massiert, aber er ist abends auch so und so todmüde. Er legt sich flüchtig in die Kutsche. Sagt nichts mehr und will nichts mehr.

Man soll massieren nach Sport und körperlicher Anstrengung.

(Fortsetzung folgt.)

Auf Männerfang / Humoreske von Ludwig Lys

Mister Abalon Corner aus Chicago war nach Europa gegangen, weil es ihm in Amerika zu trocken geworden war. Mij Mabel, seine Tochter, hatte ihn begleitet, weil sie unter allen Umständen einen Mann haben wollte. Und Mister White, den berühmten Chicagoer Detektiv, hatten die beiden mitgenommen, weil sie der Meinung waren, ihn in Europa gut gebrauchen zu können.

Die drei befanden sich also seit einigen Wochen in einem berühmten Südschweizer Badeort. Mister Abalon Corner trank, Mij Mabel sah nach einem Mann aus. Und Mister White beobachtete. Am meisten Erfolg hatte Mister Corner. Seine Tochter hatte es noch zu keinem richtigen Flirt gebracht, wenigstens zu keinem ausschweifenden. Das kam vielleicht daher, daß Mij Mabel nicht gerade eine Schönheit war; jedenfalls nicht das, was wir unter einem American-Girl verstehen. Und weil man außerdem nicht wußte, wie groß ihres Vaters Scheckbuch war. Allerdings: in den letzten Tagen hatte sich ein ganz respektable junger Mann einmischen um Mij Mabel bemüht, und sogar wiederholt mit ihr getanzt. Aber dieser junge Mann war als ein ganz gewöhnlicher Dr. Ludwig Fuhrländer aus Berlin im Fremdenbuch eingetragen, und das ließ die innigeren Gefühle Mij Mabels längere Zeit nicht zur Wille gelangen. Es kam jedoch kein anderer, der sich lebhafter um Mij Mabel bemüht hätte, und eines Tages war sie so weit, daß sie zu ihrem Vater Abalon sagte: „Dieser Dr. Fuhrländer oder keiner!“

Mister Abalon erschrak, denn er kannte seine Tochter. Er ging zu Mister White, der eben im Hotelpark spazieren ging und die Fußspuren auf dem Kiesweg beobachtete. „Denk dir, Bill“, sagte er, „Mabel will den Berliner heiraten, diesen Privatgelehrten. Ich bin außer mir!“ — „Unmöglich“, sagte Mister White, und spudete energisch aus. „Mann ist kein Berliner. Kein Privatgelehrter. Mann ist internationaler Hotelier. Heißt auch nicht Fuhrländer, heißt Theophile Dubois. Markiert hier nur den Bescheidenen, um unerkannt zu bleiben.“

Mister Abalon sagte das seiner Tochter. „Du kannst ihn nicht heiraten, Mabel. Bedenke: ein Hotelier!“ — „Warum nicht, Abby? Ich finde gerade!“ — Er wußte sich unter deinen Geschäftsfreunden in Chicago durchaus zu Hause fühlen!“ — „Aber bedenke doch, Mabel, ein Mann, der stiehlt!“ — „Lieber Papp: er wird in deinen Konzern eintreten, und da wird das gar nicht auffallen!“ Wenn Mij Mabel „lieber Papp“ sagte, dann wußte Mister Abalon Corner, daß nichts zu machen war. Er ging also wieder zu Mister White und beratungsfähig mit ihm, auf welche Weise dieser angelegliche Dr. Fuhrländer aus Berlin dazu zu bringen wäre, Mij Mabel Corner aus Chicago zu heiraten.

„Auf dem gewöhnlichen Wege nie!“ erklärte Mister White. „Ein Theophile Dubois verheiratet sich nicht, auch nicht um Millionen. Man muß ihn zwingen. Aber ich mach' dich darauf aufmerksam, Abby, er wird ein unangenehmer Schwiegersohn sein.“ Mister Corner seufzte, aber das nützte nichts. Auch der Alkohol wirkte nicht nützlich, wenigstens nicht bei Mister Corner. Mister White dagegen regte er an, und bei der fünften Flasche Whisky ohne Soda entwarf der berühmte Detektiv einen grandiosen Plan. „Er wird dir ein unangenehmer Schwiegersohn werden, Abby, denn er versteht das Geschäft noch besser als du. Aber wenn du schon willst — —! Kaubtiere sängt man in Pfaffen, wie du weißt. Dieser Mann ist ein Raubtier. Die Falle ist das Zimmer deiner Tochter. Nur — nimm es mir nicht übel, Abby! — als Köder ist Mij Mabel nicht zu gebrauchen. Darauf bester er nicht an. Aber deine Tochter hat für eine Million Dollar Diamanten bei sich. Die muß man ihm zeigen. Und wenn er dabei ist, sie zu stehlen, wird er geschnappt. Und zwar von Mij Mabel — die wird fertig mit ihm. Dann muß er sie heiraten.“

Am andern Abend ereignete sich folgendes: Mij Mabel hatte ihren ganzen Kriesschmuck angelegt. Im Wert von einer Million Dollar. Sie tanzte ausschließlich mit dem Privatgelehrten Dr. Fuhrländer aus Berlin und verfehlte nicht, ihn auf die Echtheit ihres Schmuckes ganz besonders aufmerksam zu machen. Dr. Fuhrländer schien begeistert. Als es auf Mitternacht ging, küßte Mabel ihrem Vater gegenüber — so, daß Dr. Fuhrländer es deutlich genug hören mußte — den Wunsch, noch ein wenig spazieren zu fahren. Der Vater war gern einverstanden, Mij Mabel sollte nur ihren Schmuck erst ablegen. Auch das mußte Dr. Fuhrländer hören. Mij Mabel entfernte sich also auf ein paar Minuten, kam ohne Diamanten

zurück und ging mit ihrem Vater und Mister White weg. Gleich darauf hörte Dr. Fuhrländer den schweren Wagen Mister Corners abfahren.

Und nun vollzog sich alles planmäßig. Mij Mabel war durch eine Hintertür in ihre Appartements zurückgekehrt und wartete im Badezimmer. Mister Corner und Mister White standen im Garten und beobachteten eifrig den Balkon im ersten Stock und die offenstehenden Fenster des Schlafzimmers von Mij Mabel. Wichtig: nach einer Viertelstunde ungefähr bewegte sich auf dem Balkon ein Schatten: er kam von dem Zimmer Dr. Fuhrländers und bewegte sich langsam in der Richtung des Zimmers von Mij Mabel. Und verstand im Fenster. Mister White wartete noch ein paar Sekunden, bis das Licht in dem Schlafzimmer aufleuchtete, dann sagte er zu Mister Corner: „Jetzt ist Mij Mabel bereits in Aktion. Geh segnen, Abby!“

Dr. Fuhrländer war kaum in das offene Fenster eingestiegen, als sich die Badezimmertür öffnete und Mij Mabel heraustrat. Sie knipste das Licht ein, sah den Eindringling stehen und stieß einen wohl vorbereiteten kurzen Schrei aus. Auf dem Bett lag der ganze Diamantenschmuck. Dr. Fuhrländer stand, ohne sich zu rühren; er war totschlag gemorden. „Was tun Sie hier? Wie konnten Sie...?“ — „Mij Mabel — ich bitte tausendmal um Ver-

gebung... ich... ich...“ — „Mein Herr, Ihre Anwesenheit kompromittiert mich aufs äußerste...!“ Dr. Fuhrländer wich bis ans Fenster zurück — im Garten sah er, in vollem Mondlicht, Mister White stehen. Wöglich ging die Vorzimmertür auf, und Mister Abalon Corner trat herein. Er erstarrte zu Stein, als er Dr. Fuhrländer im Zimmer stehen sah. Mij Mabel fiel in Ohnmacht. „Wollen Sie mir sagen, was das bedeutet?“ rief Mister Corner drohend. „Mein Ruf ist vernichtet,“ ächzte Mij Mabel aus ihrer Ohnmacht heraus. Da trat Dr. Fuhrländer vor den Welzenmann aus Chicago und sagte mit gebrochener Stimme: „Mister Corner, ich bitte Sie um die Hand Ihrer Tochter!“

In allerzürgerster Frist wurde Dr. Fuhrländer mit Mij Mabel verheiratet. Ein glückliches Brautpaar. Als sie zum erstenmal allein waren, sagte die neugebackene Mrs. Fuhrländer mit holdstem Lächeln: Geliebter — ich weiß alles! Ich weiß, daß du nicht Fuhrländer heißt, sondern Theophile Dubois. Ich weiß, daß du ein berühmter internationaler Hotelier bist. Ich weiß, daß du es in meinem Schlafzimmer auf die Diamanten abgesehen hattest. Aber ich liebe dich!“ Dr. Fuhrländer machte ein unbeschreibliches Schafsgesicht. Mit Hilfe dieses Schafsgesichtes gelang es ihm, Mrs. Fuhrländer davon zu überzeugen, daß sie den Namen Fuhrländer zu Recht führte. Ferner, daß ihr Mann wirklich Privatgelehrter war. Und drittens, daß er bei seinem Eindringen in ihr Schlafzimmer die Absicht gehabt hatte, ein tiefempfundenes Gedicht auf ihr Kopfstützen zu legen.

Als Mrs. Fuhrländer dieses Gedicht auch noch gelesen hatte, fiel sie in eine wirkliche Ohnmacht. Und als sie daraus erwachte, leitete sie die Scheidungsfrage ein.

Des Dichters Sprache

Karl Kraus liest Shakespeare

In Wien, in Berlin und in anderen Städten hat der Schriftsteller Karl Kraus schon viele Vorlesungen nicht nur aus eigenen Schriften, sondern aus Shakespeares und Offenbachs, aus Keitron und Gerhart Hauptmann veranstaltet. In Leipzig las er am Dienstag zum ersten Male, im Komödienhaus, leider vor einem viel zu kleinen Zuhörerkreis. Shakespeares „Timon von Athen“, den Karl Kraus selbst nach Dorothea Tiedes Uebersetzung neu bearbeitet hat, ist die Tragödie der Maßlosigkeit nach beiden Richtungen, einer Maßlosigkeit im Lieben und im Hassen. Timon, dessen ausschweifende Freigebigkeit von der großen Schar seiner Freunde und Schmeichler ausgenutzt wird, schenkt sich aus und schenkt sich arm, um nun zu erfahren, daß alle seine Freunde bloß Maulfreunde, daß seine Verehrer nur seine Kugelhüter waren, und daß ihm, der Millionen verschwendet hat, niemand mehr einen roten Heller leihen will. Da läßt er die verlassenen Freunde noch einmal in sein Haus und setzt ihnen Schüsseln mit warmem Spülwasser vor, dann jagt er sie alle hinaus und verflucht sie, er verflucht die ganze undankbare Stadt Athen und geht in die Städte, um dort die Menschen zu hassen und sich selbst, bis das er stirbt. Ich kann nicht finden, daß die schenkende Tugend des Timon eine Tugend war, und noch weniger halte ich seinen Menschenhaß dafür. Wer durch sinnlose Verschwendung lauter feile und gelbe Burschen an sich zieht, der darf nicht die Menschheit verfluchen; nachdem er sie selbst bisher an ihrer schlechtesten Seite gepakt hatte. Solche berechtigten Erwägungen ändern natürlich nichts daran, daß die ersten drei Akte bis zum Spülwasser ein großartiges Drama der Verschwendung sind, und daß der vierte, und fünfte Akt von einer grandiosen Heftigkeit der Menschheitsfeindschaft überdies.

Den Dichter Karl Kraus als Shakespeare-Sprecher zu erleben ist ein großer Genuß und ein Vorbild, das sich kein Schauspieler

entgehen lassen sollte, der seinen Beruf noch ernst nimmt. Wahrscheinlich gibt es keinen Regisseur in Deutschland, von dem man so viel lernen könnte wie von Karl Kraus am Vortragstisch. Lernen weniger im Sinne des Handwerks, als der Idee, Lernen, die glückliche Hingabe an das Wort, das fröhliche Aufgehen im Wort und eine Freude an dem schönen Klang der Sprache, zu der es den meisten, die durch die Schule des Naturalismus gegangen sind, heute an Mut fehlt, und zu der es der Mittelmäßigkeit freilich auch immer an Mut fehlen muß, weil sie dabei allzu leicht in leere Deklamation geraten würde.

Der Vorleser Karl Kraus ist ein Augen- und Ohrenerebnis. Wenn er überhängend von rechts und von links her über seinen Lesetisch kriecht, um zwei Sprecher gegeneinander abzuheben. Wenn seine lange Hand mit spitzem Finger wessend in die Luft ragt, oder wenn er sie wie eine krumme Glode hoch erhoben schüttelt. Er trennt die Figuren im Stimmton und in der Gebärde voneinander, aber er macht sie nicht nach. Jedenfalls nicht als naturalistische Privatcharaktere, sondern nur ihrer feilschen Grundhaltung nach. Die überquellende Herzlichkeit des ahnungslosen Timon, die ängstliche Her seiner Schmeichler, die ärgerliche Hast der Gläubiger, und die hämische Vertinnheit derer, die dem Verarmten nichts borgen wollen. In Alcibiades stellt er den Helden dar, in den Betären die nackte Goldgier, oder baut als ein Standbild wehmütiger Treue den hilflosen Hausverwalter des Timon auf.

In der Luft zwischen uns und dem Vortragstisch scheint sich des Dichters Wort zu einem schmerzhaften Spiel zu sammeln, markiert von der des Vorlesers gestalteter Sprache, der sein ganzer Körper, der seine Augen nicht mitspiegt, aber mitempfindend zu Hilfe kommen. Mein härtester Eindruck bleibt, daß Kraus hier gar nicht sich selber, sondern ganz die Dichtung gibt, mit einer bewundernswürdigen Kraft, so ganz nach innen, so ganz nur auf Wort und Sinn bezogen, daß wir eigentlich dabei nicht empfinden: hier wird uns etwas vorgetragen; sondern: hier ist einer, der laut für sich selber eines Dichters Sprache liest. lgr.

Arbeiterschaft und Musikkultur

Ueber die Pflege zeitgenössischer Musik im Arbeiterchor

Die musikalischen Ansprüche an die Arbeiterschöre sind im allgemeinen höher als in gleich großen bürgerlichen Chören. Nur wenige bürgerliche Männerchöre, unter ihnen die Lehrergesangsvereine, egerführen so ernsthafte Programme wie die Arbeiter. Mit den Auführungen großer Chorwerke mit Orchester durch Arbeiter können nur ausgeproben Konzertschöre der Großstädte, wie in Leipzig der Liederverein, in Berlin der Philharmonische Chor, die Rittelschen Chöre und die Singakademie, konkurrieren, Chöre, bei denen kaum noch der gesellige Vereinscharakter zu spüren ist. Das Kulturprogramm einer Arbeiterschaft, die nicht anarchische Zerfahrenheit, sondern geordnete Erziehung erstrebt, verpflichtet zu einer ethisch-kritischen Haltung, die das Billige und den Klatsch ausschließt, die falsche Volkstümlichkeit und die reißerischen Waghäsen. Ein Arbeiterchor wird nicht die verbliebenen Chorwerke epigonaler Nachromantiker, die hohlen, illustrierenden Deklamationen der Hegarromanfolge, die schmelzenden Sentimentalitäten in der Art des „Wie's daheim war“ singen. Was auch immer aufgeführt wird, muß mit lebendigen musikalischen Kräften die historische Ferne überspannen. Singt man weisse Musik aus Pöhlgen oder Gemütlichkeit, so schädigt man damit nicht nur die Lebenden, sondern auch die Zukunft der Musik, im besonderen der sozialistischen Musikpflege.

Wie die Arbeiterlänger von den Werken der Vergangenheit nur auf die unergänglichen Genießpöhlgen — deren Musik zum inneren Besitz manchem einen technisch-musikalischen, geistig und seelisch unschätzbaren Gewinn bedeutet und unerlässliche Vorbedingung zur menschlich-musikalischen Ausbildung ist — so sind leistungsfähige Arbeiterschöre auch in der modernen Musik zum Dienst an den wertvollsten und künftigen Dingen angewiesen.

Der Widerstand, den exponierte problematische Musik bei vielen Chören findet, kommt zunächst von der Kompliziertheit des Technischen, der mäßigsten Einübung her. Da ist nichts mehr von Händels Primitivität und Melodienkraft, von seinen lapidaren Akkordfolgen. Die Intervalle wollen nicht ins Ohr, die Melodie nicht ins Gedächtnis, zu schweigen von der Harmonik. Aber der Fleiß leert viel, obschon die Entfernung vom tonalen Zentrum und seiner Spannung die Reinheit und Orientierungsfähigkeit dem Sänger enorm erschwert. Erleichterung kann nur die Gewöhnung bringen. Wenn ein Chor aller vier oder sechs Jahre Modernes bringt und dazwischen immer nur Händel, Mendelssohn, Beethoven, Haydn, so wird er der Schwierigkeiten nie Herr werden und nie ein lebendiges Verhältnis zur neuen Musik bekommen.

Zum äußerlichen Widerstand gesellt sich ein innerer: die moderne Musik macht vielen Sängern keinen Spaß. Sie verlangen nach Harmonie, Wohlklang, Gefälligkeit. Ja, wo soll in dieser verzweifelten, wandelnden, fallenden, fliegender Zeit ein ehrlicher Komponist Gefälligkeit und Genußfreude hernehmen? Der klassische Heroismus ist so ganz anders als der Strahlen- und Vreßstempel von 1931. In der ganzen alten Musik existiert kaum ein Werk, das die teiglichen Forderungen sozialer Kunsttheoretiker erfüllt. Daraus ergibt sich eine gefeierte Notwendigkeit, ein Korrektiv in der „Neuen Musik“ zu haben. Wir Musiker werden immer die Rechte der großen alten Musik verteidigen müssen — sonst sollen wir Hand, Mund und Ohr von der Kunst lassen — aber wir können nicht nur im Alten leben, wir müssen, gerade weil die alte Musik verführerisch ist durch Reichtum und Schönheit, der Gegenwart ins Auge schauen, der jetzigen Wahrheit, ihrer Kernlichkeit, Häßlichkeit und Bosheit.

Denn nur wenn wir die neuen Erscheinungen gestalten, können wir sie überwinden und zu neuen Formen kommen.

Kascher abzuweisen ist die Klage der Sänger, daß der äußere Erfolg bei moderner Musik ausbleibe. Abgesehen davon, daß das nicht immer zutrifft, daß ich schon manchen Chor moderner Komponisten da capo verlangen hörte, abgesehen auch davon, daß wie die Sänger so auch die Hörer erst an die neuen Klänge und Formen gewöhnt werden müssen: gute Musiker arbeiten nicht um des sofortigen äußeren Erfolges willen, sondern um der Musik willen, ihr Ziel ist nicht ein einmaliges Klatschen und da capo erreicht. Bei wiederholten Auführungen als gut erkannter Werke wird sich mit dem wachsenden Befremden auch ein spürbarer Erfolg einstellen.

Die Widerstände gegen die moderne Musik zeigen schon ein Teil der Gründe, um bereitwillig sie pflegen müssen. Denn nicht nur kann allein die eifrige Auführung den Widerstand bestimmen, sondern es ergeben sich nun daraus die absoluten Vorteile: die bedeutende Verbesserung der Technik, die Erweiterung und Erhöhung der Musikalität, die Ausgleichung des Weltbildes, das Schritthalten mit dem Zeitmaß der Kunst. Genau das nämliche profitiert der Hörer: seine Technik des Hörens wird ausgebildet, an seine Musikalität und sein Urteil werden neue Anforderungen gestellt und ihm alles dargeboten, was die Sänger sich schon erlernt haben, also der Gesichtskreis und Wirkungsbereich der Kunst erweitert.

Wenn die Arbeiterschöre in erhöhtem Maße moderne Musik singen, mehr als die bürgerlichen, hat den ersten und absoluten Vorteil davon die Musik. Denn Musik, die nicht aufgeführt wird, lebt nicht. Komponisten, die nur schreiben und nicht hören können, verfallen thematischer Inzucht, übersteigertem Individualismus, sozialer Empfindungen — kurz der Volkstremtheit. Blüte der Musik kann sich nur einstellen in einer Zeit, in der sie überall gut erklingt. Nicht alles Neue ist revolutionär in unserem Sinne — manches ist intellektuell überkültet und viele Führer haben ihre moderne Musik in alte kirchliche Formen gezwängt. Erkennen aber die bedeutenden Komponisten unserer Zeit, daß sie bei den Arbeiterlängern Ohr, Herz und Tat finden, so wird ihre Produktion damit rechnen, sie werden dem sozialistischen Gedanken nahe treten und aus seiner Sphäre heraus Werke schaffen. Hans Eisler ist zu seiner packenden neuen Primitivität von seiner politischen Ueberzeugung her gekommen; das ist wohl heute noch die Ausnahme. Die anderen brauchen die Werbung der sozialistischen Sänger, um die erschuten und geforderten großen Werke für Arbeiter zu schaffen. Sie können nicht so rasch und in großer Zahl entstehen, wie das Parteien, Politiker und Verlage wünschen. Die letzten zwei Jahrzehnte haben so überwältigende musikalische Blüten und Früchte gebracht, daß die Substanz geschwächt ist. Man muß warten können, mit kleineren Werken vorliebnehmen. Man darf die neue Musik nicht verlassen, nur weil einem dies und jenes daran nicht gefällt und unangenehm ist. Wer nicht will, daß Kunst und Sozialismus getrennte Wege gehen, daß unsere Weltanschauung und Forderung an die Welt künstlerisch, musikalisch verarmt; der muß die neue Musik pflegen. Mit zum Experiment haben, Undankbarkeit nicht scheuen. Nur die willige, geistige und singende Mitarbeit der Arbeiterschaft wird Musik und Sozialismus vereinen, erheben, beglücken und gütlich, wie sie in der Vergangenheit unter anderen Konstellationen hervorgegangen sind. Heinrich Wegand.

Leipziger Musik

Im Konservatorium legte Lothar Scurla mit einem kleinen Lieber- und Arienabend seine Solistenprüfung ab. Er hat sie vortrefflich bestanden, seine Stimme, die von einigen Opernaufführungen des Konservatoriums her in Erinnerung blieb, ist inzwischen noch ausgeglichener geworden und nimmt zumal durch Wohlklang in der Tiefe und Vielfalt in der dynamischen Nuancierung ein. Dem Klugen und musikalischen Vortrag der Lieder würde eine flüssigere Artikulation noch mehr Einbringlichkeit geben.

In der Alberthalle kann Siegrid Dnegin singen. Sie hat das phänomenale Organ dafür, das heute vom Alt bis in die Höhe des Koloraturoprans reicht, wofür sie mit einer Koffmi-Arie Zeugnis ablegt. Das Stimmwunder der Dnegin ist immer wieder schön und groß, obwohl es ohne Gewaltigkeit und Merkwürdigkeiten des Gesanges selten abgeht, und Podiumstotterterre an ihrem Abend reichlich verschönt wird. Die Höhepunkte des Abends waren diesmal unter der Serie der Zugaben: Zwei Stücke aus Verdis „Cady Macbeth“. Hier, im Ueberrauschlichen, innerhalb so grandioser theatralischer Dämonie ist das legitime Bereich der Künstlerin — das füllte auch die Nase des Publikums. Denn wenn schon der Beifall den ganzen Abend übermächtig war, an diesen Zugaben entzündete er sich am hellsten.

Am nächsten Tage wieder Alberthalle. Rekord der Besucherzahl. Kein Platz leer. Wer außerhalb der Pause Rang oder Geleerte verlassen will, braucht polizeiliche Hilfe. Jack Hyllton, den die Grammophonplatte weltberühmt gemacht hat, dirigiert seine 20 Instrumental-Artisten. Die Leute sind gewiß fabelhaft, ihre Tanzmusik hat tollen rhythmischen Glanz — aber zwei Stunden lang Tanzmusik stillstehend anhören, hat doch wenig Sinn, wenn die meisten Stücke über einen Reiten gehören sind. Die wirkungsvollsten Späße, die Jack Hyllton und seine Bogs vorführen, sind außer-musikalisch, gehören in die Abteilung Varieté. Und alle Ergegnung dazu hilft nicht darüber hinweg, daß die Harmonik gewöhnlich ist, die Farbigkeit auf grobe Kontraste beschränkt, die Melodik banal — kurz, das Ganze doch mehr der Amüsierindustrie zuwellen ist als der Kunst. Innerhalb jenes Gebietes kann man sie recht würdigen und bewundern — daß viele Musikkritiker diese Gebiete verwechseln, liegt daran, daß sie zur wirklichen Kunst nur eine angestellte Beziehung haben. Als Kunst betrachtet ist der Systemismus primitiv und schematisch. Vielleicht kam mir das besonders erschreckend zum Bewußtsein, weil ich in der Nacht vorher, um einiges zum Silvesterkonzert des WZ zu schreiben, über der Partitur von Schuberts C-Dur-Sinfonie lag. Über dieser blühenden Fülle, dieser Macht der Visionen, diesen Kostbarkeiten des Gefühls. Daneben bleibt kein Platz für den virtuellen Klamauf. Nun, man wird sehen, ob Leipzig dieses Silvesterkonzert, das nächste Konzert in der Alberthalle, Manifist des Zwilgen, so füllen wird wie die Exekution des Modetaumels. H. W.

## Eine Ehe in unserer Zeit

Das dritte Jahr ist vorüber,  
Das wir verheiratet sind.  
Wir haben noch keine Wohnung,  
Aber wir haben ein Kind.  
Ich lebe bei einer Tante,  
Die mich nicht leiden mag.  
Mein Mann wohnt noch bei den Eltern.  
Das Kind ist bei einer Frau Schlag.  
Wir warten auf bessere Zeiten.  
Mein Mann geht doch stempeln. Ein Jahr!  
Und ich verdiene sehr wenig.  
Dabei ist auch das in Gefahr. —  
Wir treffen uns jede Woche  
Zwei-, dreimal bei unserem Kind —  
Um nicht zu vergessen, daß wir  
Eine Familie sind.

Hanna Süd.

## Das stammelnde Kind

Von Kurt Hennig.

Wir „stammeln“ alle, wenn wir eine Gegend besuchen, in der man unfern Dialekt nicht spricht. Wir merken dann: Es gehört viel Übung und vor allem Dingen viel Hören dazu, um einen Laut „richtig“ auszusprechen, so wie ihn unsere Umgebung wünscht. Kein Wunder, wenn es allen kleinen Kindern unmöglich ist, so zu sprechen, wie Vater und Mutter! Es ist ein weiter Weg vom Lallen des Kindes bis zu den gut artikulierten Lauten, aus denen sich unsere Sprache zusammensetzt. Alle Kinder stammeln mehr oder weniger bis zum 6. Lebensjahre — sie sagen nicht: „Rarl tomml“, sondern: „Tah! tomml“, weil es ihnen noch nicht möglich ist, „r“ und „l“, zwei der schwierigsten Laute unserer Sprache, auszusprechen. Das ist jedoch ganz natürlich, und keine Mutter braucht sich deshalb Sorge zu machen, wenn ihr Kind im frühen Kindesalter irgendeinen Laut nicht aussprechen kann. Anders wird die Sachlage schon, wenn das Kind dieses natürliche Stammeln auch noch im schulpflichtigen Alter beibehält. Auch noch im ersten und zweiten Schuljahre wird man über manche Fehlbildung hinwegsehen, aber darüber hinaus darf der Sprachfehler nicht mehr vernachlässigt werden.

Welches sind nun die am häufigsten auftretenden Sprachfehler? Alle Laute können falsch ausgesprochen oder überhaupt nicht gebildet werden. Das eine Kind kann das „sch“, das andre das „r“ nicht bilden. In der Hauptsache beschäftigen aber den Sprachheimpädagogen zwei Fälle des Stammelns: das Lispeln und das Räseln.

Die Eltern sind entsetzt, wenn sie bemerken, daß ihr Kind etwa lispelt, daß es also beim Bilden des „s“ die Zunge zwischen die Zähne steckt oder sonst irgendwie das „s“ fehlerhaft bildet. Das Kind leidet oft selbst am meisten darunter; seine Spielgefährten lachen über seinen Sprachfehler, ahnen ihn nach. Das kann oft — wie uns die moderne Psychologie gelehrt hat — zu den verhängnisvollsten Folgen führen. Das Gefühl der Organminderwertigkeit, das im Kinde durch den Spott seiner Schulkameraden entsteht, kann das Kind für sein ganzes Leben seelisch schädigen. Die Ungenügsamkeit manches Menschen im Leben ist durch diese Ueberbetonung seines Sprachfehlers durch die Umgebung entstanden.

Oft können wir beim lispelnden Kinde gar keinen Fehler an den Sprachwerkzeugen feststellen. In einzelnen, seltenen Fällen ist die Ursache des Lispelns in einer falschen Stellung der Zähne zu entdecken. Anders ist es schon beim Räseln. Hier liegen wirkliche organische Veränderungen vor. Wer hat nicht schon jene Menschen mit der seltsamen Narbe zwischen Oberlippe und Nase gesehen? Bei ihnen ist eine Operation ausgeführt worden, die einen Riß in der Oberlippe, die sogenannte „Hafenscharte“, beseitigen sollte. In vielen Fällen — nicht in allen — heilt sich dieser Riß auch noch weiter bis zum harten Gaumen fort. Es entsteht eine mehr oder minder große Oeffnung im Gaumen, die Mund und Nase verbindet. Was ist die Folge? Alle Laute gehen nun nicht nur durch den Mund, sondern auch durch die Nase. Die Sprache klingt unheimlich verworren und ist kaum verständlich. Bei andern näselnden Kindern wieder liegt der Fall gerade umgekehrt. Die Laute, die nun wirklich durch die Nase gehen sollen, also das „n“, „m“, können es nicht, denn die Nase ist durch Wucherungen verstopft. Die Sprache dieser Kinder klingt, als ob sie einen ewigen Schnupfen hätten. Damit sind uns die beiden Fälle des offenen und geschlossenen Räselns bekannt geworden.

Man wird nun fragen: Sind das nicht alles Dinge, die den Arzt und den Lehrer und nicht so sehr die Eltern angehen? Gewiß ist eine tiefe Kenntnis dieser Dinge für die Eltern nicht vonnöten, aber sie müssen doch vor allen Dingen sehen lernen, was ihrem Kinde fehlt, und die nötigen Wege einschlagen können, die

zur Hebung des Leidens führen. Sie werden vor allen Dingen eins einsehen lernen:

**Sprachleiden sind Krankheiten und deshalb nicht durch Schimpfen und Spott zu beseitigen, sondern es ist Pflicht der Eltern, sich dem Spracharzt und dem Sprachheillehrer anzuvertrauen.**

## Frauentum in Spanien

Außerhalb der spanischen Grenzen kennt man, abgesehen von Tänzerinnen und Sängertinnen kaum eine Frau, die sich als Politikerin, Künstlerin oder Schriftstellerin auszeichnete. Was verständlich sein dürfte, wenn man weiß, daß die spanische Frau im Gegensatz z. B. zu der deutschen Frau bisher sich in der Öffentlichkeit überhaupt nicht betätigen konnte. Wenn sich in den letzten Jahren auch in dieser Hinsicht manches änderte, so beeinflussten derartige Einzelheiten doch nicht die Lage der breiteren Frauenschichten. Selbstverständlich bedeutet das nun nicht etwa, als hätte es in Spanien niemals begabte, tapfere, opferstrebige Frauen gegeben. Es wäre Versehenheit, eine solche Behauptung zu erheben. Den gewaltigen Anteil des Frauenwirkens an der kulturellen Entwicklung eines Volkes durch viele Jahrhunderte hindurch wird man kaum rechnerisch fixieren können. In Spanien mußten eben die Frauen mehr im Verborgenen schaffen, mußten sie notgedrungen mehr passiv denn aktiv an großen und den unzähligen kleinen Geschäften des Lebens teilnehmen. Bezeichnend ist dafür auch eine offizielle Angabe über die Frauenausbildung in Spanien aus dem Jahre 1910. Damals waren bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 21 Millionen nur eine Million Frauen oder 4,8 Prozent der gesamten Schaffenden tätig. In Deutschland dagegen waren zur ungefähr gleichen Zeit, 1907, rund 9,5 Millionen Frauen oder 30,4 Prozent der gesamten Erwerbstätigen beschäftigt. Und während sich in Deutschland die Frauenarbeit leichter außerordentlich vermehrte, sind in Spanien kaum nennenswerte Veränderungen eingetreten. Dabei muß man bedenken, daß in Spanien keine soziale Schutzmassnahmen bestanden, daß die Frau also rückwärts ausgebaut wurde. Erst neuerdings, seit dem Sturz der Monarchie, versucht Spanien auch in dieser Hinsicht die Angleichung an das übrige Europa zu vollziehen. Freilich türmen sich hier dem Willen der Sozialisten und Linksrepublikaner schwere Hindernisse entgegen. Beispielsweise hat man anlässlich der Wahlen zur spanischen Nationalversammlung im Juni 1931 den Frauen bedingungsweise das Wahlrecht zugesprochen — unter den nahezu 400 Abgeordneten befinden sich aber nur zwei Frauen — jedoch bei den Beratungen des Verfassungsentwurfs kämpften und kämpfen noch immer besonders die liberalen und konservativen Vertreter gegen das Frauenwahlrecht. Da neuerdings auch Spanien einen Rechtskurs feuert, ist es immerhin denkbar, daß man zumindest zeitweise versuchen wird, die Rechtslosigkeit der spanischen Frau aufrechtzuerhalten. Und wie bitter notwendig sind doch gerade hier solche entscheidende Maßnahmen. Die Millionenmassen politisch indifferenter, völlig den Priestern ergebener Frauen bilden ein gewaltiges Reservoir der spanischen Reaktion. Hier heißt es unermüßlich aufklären und schulen. Nur dann, wenn die Frauen gewonnen sind, wenn eine neue Erziehung eine neue Generation heranreifen läßt, nur dann wird es wirklich gelingen, die junge Republik zu festigen und damit auch das kompakteste in die neue Zeit hereinragende Stück Mittelalter endgültig zu beseitigen!

## Zusammenstöße im Sklarek-Prozess

In der Mittwochskung des Berliner Sklarek-Prozesses äußerte sich der frühere Syndikus und jetzige zweite Bürgermeister Lange günstig über die amtliche Tätigkeit des angeklagten früheren Bürgermeisters Schneider; er bezeichnete ihn als einen tüchtigen Beamten. Bei der Vernehmung des früheren Profuristen der Reichsverwertungs-Gesellschaft, Rittenmacher, der hauptsächlich da über befragt wurde, ob die Sklareks durch Uebernahme schlechter Ware geschädigt worden seien, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Oberstaatsanwalt, Freiherrn von Steinäcker. Als der Oberstaatsanwalt den Zeugen ermahnte, „sich nicht irremachen“ zu lassen, wies der Vorsitzende den Vorwurf zurück, daß er sich „eine Pflichtvernachlässigung“ habe zuschulden kommen lassen. Bei dieser Gelegenheit erklärte auch Willi Sklarek: „Jedem, wenn ein Zeuge der Wahrheit entsprechend zu unseren Gunsten auszusagen will, unterbrechen Sie ihn, Herr Oberstaatsanwalt. Das war auch neußisch schon so bei Schünning, der jetzt selber tot ist.“ Die Verteidiger griffen den Oberstaatsanwalt in derselben Richtung an. Im übrigen konnte Rittenmacher zu dem Thema, über das er auszusagen sollte, keine wesentlichen Befundungen machen.

## Seroin zentnerweise

Durch intensive Zusammenarbeit der Polizeibehörden von Hamburg, Berlin, Paris, Marseille und Konstantinopel wurde im Hamburger Freihafen ein Raubgiffstlager von 27 Kisten mit fünf Zentnern Heroin und Morphium entdeckt. Im Zusammenhang hiermit wurde auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin der als Raubgiffthändler bekannte Kaufmann del Gracio aus Neuyork festgenommen, außerdem in seiner Berliner Wohnung der afghanische Staatsangehörige Soga Moses. Del Gracio steht in besonders reger Geschäftsverbindung mit dem türkischen Raubgiffthändler Adren-Bel, der der Abfender der als „Metallfarben“ deklarierten und über Marseille und Paris nach Hamburg dirigierten Raubgifftgendung war.

## Die Aussteuer

Von Hanni Lehmann.

Wenn ein Mädchen sich verheiratet, so bringt sie meistens eine Anzahl von Dingen in den gemeinsamen Haushalt mit; vor allem die Wäsche, auch Geschirz, Küchengeräte und Kleinfaches. Manchmal geben die Eltern diese Sachen der Tochter mit; oft auch spart diese, wenn sie einen Berufserwerb hat, Jahre hindurch, um nach und nach allerlei für die Heirat anzuschaffen. Es steht nicht ganz — wie viele Menschen meinen — im freien Willen der Eltern, ob sie ihrer Tochter eine Aussteuer mitgeben wollen oder nicht. Das Bürgerliche Gesetz schreibt vor, daß der Vater einer Tochter im Fall ihrer Verheiratung

### „zur Einrichtung des Haushalts eine angemessene Aussteuer zu gewähren“

hat. An die Stelle des Vaters tritt die Mutter, wenn der Vater die Aussteuer nicht gewähren kann oder gestorben ist. Unter „angemessen“ ist zu verstehen, daß die Aussteuer den Verhältnissen entsprechen muß, in denen die Familie lebt. Die Tochter eines gut gestellten Beamten kann also eine reichere Aussteuer verlangen als die eines kleinen Bauern oder eines Fabrikarbeiters. Ist jedoch der Vater unter Berücksichtigung seiner andern Verpflichtungen nicht zur Gewährung einer Aussteuer imstande, dann ist er von der Pflicht dazu befreit, ebenso wenn er dadurch seinen eigenen „standesgemäßen“ Unterhalt gefährdet, oder wenn die heiratende Tochter genügend eigenes Vermögen besitzt, um sich eine Aussteuer zu beschaffen. Wenn Eltern, die dazu verpflichtet sind, der Tochter die Aussteuer nicht geben, so kann diese

### die Eltern auf Gewährung einer Aussteuer verklagen.

Das muß spätestens innerhalb eines Jahres, nachdem die Ehe geschlossen worden ist, geschehen. Ist die Tochter länger als ein Jahr verheiratet, so kann sie nicht mehr klagen. Sie muß auch immer selbst die Klage erheben; ihr Mann kann dies nicht für sie tun. Sie kann auch nur einmal in ihrem Leben eine Aussteuer verlangen. Wenn sie sich also verheiratet und eine Aussteuer bekommt und dann der erste Mann stirbt und die Witwe sich wieder verheiratet, so kann sie nicht noch einmal von den Eltern eine Aussteuer verlangen. Das Alter der Tochter spielt dabei keine Rolle. In der Eheberatung ist mir einmal ein Fall vorgekommen, wo Eltern meinten, die Tochter wäre schon 30 Jahre alt; da fragten sie ihr doch wohl keine Aussteuer mehr zu geben. Das war ein Irrtum, denn die Tochter hatte kein eigenes Vermögen, und ob sie bei der Heirat 18 Jahre alt, also noch nicht mündig ist, oder ob sie 30 Jahre oder noch mehr alt ist, das ändert nichts an der Pflicht der Eltern. Freilich gibt es eine Reihe von Fällen, in denen die

### Eltern von der Pflicht befreit

sind auf Grund einer Handlungswelle der Tochter, die ein gewisses Verschulden gegen die Kindespflichten darstellt. Gerade eine minderjährige verliert das Recht auf eine Aussteuer, wenn sie gegen den Willen des Vaters oder, falls an dessen Stelle die Mutter getreten ist, gegen den Willen der Mutter heiratet. Ebenso kann eine Tochter keine Aussteuer verlangen, die sich so schwer gegen die Eltern vergangen hat, daß diese berechtigt sind, sie ganz zu enterben, ihr auch den sogenannten „Pflichtteil“ zu entziehen. Das trifft zu, wenn die Tochter entweder ihren Eltern nach dem Leben getrachtet oder sie absichtlich körperlich mißhandelt hat, wenn sie sich eines andern schweren Vergehens gegen die Eltern schuldig gemacht hat, oder wenn sie, ohne deren Einwilligung einen ehelichen oder unehelichen Lebenswandel führt. Vielleicht ist die zuletzt genannte Bestimmung nicht ganz unbedenklich, weil die Ansichten darüber, was ein „ehelicher und unehelicher Lebenswandel“ ist, auseinandergehen können. Wandler wird darunter nur die gewerbsmäßige Prostitution verstehen; andre wieder werden diese Art der Heirat bei Zeugung eines unehelichen Kindes fassen. Als letzter Grund für die Entziehung des Pflichtteils, also auch für Verweigerung der Aussteuer, kommt in Betracht, daß eine Tochter den Eltern gegenüber ihre Unterhaltspflicht böswillig verlehrt. Diese Fälle werden nicht häufig sein, denn wenn Eltern von der Tochter erhalten werden müssen, so werden sie kaum je in der Lage sein, ihr eine Aussteuer zu gewähren. Geben die Eltern der Tochter, die ein eigenes Vermögen hat, eine Aussteuer, so ist das ein freiwilliges Geschenk der Eltern; das freilich den meisten Eltern bei einem guten Familienleben eine Freude bedeutet.

Ein erfolgreicher Frauenroman. Der im Verlag „Der Bücherkreis“ (Berlin) erschienene und in fast alle Kultursprachen übersehene Frauenroman „Das Leben der Marie Samelka“ von Joseph Maria Franke wird demnächst nach dem Erfolg der in den Vereinigten Staaten von Amerika bisher vertriebenen englischen Ausgabe „The World against Mary“ auch in einer besonderen amerikanischen Ausgabe in dem angesehenen Neuyorker Verlage E. P. Dutton u. Co. erscheinen. Von der deutschen Originalausgabe ist auch die letzte Neuauflage wiederum fast vollständig vergriffen. Ferner ist das Werk im Romantell von mehr als 110 deutschen Tageszeitungen nachgedruckt worden.

Hinsetzen und klagen über das Verderben der Menschen, ohne eine Hand zu regen, um es zu verringern, ist weiblich. Strafen und bitter höhnen; ohne den Menschen zu sagen, wie sie besser werden sollen, ist unfreundlich. Handelnd Handelnd das ist es, wozu wir da sind. Joh. Gottl. Fichte.

## Aus der Geschäftswelt

„Bei ihr Herrn und ich auch sagen, die Uhr hat 12 geschlagen!“ So riefen in alter Zeit die Wächter des Nachts die Stunden aus. Heute richten sich die modernen Menschen nach ihrer Zeituhr, die sie entweder in der Tasche oder am Handgelenk tragen. 2500 deutsche Uhrenschaffende, die an dem roten „Zentner“-Wappen erkennbar sind, garantieren gemeinsam für jede verkaufte Zentner-Uhr. Nur zu haben in den Uhrenfachgeschäften mit dem roten Zentner-Wappen.

# Mit S+F-BACKARTIKELN - auch dieses Jahr Christ-Stollen!

- Süße Mandeln Pfd. 105 140 125
- Bittere Mandeln Pfd. 105 128
- Citronat la ..... Pfd. 95
- Sultaninen helle..... Pfd. 80 60
- Sultaninen ..... Pfd. 48
- Korinthen ..... Pfd. 56
- Kokosnuß geraspelt..... Pfd. 40
- Mandelersatz ..... Pfd. 50
- Schmelzmargarine Pfd. 70 60
- Haselnußkerne ..... Pfd. 120

Unser Schlager!  
Toilettenseife ca. 200g Stück 25

- Das Feinste für den Stollen
- S & F - Magnetmehl Pfd. 30
  - Auszugmehl glott..... Pfd. 28
  - Auszugmehl griffig.... Pfd. 30
  - Weizenmehl 000 ..... Pfd. 24
- Bei Abnahme von 10 Pfd. sind alle Sorten 1 Pfg. per Pfd. billiger
- Zucker ..... Pfd. 37 35

- Mandarinen süß u. saftig Pfd. 26
- Schinken gekochter Vorderhälften ¼ Pfd. 35
- Fetter Speck geröuch. ¼ Pfd. 25
- Schweizerkäse Allg. ¼ Pfd. 30
- Limburger ohne Rinde ¼ Pfd. 16
- Feinkost-Streichkäse ..... Schachtel 16 10
- S & F - Vollmilch . . . Dose 50

- Pfeffernuß-Misch. 1/2 Pfd. 36
  - Kokosmakronen 1/2 Pfd. 44
  - Schokoladewaffl. 1/2 Pfd. 49
  - Spitzkuchen ..... 1/2 Pfd. 50
  - Tarragona vom Faß... Liter 100
  - Tafelrotwein vom Faß... Liter 75
  - Muskatwein süß 1/1 Flasche 98
  - Wermutwein fein 1/1 Flasche 95
- Preise einschl. Flasche

# SCHADE & FÜLLGRABE



180 LEBENSMITTELFILIALEN A.G. FRANKFURT A.M. - G. m. b. H. LEIPZIG Pillalen in allen Stadtteilen